

Manning, Sabine; Purgand, Winfried; Lusky, Gertraude

## Research Report

# Berufliche Bildung in führenden Industriestaaten - aktuelle Entwicklung

Wissenschaftliche Diskussionspapiere, No. 5

### Provided in Cooperation with:

Federal Institute for Vocational Education and Training (BIBB), Bonn

*Suggested Citation:* Manning, Sabine; Purgand, Winfried; Lusky, Gertraude (1990) :  
Berufliche Bildung in führenden Industriestaaten - aktuelle Entwicklung, Wissenschaftliche  
Diskussionspapiere, No. 5, ISBN 978-3-88555-437-0, Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Bonn,  
<https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0035-0044-6>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/235978>

### Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

### Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>

WISSENSCHAFTLICHE  
DISKUSSIONSPAPIERE

HEFT 5

Dr. sc. Manning, Sabine; Dr, sc. Purgand, Winfried

Berufliche Bildung in führenden Industriestaaten -  
aktuelle Entwicklung



Herausgeber: Bundesinstitut für Berufsbildung  
Der Generalsekretär

Die WISSENSCHAFTLICHEN DISKUSSIONSPAPIERE des BiBB werden durch den Generalsekretär herausgegeben. Sie erscheinen als Namensbeiträge ihrer Verfasser und geben deren Meinung und nicht unbedingt die des Herausgebers wieder. Sie sind urheberrechtlich geschützt. Ihre Veröffentlichung dient der Diskussion mit der Fachöffentlichkeit.

Der vorliegende Beitrag entstand im ZENTRALINSTITUT FÜR BERUFSBILDUNG.

Redakt. Bearbeitung: Dipl.-Agr.-Päd. Gertraude Lusky

Redaktionsschluß: 31, Oktober 1990



Der Inhalt dieses Werkes steht unter einer Creative Commons Lizenz (Lizenztyp: Namensnennung – Keine kommerzielle Nutzung – Keine Bearbeitung – 3.0 Deutschland).

Das Werk wird durch das Urheberrecht und/oder einschlägige Gesetze geschützt. Jede Nutzung, die durch diese Lizenz oder Urheberrecht nicht ausdrücklich gestattet ist, ist untersagt.

Weitere Informationen finden Sie im Internet auf unserer Creative Commons-Infoseite <http://www.bibb.de/cc-lizenz>

Copyright 1990 by Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin-Bonn

ISBN 3-88555-437-2

Diese Netzpublikation wurde bei Der Deutschen Bibliothek angemeldet und archiviert.  
URN: urn:nbn:de: 0035-0044-6

# Berufliche Bildung in führenden Industriestaaten - aktuelle Entwicklung

## Inhalt

	Seite
Vorwort	1
1. Trends und Typen der beruflichen Bildung in führenden Industriestaaten	3
1.1. Herausbildung eines modernen Facharbeiters	3
1.2. Regionale Typen der beruflichen Bildung in Westeuropa	12
1.3. Einfluß demographischer Prozesse auf die berufliche Bildung	22
1.4. Aspekte der staatlichen Berufsbildungspolitik	25
2. Entwicklung der beruflichen Bildung in ausgewählten Ländern	29
2.1. USA	29
2.1.1. Zur Berufsbildungspolitik	29
2.1.2. Gestaltung und Leistungen beruflicher Bildung	38
2.1.3. Anforderungen an die berufliche Bildung für die 90er Jahre	k6
2.2. Japan	56
2.2.1. Beziehungen zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem	56
2.2.2. Gegenwärtige Struktur und Leistungen der beruflichen Bildung	60
2.2.3. Trends der beruflichen Aus- und Weiterbildung	69
2.3. Frankreich	73

	Seite
2.3.1« Zum Aufbau des Bildungswesens	74
2»3»2. Die Ausbildung in den Berufszweigen	80
2.3*3. Das Lehrlingswesen	85
2.3«4. Die Ausbildung zum technischen Abitur und zum Techniker	87
2„3#5* Zur beruflichen Erwachsenenbildung	90
2.4. Großbritannien	94
2.4.1» Bildungszugang und -leistungen der Ju- gendlichen	96
2.4.2. Inhaltliche Gestaltung der beruflichen Bildung	99
2.4.3. Etappen der Berufsbildungspolitik	107

## Vorwort

Angesichts der gesellschaftlichen Umwälzung in den mittel- und osteuropäischen Ländern und der damit verbundenen Prozesse des Übergangs zur sozialen Marktwirtschaft gewinnen auch Fragen nach einer adäquaten Gestaltung der Berufsbildung an Bedeutung. Nicht nur der bereits vollzogene Beitritt der DDR zur BRD ruft neue Informationsbedürfnisse hervor, sondern auch die für die ehemalige DDR faktisch vollzogene Eingliederung in die Europäische Gemeinschaft und die direkte Konfrontation mit dem Weltmarkt wecken neues Interesse an Erkenntnissen über die Berufsbildung der entwickelten westlichen Industriestaaten«

Die vorliegende Publikation stellt sich das Ziel, ausgehend von den neuen Anforderungen an die Bildung und Qualifikation der Arbeitskraft, in führenden marktwirtschaftlichen Ländern die Hauptmerkmale und Entwicklungstrends in der Berufsbildung darzustellen. Dabei geht es nicht um Vollständigkeit, sondern um konzentrierte Aussagen zu typischen Entwicklungstendenzen. Zu Beginn sollen in übergreifender Form die gemeinsamen und unterschiedlichen Merkmale der regional differenziert ausgeprägten Berufsbildungssysteme führender westlicher Industriestaaten vorgestellt werden.

Für die anschließenden Länderdarstellungen wurden die USA, Japan, Frankreich und Großbritannien ausgewählt, die sowohl von ihrer ökonomischen Bedeutung als auch von ihrer internationalen Ausstrahlung her von Interesse sind. Auf eine gesonderte Darstellung der Berufsbildung der Bundesrepublik Deutschland wurde verzichtet, da gegenwärtig die Bundesregierung, die Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften zahlreiche Publikationen über das Bildungswesen der BRD in den neuen ostdeutschen Ländern verbreiten»

Die vorliegende Publikation beruht auf vergleichenden Studien und länderspezifischen Untersuchungen, die in den vergangenen Jahren im Wissenschaftsbereich "Internationale Vergleiche der Berufsbildung" des ZIB erarbeitet wurden. Von den verwendeten Problembereichen, die nur verkürzt Berücksichtigung finden konnten, sind vor allem folgende hervorzuheben:

- Zur Entwicklung der beruflichen Bildung in den USA  
(S. Manning, Länderproblemlbericht 1989)
- Zur Entwicklung der beruflichen Bildung in Japan  
(S. Manning, Länderproblemlbericht 1990)
- Entwicklungstendenzen und Probleme der Berufsbildung  
der BRD (W. Purgand, Länderproblemlbericht 1988)
- Stand und Entwicklung der Berufsbildung in der Fran-  
zösischen Republik (W. Purgand, Länderproblemlbericht  
1987)
- Zur Entwicklung der beruflichen Bildung in Großbri-  
tannien (S. Manning, Länderproblemlbericht 1989)
- Zur Berufsbildungspolitik führender kapitalistischer  
Staaten unter den Bedingungen der intensiv erweiter-  
ten Reproduktion (W. Purgand, vergleichende Problem-  
studie 1989)
- Zur Berufsbildung in nordischen Staaten (W. Purgand,  
vergleichende Studie 1985)

Mit der vorliegenden Broschüre werden die im Rahmen der Rei-  
he "Beiträge zur Berufsbildung des ZIB" bereits vorliegenden  
geschlossenen Darstellungen zur internationalen Berufsbil-  
dungsentwicklung fortgesetzt. 1988 erschien "Die Berufsbil-  
dung ausgewählter sozialistischer Länder Europas" von Dr. Mar-  
gret Kunzmann und Prof. Rudolf Wießner} 1989 "Entwicklungs-  
stand und Probleme der Berufsausbildung in arabischen Ländern"  
von Dr. Jürgen Zimare.

Wir hoffen, mit diesen internationalen Untersuchungen einen  
bi-eiten Blickwinkel sowie Anregungen und Anhaltspunkte auch  
für die Gestaltung der Berufsbildung im vereinigten Deutsch-  
land zu vermitteln.

## 1. Trends und Typen der beruflichen Bildung in führenden Industriestaaten

### 1.1. Herausbildung eines modernen Facharbeiters

Die Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte in den westeuropäischen Staaten, in den USA und Japan sind eng mit dem Prozeß der wissenschaftlich-technischen Umwälzung in diesen Ländern verbunden. In den 70er und 80er Jahren bildete sich in dem genannten Länderbereich ein neuer Facharbeitertyp heraus, der sich insgesamt durch ein höheres Niveau an allgemeiner und beruflicher Bildung sowie an spezifischen Verhaltensweisen auszeichnet, als das zuvor der Fall war.

Dieser neue Facharbeitertyp ist wesentlicher Bestandteil der gegenwärtigen Produktivkraftentwicklung, in der die lebendige Arbeit immer mehr Voraussetzung für das Funktionieren der modernen Produktionsanlagen und für die Gewährleistung der produktions- und personenbezogenen Dienstleistungen ist. Investitionen in das "Humankapital<sup>1</sup>" gewinnen in den führenden Wirtschaftsunternehmen der westlichen Industriestaaten für die Behauptung im Wettbewerb immer mehr an Bedeutung. In den einzelnen Ländern setzt sich jedoch der neue Facharbeitertyp in sehr differenzierter und widersprüchlicher Weise durch. Das zeigt sich u. a.

- in national und regional sehr unterschiedlichen Wegen seiner Herausbildung;
- in der zeitlichen Verschiebung dieses Prozesses zwischen den einzelnen Staaten aufgrund ihres unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungsstandes;
- in der Tatsache, daß bei genereller Höherqualifikation der Arbeitskräfte die zuvor vorhandene Differenzierung zwischen den einzelnen Qualifikationsstufen weiter ausgeprägt ist, das heißt daß hochqualifizierte Facharbeiter neben verschiedenen Kategorien Un- und Angelernter im betrieblichen Arbeitsprozeß eingesetzt werden.

Der neue Facharbeitertyp vereinigt in sich Merkmale, die in hohem Maße für Arbeitskräfte jeglicher Qualifikation relevant sind. Er verfügt über eine hohe Allgemeinbildung, wobei mathematische, mutter- und fremdsprachliche Kenntnisse sowie Er-

fahrungen bei der Beherrschung der Informations- und Romraunikationstechnik im Vordergrund stehen. Ebenso wichtig ist eine solide berufstheoretische und berufspraktische Ausbildung, die durch entsprechende Grund- und Fachbildung zunehmend die Befähigung zum lebenslangen Lernen einschließt. Besondere Bedeutung kommt der Ausprägung bestimmter Denk- und Verhaltensweisen zu, die als "Schlüsselqualifikation", "soziale Kompetenz" oder "soziale Qualifikation" bezeichnet werden«

Die "soziale Qualifikation"<sup>11</sup> ist darauf gerichtet, einen effektiven und reibungslosen Einsatz der Arbeitskräfte bei geringem Kontroll- und Organisationsaufwand zu sichern. Dazu gehören u. a. die Herausbildung eines stabilen Arbeitsverhaltens, die Kenntnis der betrieblichen Verhaltensnormen und Anpassung an sie, positiver Bezug zur Arbeitsdisziplin, die Fähigkeit zur ausdauernden Konzentration, Abstraktions- und Reaktionsfähigkeit, Verantwortungs- und Problembewußtsein, Fleiß, Ordnung, Übersicht, Zuverlässigkeit, Beachtung der Sicherheitsbestimmungen u. a. m. Außerdem spielen die Beherrschung bestimmter Kulturtechniken, wie geistige Beweglichkeit, Kontakt- und Kommunikationsfähigkeit, sprachlicher Ausdruck sowie bestimmte Wertvorstellungen eine große Rolle. Es geht letztlich um die Ausprägung einer optimistischen Grundeinstellung zum marktwirtschaftlichen Arbeitsprozeß und zur Gesellschaft insgesamt.

Nach einer Phase der Unsicherheit über zukünftige Qualifikationsstrukturen hat sich in der überwiegenden Mehrheit der westlichen Industriestaaten die Auffassung durchgesetzt, daß nur solide ausgebildete Arbeitskräfte den neuen Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung gewachsen sind. Theorien von der Polarisierung der Arbeitskräfte, die sich zeitweilig in Versuchen äußerten, die allgemeine und berufliche Bildung eines Teils der Jugendlichen zu verringern (z. B. in Frankreich und in der BRD), gelten als überholt. Sie wurden durch Konzepte ersetzt, die auf eine spürbare Erhöhung des Bildungs- und Qualifikationsniveaus im Sinne einer<sup>1</sup> "ganzheitlichen"<sup>11</sup> Bildung orientieren. Damit fällt das Interesse der Unternehmer an der Erwirtschaftung hoher Gewinne durch die Nutzung qualifizierter Arbeit mit dem mehrheitlichen Interesse der Jugendlichen an einer hohen allgemeinen und be-

ruflichen Bildung weitgehend zusammen, was für den sozialen Konsens in diesen Ländern von großer Bedeutung ist. Nur die Herausbildung des modernen Facharbeitertyps spielen Veränderungen in der Struktur der gesellschaftlichen Produktion, die auch in einer geänderten Beschäftigungsentwicklung sichtbar werden, eine wesentliche Rolle, Der damit einhergehende Strukturwandel der Beschäftigten ist seit den 60er Jahren in den ökonomisch entwickelten Staaten durch gleichartige Tendenzen geprägt, die sich jedoch aufgrund der ungleichmäßigen wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder zeitlich verschoben haben. Zunächst trat ein absoluter Rückgang der Beschäftigten im sogenannten primären Wirtschaftsbereich (Landwirtschaft, Bergbau) ein, der sich bereits in den 70er Jahren auch auf große Teile des sogenannten sekundären Wirtschaftsbereichs (Eisen- und Stahlindustrie, verarbeitende Industrie, Bauwesen) ausdehnte. Durch die absolut gestiegene Beschäftigung in dem Bereich der Dienstleistungen, in den Büro- und Angestelltenberufen sowie im Staatsapparat wurden andererseits große Teile der "freigesetzten" Arbeitskräfte in den Arbeitsprozeß wieder aufgenommen. Gegenwärtig sind in den OECD-Ländern rund 30 Prozent der Arbeitskräfte in der Industrie und ca. 60 Prozent im Dienstleistungsbereich beschäftigt (vgl, Tabelle 1).

Der hohe Anteil von Beschäftigten im Dienstleistungsbereich ist ein genereller Gradmesser für den Entwicklungsstand der Produktivkräfte. Er liegt in den USA, in Großbritannien, Frankreich, Schweden, Norwegen und Dänemark bei über 60 Prozent, wobei als Ausnahme von der Regel die hohe Exportabhängigkeit Japans, der BRD und Österreichs einen noch relativ hohen Anteil der Arbeitskräfte im sekundären Bereich der Wirtschaft dieser Länder erforderlich macht. Demgegenüber markiert der hohe Anteil von Beschäftigten der Landwirtschaft in Finnland, Italien, Portugal, Spanien und Griechenland zum Teil erhebliche Rückstände in der ökonomischen Gesamtentwicklung dieser OECD-Staaten.

Arbeitswissenschaftler weisen darauf hin, daß allein durch die veränderte Tätigkeitsstruktur infolge der Verschiebung der Arbeitsplätze in den tertiären Wirtschaftssektor eine Erhöhung des geforderten Qualifikationsniveaus eintritt. Hinzu

Tabelle 1: Verteilung der Beschäftigten In 14 OECD-Staaten  
 • auf die verschiedenen Wirtschaftsbereiche  
 (1987 in Prozent)\*

Land	Land- und Forstwirtschaft	Industrie	Dienst- leistungen
USA	3,1	28,0	68,9
GB	2,6	32,4	65,0
Frankreich	7,6	32,0	60,6
Japan	8,8	34,9	56,3
DSD	5,5	41,0	53,5
Österreich	9,0	38,1	52,9
Schweden	4,8	29,9	65,3
Dänemark	6,7	28,1	65,2
Norwegen	7,2	27,8	65,0
Finnland	11,5	31,9	56,6
Italien	11,2	33,6	55,2
Spanien	17,6	31,8	50,6
Portugal	23,2	35,3	41,5
Griechenland	28,9	27,3	43,8

\* Vgl.: The OECD-Observer, Nr. 14\$. - Paris, April/Mai,  
1987. - (Beilage)

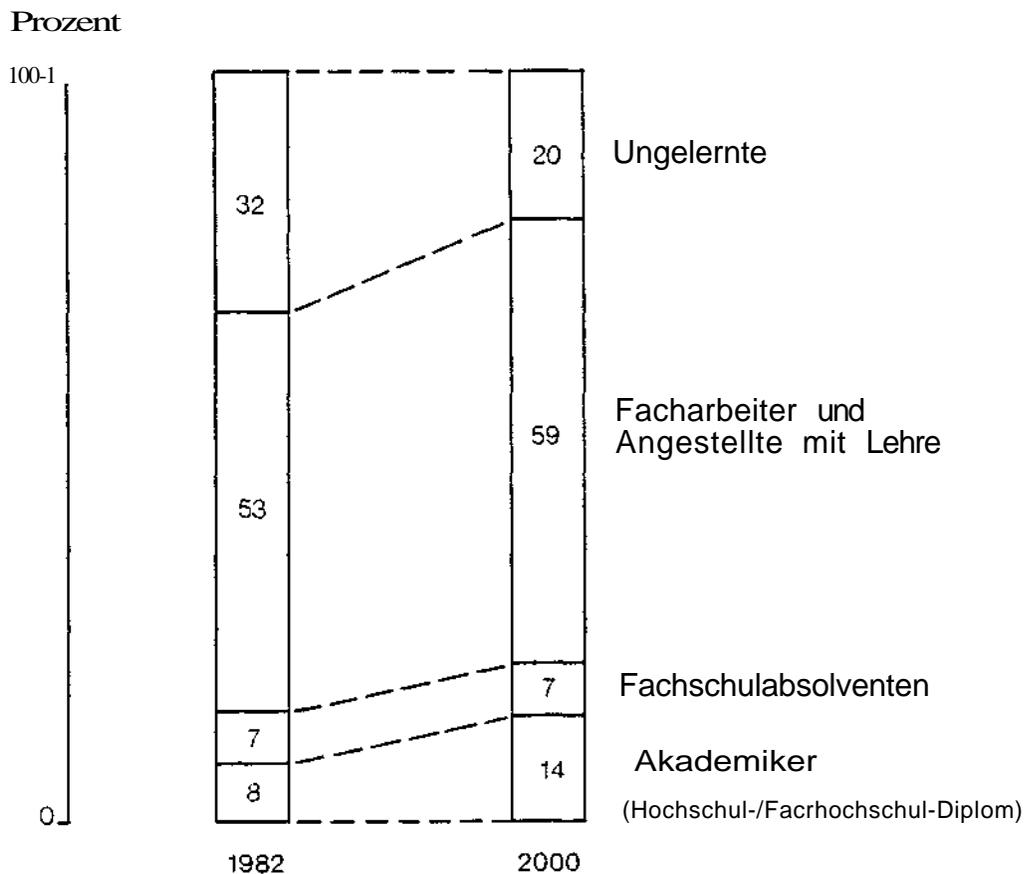
kommen höhere Anforderungen in den weiter bestehenden Berufsbereichen und die Notwendigkeit, eine schnelle Umstellung der Arbeitskräfte auf die wechselnden Arbeitsprozesse zu gewährleisten.

Der Druck auf höhere allgemeine und berufliche Bildung führt in den westlichen Industriestaaten generell zu einem Anstieg des Anteils ö.ber qualifizierten Arbeitskräfte und einem Sinken des Anteils der An- und Ungelernten.<sup>1)</sup> Deutlich erhöht sich

<sup>1)</sup> Vgl. Manning, S.: Prognosen für das höhere Bildungswesen in kapitalistischen Industrieländern. »- ZIB3. - Berlin, 1989. - S. 26

dabei die Nachfrage nach ausgebildeten Facharbeitern. Das Prognosemodell der BRD (vgl. Abbildung 1) widerspiegelt diese Trends.

Abbildung 1: Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte in der BRD (1982 und Prognose 2000 in Prozent)\*



\* Vgl. Ilothlcrch, C.; Weidig, J.: **Zum Arbeitskräftebedarf nach „ualifikatxonon bis zum Jahr 2000.** - Nürnberg, 1936, - S. 28

Typisch für marktwirtschaftliche Industriestaaten ist es, daß die Nachfrage der Unternehmer nach höheren Qualifikationen und das gleichzeitige Streben der Jugendlichen nach höheren Bildungsabschlüssen ein Potential hervorbringen, das allgemein über den tatsächlichen Bedarf der Wirtschaft hinausreicht. Die Qualifikationsentwicklung, besonders der neu in die Beschäftigung eintretenden Arbeitskräfte, bringt also ein Überangebot an Bildungsabschlüssen und Qualifikationen auf al-

len Stufen hervor, das dem Niveauanstieg, aber auch der starken Veränderlichkeit im Bedarf der Wirtschaft nachkommt beziehungsweise vorausseilt. Dieses Potential geht bis zur Verschwendung - gemessen an den realen Möglichkeiten der Anwendung erworbener Bildung im Arbeitsprozeß - und reicht aus, um auf Zurückbleibende (im Rennen um Bildungsabschlüsse) zu Vorsichten. Unter marktwirtschaftlichen Bedingungen heißt das, daß für die sozial benachteiligten Gruppen eine "aus-

1.)

gleichende Bildung" angeboten werden muß, die der Zuspitzung sozialer Konflikte entgegenwirkt und möglichst auch der demokratischen Forderung nach gleichen Bildungschancen entspricht. Diese Seite der<sup>1</sup> Marktwirtschaft, die erst die soziale Komponente ausmacht, ist in den einzelnen Ländern - zu- meist in Abhängigkeit von der Stärke der Gewerkschaftsbewegung - sehr unterschiedlich entwickelt.

Bei der Schaffung des erforderlichen Bildungs- und Qualifikationspotentials sind zwei Hauptwege der Berufsbildung zu unterscheiden:

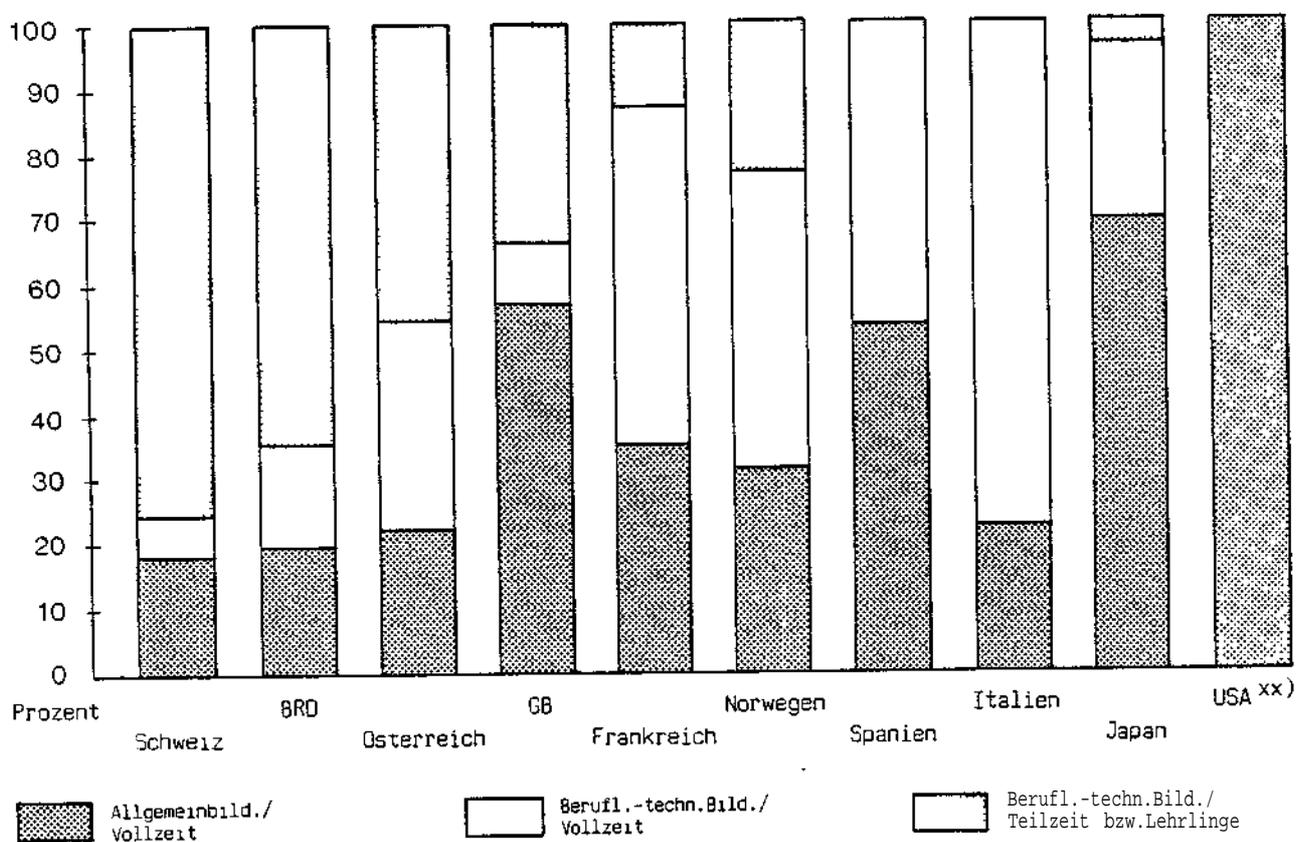
1. Der in den USA und Japan verfolgte Weg, über eine meist 12jährige Schulbildung - zum Teil ergänzt durch eine bis 2jährige Collegebildung - Arbeitskräfte heranzubilden, die über eine hohe Allgemeinbildung und teilweise berufliche Grundbildung verfügen und mit relativ geringem Aufwand in den Betrieben kurzfristig angelernt werden können. Zu dem ersten Grundtyp der beruflichen Vorbereitung junger Menschen auf den Arbeitsprozeß ist auch die Vermittlung einer vollzeitschulischen Berufsausbildung im Anschluß an die allgemeinbildende Pflichtschule zu rechnen, wie sie zum Beispiel in Schweden (in der Gymnasialschule) und in Frankreich (in den Berufsslyzeen) zu finden ist. Auch dort ist die Tendenz spürbar, neben der beruflichen Ausbildung die Hochschulreife zu vermitteln, das heißt, der Anteil der Allgemeinbildung in der gesamten Ausbildung wächst.
2. Der zweite Weg, der traditionell in Mitteleuropa zu finden ist, verfolgt das Ziel, aufbauend auf einer 9 - 10jährigen Allgemeinbildung in einer 3 - 3 1/2jährigen betrieb-

<sup>1</sup>Vgl. Gass, J.R.; Towards The "active society". - In: The OSCD-Observer. - Nr. 152. - Paris, 1988, - S. 6

lich orientierten Berufsausbildung die erforderlichen Qualifikationen und Verhaltensweisen zu vermitteln.

Die genannten Haupttypen der Berufsausbildung bzw. -Vorbereitung sind natürlich nicht in reiner Form in den einzelnen Ländern zu finden; neben dem jeweils dominierenden Typ der Berufsausbildung bestehen auch Formen des anderen Typs. In der folgenden Grafik (Abbildung 2) sind Beispiele der hauptsächlichlichen Typen gegenübergestellt.

Abbildung 2: Teilnehmer der Sekundarstufe nach Bildungsart - 1985/86 in Prozent\*



Anm.: x) männliche

xx) integrierte Vollzeitbildung

\*Vßl. Education in OECD countries 1985 - 86 / OECD. - Paris, 1988. - S. 15, 23

Beide Hauptwege gewährleisten - wie die Praxis zeigt - einen hohen Entwicklungsstand der Produktivkräfte unter marktwirtschaftlichen Bedingungen. Sie sind erfahrungsgemäß auch für weitere Veränderungen entsprechend den zukünftigen Anforderungen

gen des neuen Produktivkrafttyps offen und ausbaufähig, zum Beispiel hinsichtlich möglicher Bedeutungsverschiebungen der verschiedenen Qualifikationsbestandteile. So wird nach heutigen Erkenntnissen auf absehbare Zeit im Rahmen einer generellen Qualifikationserhöhung der Anteil der fachlichen Qualifikation, die zur Erfüllung der unmittelbaren Arbeitsaufgabe befähigt, nur für wenige Facharbeiterberufe weiter ansteigen. Dagegen nimmt die Bedeutung der sogenannten Breitenqualifikation der Disponibilitätsqualifikation und vor allem die soziale Qualifikation (insbesondere bestimmte "Verhaltensweisen") weiter zu.

Die in den letzten Jahren erfolgten Um- und Neuorientierungen in der Berufsbildungspolitik der westlichen Industriestaaten trug diesen Erfordernissen – wenn auch in differenzierter Weise – Rechnung.

Angesichts der gestiegenen Anforderungen haben sich in den vergangenen Jahren die Bildungsvoraussetzungen für die Berufsausbildung bzw. für eine Arbeitsaufnahme auf der Grundlage eines schulischen Abschlusses bedeutend erhöht. In den USA und Japan ist – abhängig von ihrem Berufsbildungstyp – bereits seit längerer Zeit ein hohes allgemeines Bildungsniveau als Voraussetzung für verschiedene Arten von beruflicher und studienorientierter Bildungswege festzustellen. Allerdings ist hierbei ein starkes Niveaufälle zwischen den Schulen zu berücksichtigen. Frankreich strebt ebenfalls bis zur Jahrtausendwende ein "Massensystem" der höheren Schulbildung an, wobei Fachabiturienten einen großen Anteil ausmachen werden. Aber auch andere westliche Staaten, die eine etablierte Berufsausbildung haben, tendieren dazu, einen wachsenden Prozentsatz des Altersjahrganges zur Hochschulreife/Abitur zu führen (vgl. Tabelle 2).

Dabei besteht auch in den Ländern des zweiten Grundtyps nicht die Absicht, alle Absolventen der 12. Klasse (BRD – der 13. Klasse) in ein Hochschulstudium überzuleiten, sondern das Abitur wird angesichts der wissenschaftlich-technischen Entwicklung immer mehr ein <sup>11</sup>Ringverteiler" mit verschiedenen Ausgängen: Hochschule, Fachhochschule, College bzw. andere postsekundäre Bildungseinrichtungen, Berufsausbildung oder sofortige Arbeitsaufnahme,

Tabelle 2: Anteil Jugendlicher mit Hochschulreife am Altersjahrgang (in Prozent)\*

Land	1935	Prognose 2000
USA	73	73 <sup>x</sup>
Japan	88	88
Frankreich	38	80
Finnland	ca. 50	
Norwegen	ca. 50	
Schweden } Dänemark }	ca. 30	
Bltd	28	31
Großbritannien	17	20

<sup>x</sup> 1990

\* Vgl. Manning, S.: Prognosen zur höheren Bildung in kapitalistischen Industrieländern. - A.a.O. - S. 16 f.;  
Vgl. Purgand, T. 7.: Berufsbildung in nordischen Staaten. -  
In: Vergleichende Pädagogik. - Berlin (1986) 4. - S. 386 - 399

In den nordischen Ländern, aber auch in der BRD, nimmt die Tendenz zu, im Anschluß an das Abitur eine Berufsausbildung aufzunehmen. Aus der Sicht der Jugendlichen spielt dabei die Überlegung eine wichtige Rolle, durch hohe Bildungsabschlüsse und zusätzliche berufliche Qualifikationen einen "Chancenvorsprung" gegenüber anderen Beworbern auf dem Arbeitsmarkt zu erlangen. Zugleich trifft dieses Bemühen bei den einstellenden Unternehmen auf die Bereitschaft bzw. das Bedürfnis, derartig qualifizierte Arbeitskräfte vorrangig einzustellen. Bei einem Überangebot an Abiturienten ohne zusätzliche berufliche Ausbildung muß jedoch bei der Arbeitsvermittlung mit einem hohen Anteil von Arbeitslosen gerechnet werden.

Die gestiegenen Anforderungen an die Qualifikation lassen sich nicht nur an der erhöhten allgemeinen Vorbildung Jugendlicher messen. Gleichzeitig mit diesem Prozeß vergrößert sich seit den 60er Jahren der Anteil der Jugendlichen in der vollzeit-schulischen und betrieblichen (dualen) Berufsausbildung erheblich. Die Angaben der OECD-Statistik zu beruflichen Kursen bzw. Teilzeitbildung nach der Pflichtschule spiegeln diesen Trend annähernd wider (vgl. Tabellen 3 und k).

Bei der Bildungsteilnahme der 17jährigen (Tabelle 3) ist der relativ stärkere Anstieg in beruflich-technischen Kursen deutlich. Die Lehrlingsbildung (von der OECD unkorrekt als Teilzeitbildung ausgewiesen) tritt hingegen im Anteil zurück. Hier zeigt sich der Trend zur zunehmenden Verweildauer in schulischer Vollzeitbildung und zum zeitlich verschobenen Eintritt in berufliche Ausbildungswege. Die Angaben über Absolventen der oberen Schulstufe weisen in den erfaßbaren Ländern (Tabelle h) eine relativ große Zunahme von Abschlüssen in beruflich-technischen Kursen aus.

## 1.2. Regionale Typen der beruflichen Bildung in Westeuropa

Die vorgenommene Einteilung in Grundtypen beruflicher Bildung leitet sich aus nationalen und regionalen Strukturen ab, die in jeweiligen ökonomisch-sozialen und kulturellen Traditionen verwurzelt sind. Aus dieser Vielfalt heraus lassen sich in Westeuropa bestimmte regionale Typen beruflicher Bildung erkennen, die teilweise von einem unterschiedlichen sozialökonomischen Entwicklungsstand geprägt sind. So unterscheiden sich vor allem die nord- und mitteleuropäischen Staaten von den südeuropäischen EG-Staaten, die einen hohen Nachholbedarf in der beruflichen Aus- und Weiterbildung aufzuweisen haben.<sup>1)</sup>

Der regionale Berufsbildungstyp der nordischen Staaten ist bei Beibehaltung einer Reihe von nationalen Besonderheiten durch folgende gemeinsame Merkmale gekennzeichnet:

Basierend auf gleichartigen politischen, ökonomischen und kulturellen Grundlagen hat sich in Dänemark, Finnland, Island,

<sup>1)</sup> Vgl. Purgand, Y.; Zur Berufsbildungsentwicklung in den südeuropäischen EG-Ländern Spanien, Portugal, Griechenland. - In: Forschungen der sozialistischen Berufsbildung. - Berlin 22 (1988)1. - S. 29 - 33

Tabelle 3: Auteil der 17jährigen, die an schulischer Vollzeit- oder Lehrlingsbildung bzw. an allgemeine<sup>1</sup> oder beruflicher Bildung teilnehmen (in Prozent)\*

	Jahr	Vollz.-B.	Lehrl.-B.	Jahr	allg.jb.	berufl.B.
BRD	1965	16,8	54,6			
	1985	51,4	48,4			
Frankr.	1979	57,1	10,7	1965	26,2	10,4
	1985	67,7	10,2	1981	37,0	33,9
Italien				1966	9,4	17,4
				1981	16,9	25,4
Nd'Id.				1971	25,1	15,9
				1980	36,3	60,8

\* Vgl. ISducation in OECD countries: 1985-86/ OECD - Paris, 1988. - S. 715 Sducational trends in the 1970s - a quantitative analysis/OECD. - Paris, 1984. - S. 66-68

Tabollo 4: Absolventen der allgemeinen und beruflich-technischer Kurse der oberen Sekundarschulstufe als Anteil au Altersjahrgang (in Prozent)\*

	Jahr	allg. Bildg.	berufl.-tech. Bildung
Frankreich	1970	16,2	3,3
	1985	20,0	10,5
Italien	1965	9,4	19,3
	1985	11,0	38,6
Niederlande	1970	18,4	17,0
	1985	29,6	28,1

\* Vgl. Education in OECD countries: 1985-86/ OECD - Paris, 1988. - S. 79 | Educational trends in the 1970s - a quantitative analysis/OECD. - Paris, 1984. - S. 63-68

Norwegen und Schweden eine enge und relativ verbindlich<sup>©</sup> Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Bildungswesens entwickelt, die sich auch auf internationalen Konferenzen durch ein einheitliches bildungspolitisches Auftreten manifestiert. Zugleich sind die nordischen Staaten politisch, wirtschaftlich und teilweise militärisch auf vielfältige Weise mit Westeuropa insgesamt verbunden» Aufgrund gleichartiger Produktivkraft- und Wirtschaftsentwicklung erfolgte auch in den nordischen Staaten eine Differenzierung der Arbeitskräfte in höher und niedriger qualifiziert eingesetzte, wobei soziale und disponibilitätsbezogene Qualifikationsmerkmale zunahmen. Insgesamt stiegen die Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten spürbar an.

Mit dem Übergang zum modernen Wirtschaftstyp mußten in den nordischen Staaten das allgemeinbildende und berufliche Bildungswesen reformiert und die Kapazitäten der Berufsausbildung wesentlich erweitert werden. In gesellschaftspolitischer Hinsicht war es zugleich notwendig, den Forderungen der Gewerkschaften nach Verbesserung der Chancengleichheit im Bildungswesen Rechnung zu tragen sowie das Konfliktpotential der nach 197<sup>^</sup>- angewachsenen Arbeitslosigkeit durch verschiedenartige Bildungsmaßnahmen abzubauen. Die in Nordeuropa besonders stark ausgeprägte Rolle der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften sowie die Bereitschaft der mit der Wirtschaft eng verbundenen bürgerlichen Parteien nach sozialem Kompromiß gewährleisteten einen dynamischen, länger andauernden Reformprozeß, der schließlich in ein wesentlich höheres allgemeines und berufliches Bildungsniveau mündete.

Um das Bildungswesen stärker an die neuen Erfordernisse anzupassen, wurden nach dem 2. Weltkrieg umfangreiche Reformen im allgemeinbildenden Schulwesen eingeleitet und in den 70er Jahren weitgehend abgeschlossen. In den nordischen Ländern wurde die Schulpflicht auf 9 Jahre verlängert und ein relativ einheitlicher GesamtSchultyp durchgesetzt, der die erforderlichen Voraussetzungen für sämtliche weiterführende Bildungsstufen schaffen sollte.

Im Verlauf der Reformmaßnahmen im allgemeinbildenden Schulwesen trat eine wesentliche Anhebung des allgemeinen Bildungsniveaus ein, das den veränderten Qualifikationserfordernissen

der expandierenden Wirtschaft und zugleich den Interessen der Beschäftigten nach höherer Bildung entsprach. Damit wurde die Grundlage für eine umfassende organisatorische und inhaltliche Neugestaltung der Oberstufe der Sekundärschule und die notwendige Verbreiterung der Möglichkeiten einer weiterführenden Bildung geschaffen.

Im Verlauf der Um- und Neugestaltung der oberen Sekundarstufe bildeten sich in den nordischen Staaten drei Formen der Berufsausbildung aus:

- . Berufsausbildung in der Oberstufe der Gesamtschule,
- . Berufsausbildung in gesonderten Ausbildungseinrichtungen
- . traditionelle Lehrlingsausbildung.

Gemeinsame Tendenzen bestehen in der Verwirklichung einer beruflichen Grundbildung, in der **zunehmenden Dominanz vollzeitschulischer** Formen der Berufsausbildung sowie in der Zunahme des Anteils der Jugendlichen eines Altersjahrganges in der Berufsausbildung. Außerdem konnte den gestiegenen Erfordernissen der Wirtschaft Nordeuropas an das allgemeine und berufliche Bildungswesen nur durch den weiteren Ausbau der staatlichen Verantwortlichkeit in der beruflichen Aus- und Weiterbildung entsprochen werden.

Die in den 70er Jahren feststellbare Zunahme von Jugendlichen in den zur Hochschulreife führenden Bildungswegen wurde u.a. durch die qualitativen Fortschritte in der Berufsausbildung begründet. Gleichzeitig nahm die Tendenz zu, neben der Hochschulreife einen beruflichen Abschluß zu erwerben. Auch in den nordischen Staaten verstärkte sich die Entwicklung, die Berufsausbildung durch verschiedene abgestufte Ausbildungsformen an die differenzierten Erfordernisse des Arbeitsprozesses anzupassen, was vor allem über die unterschiedliche Dauer der beruflichen Ausbildungskurse herbeigeführt wird. Neben der Realisierung der Ausbildungsmaßnahmen in der oberen Sekundarstufe stand angesichts der Auswirkungen zyklischer und struktureller Krisenerscheinungen die Verstärkung beruflicher Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für diejenigen Bevölkerungsteile im Mittelpunkt, die nur ungenügend auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes vorbereitet waren und damit einen überproportionalen Anteil an den offiziell registrierten Arbeitslosen stellten.

Im Rahmen einer sogenannten "Jugendgarantie" soll möglichst allen Jugendlichen, die nach dem Besuch der allgemeinbildenden Pflichtschule keinen weiteren Bildungsweg einschlagen bzw. keine Arbeitsstelle finden, bis zum 15. Lebensjahr eine Beschäftigung oder\* Ausbildung angeboten werden. Diese Maßnahmen sind jedoch zumeist unvollkommen, kurzfristig und pragmatisch angelegt, nicht mit anderen Bildungsgängen abgestimmt und dienen oftmals lediglich als zeitlich befristete Beschäftigung arbeitsloser Jugendlicher,

Im Bereich der beruflichen Erwachsenenbildung kommt neben der innerbetrieblichen, privatwirtschaftlich finanzierten Qualifizierung der Arbeitskräfte der staatlichen "Arbeitsmarktausbildung" die größte Bedeutung zu. Hierbei wird ein Personenkreis ausgebildet und umgeschult, der sonst von anderen beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen weitgehend ausgeschlossen ist: Un- und Angelernte, Personen ohne abgeschlossene Allgemeinbildung, Arbeitskräfte aus ländlichen Gebieten, Frauen und Einwanderer. Die in den nordischen Staaten relativ einheitliche Arbeitsmarktausbildung ist im Durchschnitt qualitativ höher einzuschätzen, als die Maßnahmen im Rahmen der sogenannten "Jugendgarantie", sie dauert 3 bis 6 Monate und führt zumeist zu einem anerkannten beruflichen Abschluß.

Die Reformen im Bildungswesen der nordischen Länder tragen insgesamt den Erfordernissen der Wirtschaft nach Arbeitskräften mit höherer allgemeiner und beruflicher Bildung Rechnung. Zugleich wird aber auch den Interessen der Lernenden nach individueller Entfaltung größere Bedeutung eingeräumt.

Das Bildungswesen der nordischen Länder paßt sich an die allgemeine Bildungsentwicklung der westlichen Industriestaaten an, verfügt aber auch über eigenständige Züge. Das betrifft sowohl die Einführung der Gesamtschule und einer beruflichen Grundausbildung als auch die Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit durch den Ausbau der beruflichen Erwachsenenbildung im Rahmen der Arbeitsmarktausbildung sowie verschiedene inhaltliche Aspekte in der Allgemeinbildung und der Berufsausbildung.

Eine längere Tradition als der nordische Typ der Berufsbildung besitzt der mitteleuropäische Typ der betrieblich orientier-

ten Berufsbildung ("duals System"), der vor allem im voreinigton Deutschland, in der Schweiz und Österreich, anzutreffen ist. Charakteristisch für die "duale" Berufsausbildung ist die starke betriebliche Bezogenheit der berufspraktischen Ausbildung, die unter unmittelbarer Verantwortung der Unternehmen- bei Beachtung der gesetzlichen Rahmenbedingungen des Staates erfolgt. Der durch den Lehrplan vorgeschriebene berufstheoretische Teil wird in Verantwortung der Kultusminister der Länder an Berufsschulen vermittelt. Ein gemeinsames Merkmal der "dualen" Ausbildung ist die starke Dominanz von Klein- und Mittelbetrieben, die über zwei Drittel der Lehrlinge ausbilden.

Tabelle 5 • Verteilung der Lehrlinge nach Betriebsgröße - BRD und Österreich Mitte der 80er Jahre\*

Anzahl der Beschäftigten	Anzahl der Lehrlinge in Prozent	
	Österreich	BRD
1 bis 9	36,6	38
10 bis 19	20,17]	25
20 bis 49	15,5 /	
50 bis 199	13,5 )	36
200 bis 999	9,1 j	
1000 und mehr		

(1) in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten)

\* Tgl. iaiapp, I. : Die berufliche Bildung in Österreich. - In: Die Herausforderung der neuen Technologien an den Berufsschullehrer der fachkundlichen Richtung. - Born, 1907. - S. 73

Angesichts der gestiegenen Anforderungen hatten sich in der EPDj in den vergangenen Jahren die Bildungsvoraussetzungen für die Aufnahme in die Berufsausbildung signifikant verändert. Danach sollten bereits in den 90er Jahren mehr als zwei Drittel eines Altersjahrganges einen Realschul- oder Gymnasialabschluß erwerben. Auch bei dem Anteil der Hauptschüler ist

• zu berücksichtigen, daß ein großer<sup>1</sup> Teil von ihnen inzwischen 10 Jahre die Hauptschule besucht.

Damit ergeben sich für die Berufsausbildung insgesamt höhere, aber zugleich differenzierte Vorleistungen der allgemeinbildenden Schulen. Diese unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen werden in der "dualen Berufsausbildung" weiter ausgeprägt und durch die bisherige Weiterbildungspraxis der Betriebe verfestigt und ausgebaut.

Die Differenzierung der Lehrlinge nach der schulischen Vorbildung und dem berufstheoretischen Anspruchsniveau hat tatsächlich verschiedenwertige Facharbeitergruppen zur Folge, deren Grenzen jedoch fließend sind:

- den mit den modernen Informations- und Kommunikationstechnologien verbundenen Typ für Abiturienten und Realschüler (besonders stark vertreten im kaufmännischen Bereich) und den ebenfalls mit der modernen Produktion und mit anspruchsvollen Dienstleistungsberufen (einschließlich Wartungs- und Reparaturarbeiten) verbundenen Typ für Realschüler, Berufsfachschüler und Hauptschüler mit gutem Abschlußzeugnis;
- den in den traditionellen **gewerblichen** und handwerklichen Berufen sowie einfachen Dienstleistungsberufen ausgebildeten Hauptschüler und
- die noch relativ große Zahl der Ungelernten, Ausbildungsabbrecher, nicht im gelernten Beruf Arbeitenden, gesundheitlich nur bedingt vermittelbaren Arbeitskräfte sowie ausländische Jugendliche, die vorwiegend als Un- und Angelernte an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden ("Rand-, Problemgruppen").

In Österreich ist als Besonderheit festzustellen, daß die Berufsausbildung über das Lehrlingswesen durch eine vollzeitschulische Berufsausbildung in sogenannten mittleren und höheren berufsbildenden Schulen ergänzt wird, deren Absolventen sich mehrheitlich in die beiden erstgenannten Facharbeitergruppen einordnen dürften.

Bereits in den 70er Jahren wurde in der BRD begonnen, die duale Berufsausbildung auf die höheren Anforderungen des neuen Produktivkrafttyps einzustellen.

Basierend auf den erhöhten Vorleistungen der allgemeinbildenden Schulen wurde im Rahmen der föderalistischen Bildungs-

Struktur und der notwendigen Zusammenarbeit der Sozialpartner versucht, die Inhalte der betrieblichen Berufsausbildung zu modernisieren. Bis 1990 waren für 95 Prozent der Lehrlinge die dazu notwendigen Ausbildungsordnungen in Kraft getreten, die die Grundlage für die betrieblichen Ausbildungspläne legen und die Prüfungsanforderungen bundeseinheitlich festlegen. Damit wird die aus der Sicht der Unternehmer und der Arbeitskräfte notwendige Standardisierung der Mindestqualifikation gesichert, die für das Funktionieren des Arbeitsmarktes unabdingbar ist. Da im Rahmen des vom Bundesinstitut für Berufsbildung organisierten Abstimmungsverfahrens zwischen den Unternehmern, Gewerkschaften sowie den zuständigen staatlichen Stellen in Bund und Ländern auch die schulischen Rahmenlehrpläne mit einbezogen wurden, kann von einer komplexen Neugestaltung dieser Ausbildungsberufe gesprochen werden.

Unter anderem wurde die Tendenz zur Verkürzung der Berufsausbildung auf zwei Jahre weitgehend gestoppt. Die neuen Ausbildungsordnungen orientieren durchgängig auf 3 -3 1/1 Jahre Ausbildungszeit. Durch die Verstärkung der Grund- und Fachbildung wurden die Voraussetzungen für die Vermittlung einer sogenannten Schlüssel- oder Breitenqualifikation sowie für die berufliche Weiterbildung geschaffen.

Bei der Erarbeitung der neuen Ausbildungsordnungen gab es einen weitgehenden Konsens zwischen Unternehmervertretern und den Gewerkschaften sowie den staatlichen Beauftragten, Damit wurde in bildungspolitischer Hinsicht ein großes Konfliktpotential abgebaut, das lange Jahre die Auseinandersetzung zwischen den Tarifparteien mitbestimmte.

Trotz der generellen Abstimmung der betrieblichen Ausbildungsordnungen mit den Lehrplänen der Berufsschulen, die der Kulturhoheit der Länder unterstehen, gibt es in der Zusammenarbeit zwischen den Betrieben und Berufsschulen eine Reihe schwieriger Probleme. Sie betreffen nicht nur die zeitliche und inhaltliche Koordinierung der zu vermittelnden Lernziele, sondern auch die Gewährleistung der vorgesehenen Stundenzahl, Die Regierung der ehemaligen BRD sowie die Vertreter der Wirtschaft waren sich bewußt, daß der Gewährleistung eines hohen Bildungs- und Qualifikationsniveaus für die Mehrheit der Arbeitskräfte angesichts des verschärften weltweiten Wettbewerbs

große Bedeutung zukommt.

Das zeigen u. a. die umfangreichen Mittel, die für die berufliche Bildung verwendet wurden. Die Ausgaben der öffentlichen Hand für die außerschulische berufliche Bildung betrug 1989 rund 7,93 Mrd. DM. Die Kosten der Wirtschaft für die berufliche Weiterbildung wurden 1987 mit 26,2 Mrd. DM angegeben. Die Länder und Gemeinden stellten für das berufliche Schulwesen 1989 rund 7,3 Mrd. DM bereit.<sup>1)</sup>

Komplizierter als in den nord- und mitteleuropäischen Ländergruppen stellt sich die berufliche Bildung in der Region der süd- bzw. südwesteuropäischen EG-Staaten, insbesondere in Spanien, Portugal und Griechenland dar, wozu in vieler Hinsicht auch Süditalien hinzuzufügen wäre.

Ein gemeinsames Merkmal dieser Region ist die hinter anderen EG-Staaten weit zurückgebliebene sozialökonomische Entwicklung. Das zeigt sich u. a. in einer vergleichsweise hohen Arbeitslosigkeit, in geringen Sozialleistungen und einora noch in vieler Hinsicht rückständigen Bildungswesen. Trotz bestehender industrieller Ballungszentren dominieren noch weitgehend Klein- und Mittelbetriebe. Charakteristisch ist außerdem für diese Länder ein überproportional hoher Anteil von Beschäftigten in der Landwirtschaft sowie ein niedriger Stand der Einbeziehung von Frauen in den Arbeitsprozeß. Auch in innenpolitischer Hinsicht gibt es zwischen Portugal, Spanien und Griechenland viele Ähnlichkeiten. Alle drei Länder durchliefen zum Teil lange Phasen der Herrschaft faschistischer oder profaschistischer Regimes, was den Charakter ihres Bildungswesens nachhaltig prägte. Der Übergang zur bürgerlich-parlamentarischen Demokratie fiel mit der Zeit der schweren Weltwirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre zusammen, so daß viele Reformprojekte nicht oder nur unvollkommen verwirklicht wurden und damit weiterhin bedeutende soziale Konflikte bestehen.

In den Jahren der faschistischen Diktatur wurde oftmals nur ein Minimum an notwendigem Wissen und Können vermittelt und dabei sogar zugelassen, daß große Teile der Bevölkerung Analphabeten blieben. Rückständige Bildungsauffassungen führten zu

<sup>1)</sup> Vgl. Berufsbildungsbericht der Bundesregierung 1990. - S. 165

einer Mißachtung der produktiven Arbeit in der Bildung und zur Vernachlässigung der beruflichen Bildung, die weitgehend unkontrolliert privaten Einrichtungen überlassen wurde.

Nach dem Sturz der reaktionären Regimes wurden umfangreiche Reformmaßnahmen im Bildungsbereich eingeleitet, die aufgrund der komplizierten innenpolitischen Situation und unzureichender Mittel nur zu begrenzten Erfolgen führten. Neben einer einheitlichen acht- bis neunjährigen Gesamtschule wurden in der oberen Sekundarstufe differenzierte Bildungswege im allgemeinbildenden und berufsbildenden Bereich geschaffen, mit denen allerdings angesichts des oft noch experimentellen Charakters die traditionelle Untorbewertung der Berufsbildung nicht überwunden werden konnte. Die Einrichtung beruflich-technischer Bildungsgänge in der oberen Sekundarstufe sind jedoch prinzipiell als ein bedeutender Fortschritt gegenüber<sup>1</sup> den vorangegangenen Bildungsmodellen zu werten.

Die Schüler in der oberen Sekunda<sup>1</sup>stufe besuchen mehrheitlich noch nicht die beruflichen Ausbildungsrichtungen. Neben fehlenden Einrichtungen und qualifizierten Lehrkräften sowie der ungenügenden Praxisverbindung sind es vor allem inhaltliche Mängel, die die geringe Anziehungskraft der schulischen Berufsausbildungsgänge hervorrufen. Auch die betrieblich orientierte Berufsausbildung, die nach deutschem Vorbild gestaltet werden soll (Portugal, Griechenland), steckt noch in den Ansätzen, da die Zusammenarbeit von Unternehmern, Staat und Gewerkschaften zu gering entwickelt ist, um durchgreifende Veränderungen zu erzielen. Unzureichend ist vor allem die Abstimmung zwischen den Bedürfnissen der Jugend nach einem Ausbildungs- und Arbeitsplatz und den Möglichkeiten der noch unzureichend ausgeprägten sozialen Marktwirtschaft. Sehr gering entwickelt sind die verschiedenen Formen der beruflichen Weiterbildung - sowohl privat wie staatlich - sowie geeignete Mechanismen zur Umschulung bereits arbeitsloser und freigesetzter Arbeitskräfte. Trotz positiver Ansätze im Bildungsbereich werden damit noch auf längere Zeit in den südeuropäischen EG-Staaten erhebliche Probleme beim Aufbau eines landesweiten Berufsbildungssystems bestehen bleiben.

### 1,3. Einfluß demographischer Prozesse auf die berufliche Bildung

Von einschneidender Bedeutung für die Gestaltung der Berufsbildungspolitik aller westlichen Industriestaaten ist die veränderte demographische Situation. Während bis Anfang der 80er Jahre zum Teil überproportional hohe Jahrgangsstärken jugendlicher das Problem fehlender Ausbildungs- und Arbeitsplätze erheblich verschärften, setzt seitdem auf längere Sicht eine gegenläufige Entwicklung ein. Der Vergleich der ausgehenden 80er Jahre zu den frühen 70er Jahren (Tabelle 6) verdeutlicht bereits den Trend.

Tabelle 6: Anteil der unter 15jährigen an der Gesamtbevölkerung ausgewählte<sup>1</sup> OECD-Staaten (in Prozent)\*

Land	1972	1987
USA	27,2	21,5
Großbritannien	24,1	18,9
Frankreich	24,6	20,6
BRD	28,8	14,9
Japan	24,0	20,4
Österreich	24,2	17,6
Dänemark	23,0	17,7
Finnland	23,4	19,3
Schweden	20,8	17,9
Norwegen	24,3	19,3
Italien	23,2	16,3
Griechenland	24,7	20,2
Spanien	27,7	22,1
Portugal	28,6	21,9

\* Vgl. OECD in figures.- In: The OECD-Observer, Nr. 158. - Paris, Juni/Juli 1989. - S. 8 f.

Die zum Teil drastisch sinkenden Jahrgangsstärken jugendlicher haben auf die Berufsbildungspolitik eine direkte, auf die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik eine zeitlich verzögerte Auswirkung. Eine erste Folge ist die spürbar quantitative Entla-

stung der Kapazitäten im Bereich der Berufsausbildung. Auf dem Gebiet der ehemaligen BRD z. B. sinkt die Zahl der Lehrlinge im Zeitraum von 1985 - 1995 um rund 700.000, das heißt, um ca. 40 Prozent.<sup>1)</sup> Das verschafft der Bildungspolitik insgesamt größeren Handlungsspielraum. Entsprechend fordert der DGB, in den 90er Jahren die frei werdenden Kapazitäten zu einer Ausbildungs-offensive für Ungelernte zu nutzen.

Aufgrund des demographischen Rückgangs der Jugendlichen unter 25 Jahren wird zwar auch die Zahl der Ungelernten in den 90er Jahren in dieser Altersblasse deutlich zurückgehen. Allerdings verbleibt ein Nachqualifizierungspotential früherer Jahre in Höhe von rund einer Million, die sich aus Bildungsabbrechern, Jugendlichen mit schulischer Teilqualifizierung und den "direkten Übergängern" aus der Schule ins Arbeitsleben zusammensetzt.<sup>2)</sup>

Die Verringerung der Jahrgangsstärken Jugendlicher wird nach Prognosen der OECD zu einem langfristigen Rückgang der Bildungsbudgets der betroffenen Staaten um ca. 20 Prozent führen. Zugleich werden wegen der Überalterung der Bevölkerung die Budgetmittel für Renten um das Doppelte und für das Gesundheits-

3)

wesen um 60 Prozent steigen müssen.

Bis zum Jahr 2020 wird der Anteil der Beschäftigten über 45 Jahre von gegenwärtig 30 auf 45 Prozent ansteigen. Das erfordert allein aus demographischer Sicht wesentlich größere Anstrengungen im Bereich der beruflichen Weiterbildung als bisher, da die traditionellen Quellen des Arbeitsvermögens geringer fließen. In vielen Ländern werden bisher weitgehend be-

<sup>1)</sup> Vgl. Helberger, Gh.; Palamides, H.: Schüler- und Absolventenprognosen bis zum Jahr 2000. - In: Mitteilungen aus dem Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1. - Stuttgart/Berlin (West)/Köln/Mainz, 1986. - S. 234

2) Vgl. Alex, L.: Die Probleme des Übergangs in das Beschäftigungssystem in der 2. Hälfte der 80er Jahre. - In: Gewerkschaftliche Bildungspolitik, Heft 1. - Düsseldorf, 1987. - S. 15

3) Vgl. Making Provision for Ageing Populations. - In: The OECD-Observer, Nr. 148. - Paris, Oktober/November 1987. - S. 6

nachteiligte Bevölkerungssteile, wie Flauen, Angehörige nationaler Minderheiten oder Einwanderer, verstärkt in den Arbeitsmarkt integriert werden, wenn auch oft nur auf Teilzeitbasis und in gesellschaftlich gering geachteten Tätigkeiten. Allerdings weist z. B. die in den USA vielbeachtete Studie des Hudson-Instituts "Arbeitskräfte 2000: Arbeit und Arbeitskräfte für das 21. Jahrhundert" darauf hin, daß nur 27 Prozent der neu zu besetzenden Arbeitsplätze niedrig qualifiziertes

1)

Personal erfordern - im Gegensatz zu 40 Prozent gegenwärtig. Soll den Anforderungen der Wirtschaft an die Arbeitskräfte Rechnung getragen werden, dann müssen die Bildungseinrichtungen auch in der beruflichen Erstausbildung die bisher benachteiligten Bevölkerungsteile stärker integrieren.

Zu beachten ist dabei jedoch, daß die demographische Entwicklung noch nicht auf den Arbeitsmarkt direkt durchschlägt. So besteht das Problem des Arbeitsmarktes auf dem Gebiet der ehemaligen BRD bei der Verwertung der vermittelten Qualifikationen bis zum Jahr 2000 weiterhin darin, daß wesentlich mehr Jugendliche mit abgeschlossener Berufsausbildung auf den Arbeitsmarkt treten, als Erwerbstätige mit entsprechender Ausbildung aus dem Beschäftigungssystem ausscheiden. Dieser Unterschied macht zwischen 1986 und 1990 ca. 600.000 - 900.000 Jugendliche aus, was zu einer Verstärkung des Verdrängungsprozesses

2)

gegenüber Ungelernten führen wird. Auch in Österreich befürchtet man für die kommenden Jahre eher noch ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit und die Vordrängung der schlechter vorgebildeten Menschen durch besser qualifizierte. In Großbritannien wird der starke Rückgang der Altersjahrgänge Jugendlicher voraussichtlich nicht für die qualitative Verbesserung der Bildung und Qualifizierung genutzt. Stattdessen soll im Interesse der Wahrung elitärer Bildungstraditionen ein radikaler Abbau der finanziellen Mittel im Bildungsbereich vorgenommen werden.

Damit kann für die OECD-Staaten insgesamt vorausgesagt werden,

## **TT**

'Vgl. Guiton., B.j Reflections of a 1950s Youth at Risk. - In: Vocational Education Journal. - Alexandria»Januar/ Februar 1988. - S. 21

2)

'Vgl. Berufsbildungsbericht 1987., - Hrsg. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. - Bonn.1987. - S: 27

3)

'Vgl. knapp, I.: Die berufliche Bildung in Österreich.-A.a.0. -S. 69

daß trotz demographischer Entlastung des Bildungs- und Arbeitsmarktes soziale Probleme in diesem Bereich fortbestehen bleiben, insbesondere an der Schnittstelle zwischen dem Bildungssystem und der Arbeitsaufnahme der Absolventen der verschiedenen Bildungs- und Qualifikationsstufen.

#### 1.4. Aspekte der staatlichen Berufsbildungspolitik

In der Berufsbildungspolitik westlicher Industriestaaten ist die Gestaltung und Kontrolle einfluß zentraler und kommunaler Instanzen sehr unterschiedlich geregelt. Dies hängt vor allem davon ab, ob die Berufsbildung vorrangig betrieblich orientiert und damit vorwiegend privatwirtschaftlich finanziert wird oder ob sie in staatlicher Verantwortlichkeit liegt und damit vorrangig in beruflichen Schulen organisiert wird. Ein grundlegendes gemeinsames Erfordernis drückt sich in der zunehmend feststellbaren Kompetenz staatlicher Kontroll- und Koordinierungsinstanzen aus, die vor allem zur Sicherung einer landesweit vergleichbaren Mindestqualität und Nutzbarkeit beruflicher Bildung unverzichtbar ist. Auch in Ländern mit einem gering ausgebauten staatlichen System der Berufsbildung, wie den USA und Japan, wurden auf lokaler und regionaler Ebene Gremien geschaffen, die eine berufliche Eingliederung der zumeist nur über eine Allgemeinbildung verfügenden Absolventen von Gesamtschulen und Colleges erleichtern sollen. Eine Bildungs- und Berufsbildungsplanung wird allgemein als Erfordernis erkannt, doch eine vorausschauende Abstimmung des Bildungswesens mit dem Beschäftigungssystem erweist sich als äußerst kompliziert. Ein seit langem bekanntes Problem ist z. B. die Überausbildung in Berufen, die nur einen geringen Nachwuchsbedarf haben (z. B. in Teilen des Handwerks, des Handels, in sogenannten Frauen- bzw. hauswirtschaftlichen Berufen) und eine Unterausbildung vor allem im Dienstleistungsbereich. Obwohl einige Länder durch eine systematische Forschungsarbeit regelmäßig ziemlich genaue Orientierungen erarbeiten (Frankreich, USA, BRJ), fehlt ein marktwirtschaftliches Instrumentarium zur Durchsetzung der als richtig erkannten Ziele. Somit erscheint z. B. dem Forschungsdirektor des Insti-

tuts für Sozialwissenschaftliche Forschung in München, Burkhardt Lutz, diese Politik als bloßes "Reagieren" auf gesellschaftlich ablaufende Prozesse.<sup>1)</sup>

Eine mögliche Alternative dazu liegt in der Beeinflussung des Ausbildungsmarktes durch gezielte Vergabe von Finanzmitteln, die durch ein Fondsfinanzierungssystem nach dem Modell der sogenannten "Edding-Konmission" von 1973 aufgebracht werden könnten. Bisher vermochten sich jedoch die politischen Kräfte, die für eine Fondsfinanzierung eintraten (in der Regel die Gewerkschaften und Teile der Sozialdemokratie), nicht durchzusetzen, Ansätze, die es mit dem levy-grant-System in Großbritannien und dem Berufsausbildungsförderungsgesetz in der BRD gab, wurden zurückgenommen, ohne daß allerdings eine geeignete andere Lösungsvariante angeboten wurde« Damit bleibt das Problem der vermehrten sozialen Unsicherheit der Betroffenen und des hohen zusätzlichen Bedarfs an Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen als Folge unzureichender Bildungsplanung und Politikgestaltung erhalten.

Trotz sinkender Jahrgangsstärken Jugendlicher besteht auch für die führenden westlichen Industriestaaten angesichts einer fortbestehenden hohen Arbeitslosigkeit die Notwendigkeit, für Angehörige der Rand- oder Problemgruppen zumeist kurz- und mittelfristige Ausbildungs- und Umschulungsmaßnahmen vorzusehen (z. B. sogenannte Benachteiligtenprogramme, "Arbeitsmarktausbildung" ).

Eine große Gefahr erwächst aus der Tendenz, z. B. in den USA und Japan, daß Berufsbildungsgänge zum Sammelbecken vorwiegend leistungsgeminderter Schüler der Gesamtschulen werden. Wenn hier keine staatlichen Maßnahmen entgegenwirken, wird sich die gesellschaftliche Wertschätzung dieser beruflichen Bildung weiter abschwächen. Das trifft aber nicht nur für Länder mit vorwiegend vollzeitschulischer Berufsvorbereitung zu; auch in Deutschland mit einem weltweit anerkannten betrieblich orientierten Berufsausbildungssystem wird die dringende Notwendigkeit gesehen, den Facharbeiterberuf materiell und moralisch aufzuwerten.<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung v. 15.2.1990, Beilage Jugend und Berufswahl. - S. VI

<sup>2)</sup> Vgl. **ebenda**

Ein wesentlicher Faktor für die Herabstufung der Berufsbildung ist das vermehrte Streben der Jugendlichen, die Hochschulreife zu erlangen. Das Verhältnis von Studienanfängern zu Lehrlingen wird sich, nach einer Prognose der Kultusministerkonferenz von 1 : 3,2 im Jahre 1984 auf 1 : 2,5 <sup>1)</sup> im Jahre 1995 verändern. Damit entstehen erhebliche Disproportionen hinsichtlich der Qualifikationsstruktur der Absolventen und des Angebots an qualifikationsgerechten Arbeitsplätzen. Aber auch innerhalb der nach außen einheitlichen Berufsausbildung im Rahmen des "dualen Systems" der BRD werden zunehmend innere Differenzierungen deutlich. Einerseits bildet sich für den Bereich der Hoch- und Schlüsseltechnologien sowie der anspruchsvollen (zumeist personellebesseren) Dienstleistungen ein moderner Facharbeitertyp heraus, der zumeist über den Hochschulabschluß und eine drei- bis dreieinhalbjährige Berufsausbildung verfügt, andererseits wird in traditionellen gewerblichen und handwerklichen Sektoren sowie in Teilen des Dienstleistungsbereichs eine Berufsausbildung vermittelt, die eine erhöhte soziale Unsicherheit während der späteren Berufstätigkeit vorprogrammiert (Notwendigkeit zum Berufswechsel nach der Berufsausbildung, Überausbildung in Berufen ohne Zukunft). Hier liegt objektiv politischer Handlungsbedarf vor, der von den gesellschaftlichen Kräften in unterschiedlichen Positionen widergespiegelt wird.

In der Gesamtheit westlicher Industriestaaten wurde in den 80er Jahren - trotz des differenzierten Bildungsniveaus - die breite Einbeziehung der Jugendlichen eines Altersjahrganges in eine Form der Berufsausbildung oder eine in das Berufsleben führende Form der Allgemeinbildung weiter ausgebaut und in qualitativer Hinsicht an die Erfordernisse des neuen Produktivkrafttyps angepaßt. (Eine gewisse Ausnahme dabei bildet Großbritannien.) Das wurde in einigen Ländern eine tiefgreifende Veränderung der betrieblichen und schulischen Lehrgänge vorgenommen (BRD, nordische Länder) oder der Anteil von Schülern an

<sup>1)</sup> Vgl. Die Zeit (Hamburg) v. 23.1.1990. - S. 35 (Nur für das Gebiet der ehemaligen BRD)

höherwertigen allgemeinbildenden Abschlüssen erhöht (Frankreich, BRD), In den südeuropäischen EG-Ländern wurden die Bemühungen verstärkt, die vorhandenen Defizite in den verschiedenen Formen der Berufsausbildung zu vermindern.

Heute Aspekte bildeten sich im Rahmen der westeuropäischen Integration im Zusammenhang mit dem Bestreben zur Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes heraus, Bestand in den 70<sup>er</sup> Jahren eine wesentliche Seite der EG-Berufsbildungspolitik darin, negative soziale Auswirkungen der wirtschaftlichen Integration durch Mittel aus EG-Fonds im jeweils nationalen Rahmen abzuschwächen, so steht in Vorbereitung des einheitlichen Binnenmarktes bis 1992 die Frage der gegenseitigen Anerkennung ("Entsprechung") beruflicher Qualifikationen im Mittelpunkt der Bemühungen, Es gilt, einen freien grenzüberschreitenden Austausch von qualifizierten Arbeitskräften zu ermöglichen und damit zur Schaffung eines einheitlichen westeuropäischen Arbeitsmarktes beizutragen, <sup>1)</sup>

Auch im globalen Maßstab spielen Fragen der Berufsbildung und deren staatlicher Förderung eine wachsende Rolle, um die Konkurrenzfähigkeit der nationalen Wirtschaften sowie der<sup>1</sup> großen Wirtschaftszentren - EG-Raum, USA und Japan - zu erhalten und weiter auszubauen,

Ausdruck dessen sind die bildungspolitischen Analysen und Empfehlungen der OECD, die sich verstärkt mit den Zusammenhängen von Bildung und Beschäftigung (insbesondere für die Altersgruppe der 16- bis 18jährigen) und den Problemen der lebenslangen Bildung befassen.

---

<sup>1)</sup> Vgl, Manning, S,: Die Ausrichtung der beruflichen Bildung auf den EG-Binnenmarkt, - In: Vergleichende Pädagogik, - Berlin (1990)2, -

## 2. Entwicklung der beruflichen Bildung in ausgewählten Ländern

### 2.1. USA

#### 2.1.1. Zur Berufsbildungspolitik

In den USA haben sich nach dem 2. Weltkrieg vier große Bereiche der staatlich<sup>1)</sup> organisierten und kontrollierten beruflichen Vorbildung, Aus- und Weiterbildung herausgebildet:

1. der berufliche Zweig der High School (Lassen 10 - 12)
2. die sogenannte Technikerausbildung an zweijährigen Colleges
3. die Lehrlingsausbildung im handwerklichen Bereich (**Apprenticeship**)
4. die verschiedenartigen <sup>2)</sup> Agencien der beruflichen Aus- und Weiterbildung von Erwachsenen außerhalb der privaten Industrie (vorwiegend für Arbeitslose).

Während die beruflichen Bildungsmaßnahmen an den High Schools und an den Colleges der Verantwortung des Bildungsministeriums unterstehen, ist für das Lehrlingswesen und für Teile der beruflichen Erwachsenenbildung das Arbeitsministerium zuständig.

Die gesamtstaatliche Verantwortung für die Berufsbildung vor dem 2. Weltkrieg erstreckte sich vorrangig auf die Lehrerbildung und die Ausbildung und den Einsatz von Inspektoren (Smith-Hughes Act 1917, George-Heed-Act 1929). Nach dem 2. Weltkrieg wurden analog zu neuen wirtschaftlichen Erfordernissen weitere Gebiete der Berufsbildung unter gesamtstaatliche Verantwortung gestellt und ein entsprechender Staatsapparat aufgebaut (George-Barden-Acts 1946, 1956 und 1959).

<sup>1)</sup> Die staatliche Verantwortlichkeit verteilt sich dabei auf die bundesstaatliche, einzelstaatliche und kommunale Ebene.

<sup>2)</sup> In den USA existiert kein einheitliches System von beruflichen Ausbildungswegen, die zu allgemein anerkannten Abschlüssen führen. Da sowohl inhaltlich als auch seitlich erhebliche Unterschiede zwischen verschiedenen Ausbildungsmaßnahmen bestehen, wird in den USA selbst der Begriff der Ausbildungsprogramme verwendet.

Aber erst Ende der 50er Jahre setzte in Folge des "Sputnik-Schocks" verstärkte Anstrengungen seitens der amerikanischen Regierung ein, um das auf vielen Gebieten sichtbar ge-

•»ordcno Bildungsdefizit der USA gegenüber den konkurrenten abzubauen«

Die Überprüfung der Bildungspolitik fiel zeitlich mit dem Übergang der USA-Wirtschaft zum neuen Wirtschaftstyp zusammen, der maßgeblich von der industriellen Produktion, der Wissenschaft und Technik bestimmt war,

Die neuen Erfordernisse hinsichtlich der Zahl und der Ausbildungsqualität von Facharbeitern, Technikern und Hochschulkadern schlugen sich zu Beginn der 60er Jahre in einer Reihe von gesetzlichen Maßnahmen nieder, die eine neue Ära der USA-Bildungspolitik im sekundären und postsekundären Bereich einleiteten. Zu diesen Gesetzen zählen das Arbeitserweiterungs- und Ausbildungsgesetz von 1962 und das Berufsbildungsgesetz von 1963, die später durch verschiedene Gesetzesänderungen (zum Beispiel die Berufsbildungsgesetzesänderung von 1972 zum Hochschulgesezt) sowie das "Gemeinsame Berufsausbildungs- und Ausbildungsgesetz" von 1973 (CJETA) und durch das Berufsbildungsgesetz von 1976 ergänzt wurden,

Diese neue Etappe der Berufsbildungspolitik der USA wurde u. a. geprägt durch

- eine wesentliche Verstärkung der Rolle des Staates (der Bundesregierung wie auch der Behörden der Einzelstaaten und der lokalen Verwaltungseinheiten) in der Berufsbildung
- eine bedeutende quantitative Zunahme der Teilnehmer an Berufsbildungsprogrammen der High Schools, der postsekundären Bildungseinrichtungen und an Ausbildungs- und Umschulungsprogrammen, die vom Arbeitsministerium organisiert werden;
- eine inhaltliche Anpassung der Ausbildungsprogramme an die neuen Erfordernisse der Wirtschaft;
- eine bessere Gestaltung der Rahmenbedingungen für eine effektivere Berufsausbildung (zum Beispiel Schaffung von regionalen und nationalen Informations-, Dokumentations- und Forschungszentren, Förderung von Pilotprojekten, Ver-

besserung der Lehrerausbildung und der Berufsberatung),

Diese zu Beginn der 60er Jahre eingeleitete Etappe fand einen relativen Abschluß mit der Bildung eines eigenständigen Ministeriums für Bildung im Herbst 1979, das in seinem Kompetenzbereich ein Staatssekretariat für Berufs- und Erwachsenenbildung einschloß,

Die neue Etappe der Berufsbildungsentwicklung begann 1980 mit der Tätigkeit der Reagan-Administration und war eng mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik des sogenannten Inflationismus und der Angebotsökonomie verbunden. Zugleich wurde gegenüber der Sowjetunion und den Warschauer Vertragsstaaten ein verstärkter Konfrontationskurs eingeschlagen, der durch seine extreme Rüstungspolitik negative Auswirkungen auf das Bildungswesen und die übrigen Sozialbereiche hatte. Spezielle Ziele des Regierungsprogramms von Reagan 1981 waren die Inflationseindämmung, Förderung des Wirtschaftswachstums, Dollarstärkung, Produktionssteigerung und Konsolidierung des Staatshaushalts. Es erwies sich jedoch, daß dieser Kurs zumindest von seinen ökonomischen Zielen und Interessen her an seine Grenzen gelangte. Das belegen:

- gewaltige Defizite im Staatshaushalt und der Handel der größten Gläubiger zum größten Schuldner in der Welt,
- der Verlust der Führungsrolle als Supermacht der Welt und das Aufschließen der Konkurrenten auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik.

Diese Bilanz zwingt zur alternativen Politik, die USA müssen sich mit verstärkten Anstrengungen dem ökonomischen und politischen Konkurrenzkampf zulasten der militärischen Option stellen. Erste Anzeichen eines entsprechenden Kurswechsels sind das Sinken des Anteils der Rüstungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt seit etwa 1977 und die Umstrukturierung des Bundeshaushalts 1989/90 zugunsten ökonomischer und sozialpolitischer Ausgaben.

In dieser widersprüchlichen Entwicklung der 80er Jahre bewegt sich die staatliche Bildungspolitik offensichtlich zwischen zwei Problembereichen: der Erhöhung der Produktivität der 'Wirtschaft und der Regulierung des Staatshaushalts«

Expertenberichte von Kommissionen, die die Regierung mit der Analyse der Situation in der Wirtschaft und im Bildungswesen beauftragte, zeigten einen deutlichen Produktivitätsverlust der amerikanischen Industrie gegenüber ihren westeuropäischen und asiatischen Konkurrenten.<sup>1)</sup> Zu den langfristigen Faktoren, die dem Niedergang der Produktivität entgegenwirken müßten, gehörte die Erhöhung der Qualifikation der Arbeitskräfte. Die öffentlichen Schulen böten nicht die erforderliche Qualität der Bildung. Voran es u. a. mangelte, sei ein unzureichendes Niveau der Grund- und Grundlagenbildung und die notwendige Ausbildung für einen zunehmend komplexen und sich wandelnden Arbeitsmarkt, wie erstmals in der Geschichte der USA habe eine Generation nicht die Fähigkeiten erworben, die erforderlich sind, um überholt zu werden.

Es ist offensichtlich, daß das Streben nach einem hohen Niveau in der öffentlichen Bildung für alle Länder, jeder Schüler sollte die grundlegenden Fähigkeiten und sozialen Fertigkeiten erwerben, um ein aktiver und produktiver Bürger zu werden. Zur besseren Vorbereitung der Jugend auf die Welt der Arbeit sollte man in den Oberschulen die Grundlagenbildung, die berufliche Ausbildung und das Lernen in außerschulischer Umgebung fördern, um eine solide Basis für den lebenslangen Lernprozeß.<sup>2)</sup>

Zahlreiche Untersuchungen von Bildungsforschern bekräftigten, daß die unzureichenden, sogar sinkenden Leistungen des öffentlichen Bildungswesens zumindest teilweise für den Rückgang des Produktivitätswachstums verantwortlich seien»

Folgende Anzeichen einer Bildungskrise wurden genannt:

- Unternehmer stellten zunehmend fest, daß es den Hochschulabsolventen an allgemeiner Bildung mangelte, sie seien gestimmt, eine kostenaufwendige Ausbildung zu vermitteln,<sup>3)</sup> bevor die Absolventen im Betrieb produktiv sein könnten, '

<sup>1)</sup> Vgl. "A nation at risk - the imperative for educational reform/ The National Commission on Excellence in Education. - Washington D.C., 1983.-

"A national agenda for the eighties: report of the President's Commission on a national Agenda for the Eighties, - Washington D.C., 1980.-

p) Vgl. "A national agenda", A.a.o., - S. 31» 83-87» A nation at risk... - A.a.o. - S. 5 - 14

3) Vgl. Hanushek, E., "Expenditures, efficiency and equity" in education - the federal government's role, - In: The American Economic Review. - New York 79 (1989)2. - S. 46

- Berechnungen zum Leistungstest an Schulen ergaben, daß der durchschnittliche Punkt-wert von Mitte der 60er bis Ende der 70er Jahre gefallen sei (1966: 950; 1979: 890) und bis Mitte der 80er Jahre nur langsam ansteige (auf 900). In diesem statistischen Trend widerspiegeln sich ein tatsächliches Absinken der Leistungen, inwzwn komme die soziale Ungleichheit in den Bildungsmöglichkeiten: Schwarze und andere ethnische Minderheiten hätten weitex-hin einen bedeutend niedrigeren Leistungsstand (nach Testwerten von 1983<sup>1</sup> etwa nur Dreiviertel der Punktzahl von Weißen).
- Der Anteil Jugendlicher, die die Oberschule vorzeitig ohne Abschluß verlassen (hauptsächlich jene aus nationalen Hinterhoiten und sozial ungesicherten Familien), lag Anfang der 80er Jahre bei 25 Prozent. Demgegenüber erhielten etwa 10 - 15 Prozent der Oberschüler eine hervorragende Bildung, die als Weltspitze gelten könne. Die Mehrheit Jugendlicher finde in den Schulen zwar einige niveauvolle Angebote, aber insgesamt unzureichende geistige Herausforderungen vor.<sup>1)</sup>
- Viele funktionale Analphabeten, die weder den Inhalt von gewöhnlichen Texten richtig erfassen noch einfache mathematische Aufgaben lösen können, "wurden 13 Prozent der 17jährigen (bestj. 10 Prozent jener, die den nationalen Minderheiten angehören) und etwa ein Fünftel aller Erwachsenen eingestuft."<sup>2)</sup>
- Inwzwnsichtlich der vorberuflichen Bildung war bis zu den 80er Jahren der Bedarf nach Arbeitskräften auf unterem Niveau weitgehend gedeckt worden. Dazu trug die quantitative Zunahme der Absolventen der beruflichen Vollzeitschulischen Ausbildungseinrichtungen (eine Vervierfachung von 1960 - 1980) sowie die Einführung von kurzfristigen Umschulungskursen in Verantwortungsbereich des Arbeitsministeriums (vor allem in Form der CZTA-Programme) entscheidend bei. Gleichzeitig vergrößerte sich die Lücke zwischen diesem Arbeitstyp und den Absolventen der Technikausbildung (2 - 3 Jahre College-Erfahrung).

<sup>1)</sup> Vgl. Doyor, J. : Secondary education in America - priorities for reform, - In: The changing functions of higher education/ Research Institute for Higher Education. - Hiroshima, 1983. - S. 145-

<sup>2)</sup> Vgl. A nation at risk. - A.a.O., S. 8 f»

Im wachsenden Maße fehlt der hochqualifizierte Facharbeiter, sowohl in den herkömmlichen Berufen als auch in den durch die technische Entwicklung neu entstehenden Berufsbereichen, Einem Überangebot an kurzfristigen und damit relativ billigen Ausbildungskursen steht ein bedeutender Mangel an langfristigen und soliden Berufsausbildungsmöglichkeiten entgegen« Die Lehrlingsausbildung, die jährlich etwa 100 000 qualifizierte Arbeiter in **die** Wirtschaft entläßt, kann diese Lücke bei weitem nicht ausfüllen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß in der USA-Fachpresse wiederholt positive Berichterstattungen über das duale System der Berufsausbildung der BRD erschienen, welches für die Herausbildung des genannten fehlenden Facharbeitertyps als vorbildlich angesehen wurde.

Die Erkenntnis in führenden politischen und wirtschaftlichen Kreisen der USA über die im Vergleich zu den Konkurrenten in Übersee sinkende Produktivität der Wirtschaft steht im deutlichen Gegensatz zur Haushaltspolitik der Zentralregierung in Washington, Obwohl die Notwendigkeit einer massiven Bildungsoffensive regierungsamtlich **propagiert wurde**, setzten mit dem Amtsantritt der Reagan-Regierung spürbare Kürzungen im Bildungsetat ein (1982 und 1983 um 20 Prozent). Sie betrafen vor allem die finanzielle Unterstützung von Schülern und Studenten aus Familien mit niedrigem Einkommen, Hingegen wurden zusätzliche Gelder für die Anhebung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Bildung bewilligt.

Auf die löntScheidung über spezielle Mittel für die berufliche Bildung wirkten sich weitreichende Veränderungen in der staatsmonopolistischen Regulierung aus. Die Reagan-Regierung strebte vor allem im Interesse der Forcierung oor Rüstungsprograuune einen "neuen Föderalismus", das heißt eine stärkere Verlagerung von Finanzierungs- und Leitungsverantwortung auf die einzelnen Bundesstaaten und örtlichen Verwaltungen an. Zugleich zielte ihre "Angebotsökonomie" darauf, daß die Wirtschaft, durch Steuersenkung und allgemein bessere Profitbedingungen stimuliert, ihre Investitionsbereitschaft erhöht und die Produktivität sowie Konkurrenzfähigkeit steigert« An dieses Konzept wurde auch die Erwartung geknüpft, daß die Unternehmer verstärkt die Verantwortung und Finanzierung von beruflicher Bildung übernehmen.

Vor diesem Hintergrund sind folgende bildungspolitische Bestrebungen zu sehen:

Erstens gab es wiederholte Versuche des Bildungsministeriums in den 80er Jahren, die Bundesmittel für berufliche Bildung völlig zu streichen oder zumindest stark zu beschränken. Diese Bestrebungen scheiterten am massiven Widerstand gesellschaftlicher Kräfte, vor allem vertreten durch die Leitungsorgane für berufliche Bildung in den einzelnen Bundesstaaten und die nationale Vereinigung der Berufsschullehrer. Die schließlich vom Kongreß bestätigten Bundesausgaben für berufliche Bildung lagen in den letzten Jahren bei 900 Millionen Dollar (1986: 306j 1987: 875; 1988: 08i)<sup>1)</sup>. Diesen stehen allerdings Ausgaben des privaten Sektors von insgesamt 30-50 Milliarden Dollar für die berufliche Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten gegenüber.<sup>2)</sup>

Obwohl der Anteil der Bundesmittel relativ gering ist, ist ihre Wirkung als Katalysator unbestritten. So führten Bundesmittel in den Jahrzehnten nach dem SMITH-HUGHES-Gesetz von 1917 zur Herausbildung eines Systems der beruflichen Bildung in jedem Bundesstaat. Programme ab Anfang der 60er Jahre erweiterten die wirtschaftliche Zielstellung in Richtung sozialer Anliegen: Mittel für Benachteiligte, Arbeitslose, ethnische Minderheiten und Gleichheit der Geschlechter. Ohne fortgesetzte Investition des Bundes würde das System der beruflichen Bildung ernsthaft beeinträchtigt werden.

Als Argumente für eine dringende gesamtstaatliche Unterstützung der beruflichen Bildung wurden Ende der 80er Jahre folgende Erfordernisse angeführt:

- Produktivitätssteigerung: das BROOKINGS-Institut habe mehrmals betont, daß die wichtigste Grundlage hierfür das Niveau der Bildung und Fähigkeiten der Arbeitskräfte sei;
- Wettbewerbsfähigkeit: notwendig wäre die Modernisierung und Erweiterung der beruflich-technischen Bildung auf nachschulischer Ebene, insbesondere die Einbeziehung von Fremdsprachenunterricht und die Ausprägung von Marktfähigkeiten;

<sup>1)</sup>Vgl. Federal funding victories, - In: Vocational Education Journal. - Alexandria 63(1988)1. - S. 3

<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup>Vgl. Buesehoff, N.: USA - zu den Bedingungen einer dynamischen Entwicklung. - In: Weltwirtschaft - pazifische Herausforderung und europäische Antwort, - Köln: Bachern, 1987 - 3. 30

- **Technologische** Veränderungen\*, entsprechend sei die Weiterbildung zu fördern;
- Umschulung von Arbeitskräften: hierfür gebe es gegenwärtig nur sehr begrenzte Fonds;
- Lebensqualität: dazu gehöre die Verbesserung beruflicher Fähigkeiten von Behinderten. <sup>1)</sup>

Z w e i t e n s war die Bundesregierung in den 80er Jahren bestrebt, die Verantwortung der Unternehmer und anderer Interessengruppen für die berufliche Schulbildung in den einzelnen Bundesstaaten zu erhöhen.

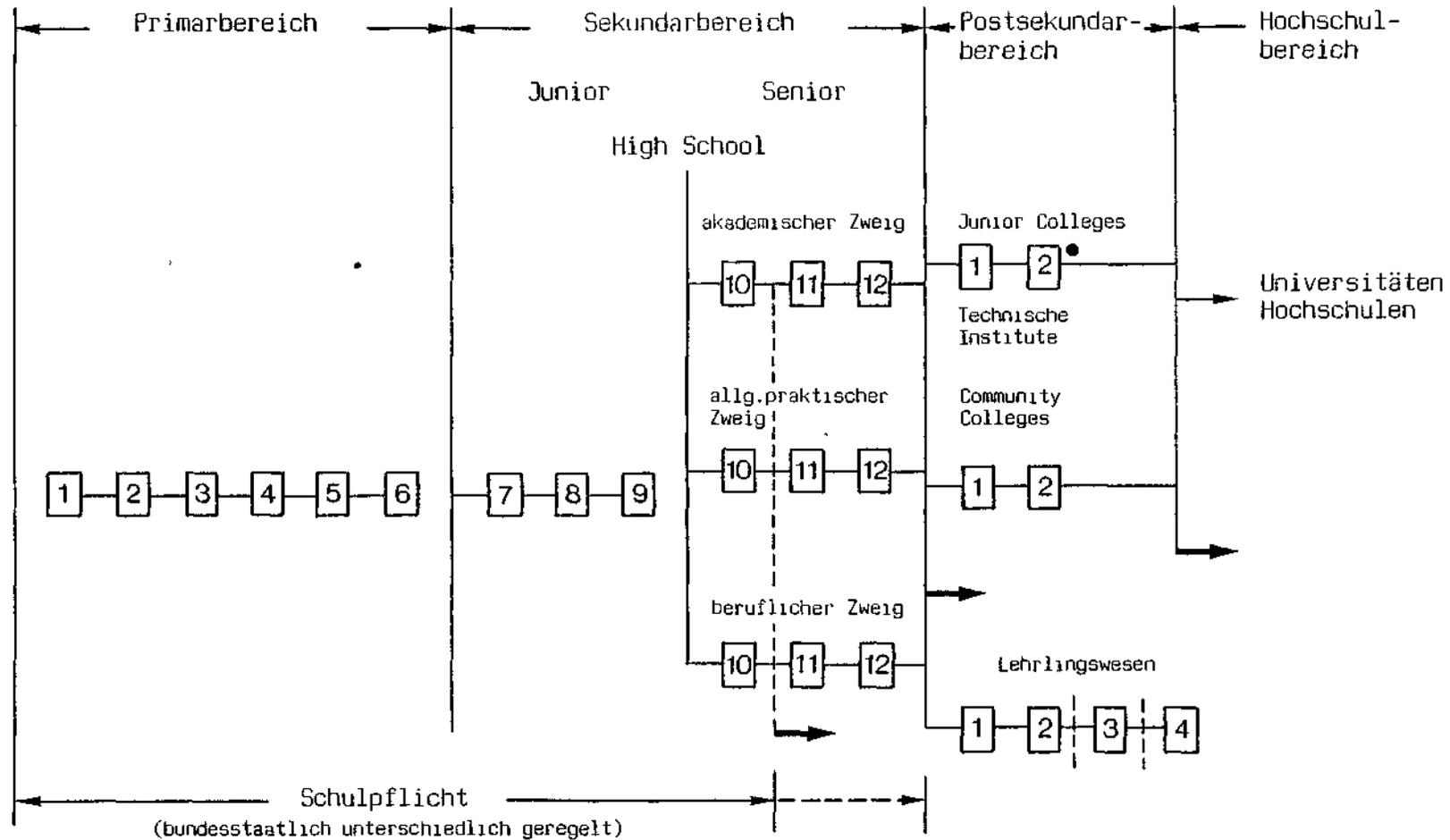
Ein erklärtes Ziel des PiQRLZKFS-Gesetzes von 1984 über die berufliche Bildung bestand darin, die Einbeziehung des privaten Sektors zu fördern. In allen Bundesstaaten sollten Fachkommissionen zur Beratung über Ausbildungsprogramme in den wichtigsten Tätigkeitsbereichen geschaffen werden. Als Mitglieder der Kommissionen sah das Gesetz vor allem Praktiker aus den verschiedenen Tätigkeitsbereichen vor: Vertreter von Industrie und Handel, von beruflichen Organisationen und "wo angebracht" von Gewerkschaften. Mit der Einbeziehung von Berufskörperschaften, Gewerkschaften und anderen Organisationen sind gesellschaftliche Gremien geschaffen worden, die komplexe regionale Erfordernisse - selbstverständlich unter Vorherrschaft der Wirtschaftsinteressen - in die Gestaltung der beruflichen Bildung einbringen und deren Effektivität erhöhen können.

Wofür die Bundesregierung nach wie vor die Hauptverantwortung trägt, sind Programme für die Ausbildung und Beschäftigung von Arbeitslosen und anderen Randgruppen. Doch auch hier sucht sie verstärkt nach kommunalen Lösungen unter Einbeziehung der Unternehmer.

Tjr-

<sup>1)</sup>Vgl. Shoemaker, B.: The case für reauthorization. - In: Vocational Education Journal. - Alexandria 62(1987)7. - S. 87

Abbildung 3: Vereinfachte Darstellung der Struktur des Bildungswesens in den USA



• Hochschulreife

X nichtgraduierte Abschlüsse

--- unterschiedliche Ausbildungsdauer

→ Übergang ins Arbeitsleben

## 2,1.2. Gestaltung und Leistungen beruflicher Bildung

Im iiatiræn der verschiedenen Bildungsbereiche obliegt den Oberschulen (liigli schools) die Vermittlung einer Grundlagenbildung im Sinne der Vorbereitung auf die Arbeitswelt. Das Ziel besteht darin, die beruflichen Kenntnisse und Fertigkeiten möglichst breit, das heißt, für eine Vielzahl von mehr oder minder verwandten Tätigkeiten zu entwickeln. Von den Schulabgängern wird erwartet, daß sie in der Lage sind, beschäftigungsfähig und produktiv zu sein. Bei Eintritt ins .Berufsleben soll nur noch eine Anlern- oder Einarbeitungsphase bzw. eine Spezialisierung innerhalb des Berufsfeldes notwendig sein. <sup>1)</sup>

In den Oberschulen umfaßt das Lehrprogratmn grundsätzlich akademisch orientierte und berufliche Fächer, für deren Abschluß Punkte (credits) vergeben werden. Berufliche Fächer nehmen durchschnittlich ein Drittel der gesamten Juehrprograranie ein. Innerhalb des gesamten Lehrprogratams wählen die Schüler in der liegel zwischen akademischen und beruflichen Ausbildungsstrwoigen, die aber jeweils Fächer beiden Typs enthalten. Die Teilnahme an beruflicher bzw. akademischer Bildung ist keine "entweder-oder-Situation", sondern im wesentlichen eine Frage der jeweiligen Anteile, Allerdings darf die weitverbreitete Kombination akademischer und beruflicher Fächer nicht darüber hinwegtäuschen, daß im fachlichen Profil und in der Qualität der Oberschulbildung eine ausgeprägte Hierarchie existiert. Sie geht mit einer starken sozialen Differenzierung Innerhalb der formal einheitlichen Oberschule einher: angefangen von krassen regionalen sowie lokalen Unterschieden in Niveau und Ausstattung der Einrichtungen bis hin zu Einteilungen der Schüler in bestimmte lilassensüge, zura Beispiel akademische, allgemeinbildende, berufliche und sonstige.

Für die Charakterisierung der beruflichen Bildung ist dabei festzuhalten, daß sich in den vorwiegend beruflichen Zweigen bzw. Klassenzügen zumeist jene Schüler<sup>1</sup> finden, die in akademischen Fächern nicht erfolgreich sind, aus "unteren" sozialökonomischen Klassen und Schichten kommen und sich auf eine unmittelbare Arbeitstätigkeit nach der Schule einstellen.

<sup>1)</sup> Vgl. Buzzell, C.: You're ready for the challenge. - In: Vocational iüducation Journal, - Alexandria 64(1989)3. - S. 8  
2)

<sup>1)</sup> Vgl. ifilms, ¥. : Training for technology - a questionable Investment. - In: International Journal of Educational Development. - Oxford 8(1988)1. - S. 66

Seit den Reforrrainitiativen, die etwa 1983 einsetzten, sind die Anforderungen an das Niveau der Oberschulabschliisse gestiegen» Entsprechend hat sich das Angebot von erforderlichen ICernfächern verstärkt und die Teilnahme an diesen erhöht» Im Ergebnis ist die Vermittlung beruflicher Bildung eingeschränkt worden und das gesellschaftliche Ansehen dieses Bereichs gesunken. Allerdings zeigt sich das statistische Erscheinungsbild dieses Trends sehr differenziert:

- Über die Gesamtheit der Bundesstaaten ist die Teilnahme an beruflicher Bildung sogar etwas gestiegen (von 7\*07 auf 7,37 Millionen Schüler zwischen 1982/87 in k\*7 Staaten), während die Scüülorzahl in der allgemeinen Bildung etwas zurückging (von 12,36 auf 12,15 Millionen). Hierbei wirkt sich aber die veränderte Zuordnung der Kurse aus: mehrere Staaten definieren jetzt mehr Kurse auf mehr Niveaustufen als berufliche (vermutlich um die akademische Auslese zu befördern),
- Unter den einzelnen Bundesstaaten weist über die Hälfte einen gesunkenen Anteil der Schüler beruflicher Kurse aus (in New York zum Beispiel von 1982/83 bis 1985/86 mit 6,7 Prozent), in 19 von k'J Staaten ist er angestiegen» Während eine rückläufige Teilnahme in den Fachgebieten Landwirtschaft, Gesundheitswesen, Handel und Industrie zu verzeichnen ist, haben die Fächer Geschäftswesen und Markt wachsenden Zulauf.<sup>1</sup>

Besonders nachteilige Auswirkungen hat der Trend zur akademischen auf Kosten beruflicher Bildung auf jene Schüler, die unmittelbar nach Abschluß der Oberschule in die Arbeitsbevölkerung eintreten, sowie für jene mit sozialen und anderen Behinderungen,

Die Warnungen von Bildungsexperten und -Politikern sind unüberhörbar» Im Interesse der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des Landes müsse gesichert bleiben, daß alle Oberschüler die Möglichkeit haben, sowohl mit anwendbaren beruflichen Fähigkeiten als auch mit Voraussetzungen für

<sup>1</sup>Vgl. Frantz, N. Jr. & Strickland, D.; Elson, D.: A nation at risk and vocational education at risk? - In: Vocational Education Journal. - Alexandria 63(1988)7. - S. 3h

die höhere Bildung abzuschließen. Zur Begründung werden ökonomische ebenso wie soziale Anforderungen genannt:

- Der schnelle technische Wandel und der Konkurrenzkampf in der Weltwirtschaft bedingen einen fortgesetzten Bedarf an Arbeitskräften mit beruflicher Erstausbildung, die eine periodische Weiterbildung ermöglicht.
- Angesichts der kulturellen Vielschichtigkeit der Bevölkerung ist ein breites Bildungsangebot, das auch die große Gruppe sozial und ökonomisch benachteiligter Jugendlicher einschließt, unerlässlich<sup>1)</sup>

Der einseitigen Förderung akademischer Bildung ist also die Niveauerhöhung der beruflichen entgegenzusetzen. Experten verweisen auf das PiSillZCNS-Gesetz (190^)> i-n dom die Verstärkung von allgemeinbildenden Grundlagen in der beruflichen Bildung betont wurde. Zwei Arten von akademischen Fähigkeiten seien nach ihrer Meinung in beruflichen Kursen zu berücksichtigen:

- Grundlagen der Mathematik, Naturwissenschaften, Kommunikation (lesen, schreiben, zuhören und sprechen) und Umgang mit Computern;
- Vorbereitung für bestimmte Berufe, zum Beispiel besondere naturwissenschaftliche Fächer für Elektronik- und Gesundheitsberufe.<sup>2)</sup>

JSine Verbesserung der Qualität beruflicher Bildung in der Oberschule, so plädieren deren engagierte Vertreter, käme allen Jugendlichen - ob sie eine Beschäftigung oder ein Studium anstreben - zugute.<sup>3)</sup>

### Colleges

Die kommunalen Colleges bieten berufliche Kurse in einem noch breiteren Kontext von Bildungsleistungen. Traditionell uiafas-

<sup>1)</sup> Vgl. ebenda, S. 35

<sup>2)</sup>

Vgl. Fritz, S.: Basic skills - the new imperative. - In: Vocational Education Journal, - Alexandria 63(1988)2.. - S« Zh

<sup>3)</sup> Vgl. Buzsall, C»: Were ready for.... - A.a.O. - S. 9

sen sie - bei durchschnittlich 2jährigen Studien - akademische Vorbereitung auf Universitätskurse, fachliche Ausbildung und abschließende Allgemeinbildung. Zusätzlich, bieten sie aber auch Programme sozialen und beruflichen Charakters und vielfältige kommunale Bildungsleistungen. Sie entsprechen also den neuen Bildungsbedürfnissen, die mit dem raschen Wandel in den Qualifikationsanforderungen und Beschäftigungsbedingungen einhergehen. Jugendliche können bei diesen Kursen leicht ein- und aussteigen, in Voll- oder Teilzeitformen studieren und sind keinem harten Leistungsdruck ausgesetzt.

Bereits bis Anfang der 80er Jahre zeichnete sich ein Trend ab, daß Jugendliche, die in gelernte Tätigkeiten oder in die Verwaltung eintreten wollten, auf ein College gingen.

Entsprechend änderten sich die Proportionen der Kurse innerhalb der kommunalen Colleges. Die akademisch ausgerichtete Studienzuvorbereitung, die in früherer Zeit vorherrschte, verlor an Bedeutung. Anfang der 80er Jahre bereits zeichnete sich ab, daß immer weniger Studenten einen akademischen Grad nach 2jährigen Kursen (associate degree) erwarben und stattdessen

1)

Abschlüsse für berufliche Programme bevorzugten\*

1980 wurde veröffentlicht eine Untersuchungskommission, die sich mit der Rolle der kommunalen Colleges in ihrem Territorium befaßt hatte, veröffentlicht. Sowohl der rückläufige Prozentsatz von Studenten, die zu höheren Studien übergangen, als auch die beschränkten Bildungsmöglichkeiten für soziale Minderheiten, waren Anlaß zur Besorgnis. Die Empfehlungen des Berichts zielten darauf, das breite Bildungsprofil dieser Einrichtungen zu bestärken. Für berufliche und technische Kurse, die von der Mehrheit der Studenten belegt werden, sollte ebenso wie für akademische ein Lernstudienprogramm eingeführt werden. Es sollte historische Zusammenhänge, Verständnis gesellschaftlicher Institutionen, Kenntnisse in Naturwissenschaften und Technik sowie Einblicke in die darstellenden Künste vermitteln. Mit der Integration dieses Kerns in die beruflichen und technischen Studien würde die Spezialisierung in einen breiteren Kontext eingeordnet werden und zu aktuellen Problemen Bezug haben»

1) Vgl. Badley, G.: Unique, authentic and American - a British view of the Community Colleges. - In: The Journal of Further and Higher Education. - London 12 (1980) 2. - S. 76

2) Vgl. Boyer, J.: Community of Colleges ready for a face lift. - In: The Times Higher Education Supplement. - London (1980-05-06) = Nr. 809. - S. 18

Was bisher noch unzureichend funktioniert, ist die Abstimmung beruflicher Bildung zwischen Oberschulen und Colleges, was mangelt an Kontinuität und Koordination zwischen den Ausbildungsprogrammen\*

Doch dies ist Teil eines grundsätzlicheren Problems: Steigende inhaltliche Anforderungen und wachsende Mannigfaltigkeit in der beruflichen Bildung verlangen bessere Koordination über alle Stufen hinweg. Es gibt bereits Beispiele von Vereinbar<sup>1</sup>ungen zwischen Oberschulen, kommunalen Colleges und Universitäten, in denen Übergangsmöglichkeiten in Richtung für Geschäftswesen, Technik und Gesundheit geboten werden.

In diesem Zusammenhang sind auch die Trends in der noch verbliebenen Lehrlingsausbildung interessant. Sofern die Firmen keine eigene Ausstattung für den theoretischen Unterricht haben, erfolgt dieser - mit privater Kostendeckung - in öffentlichen Bildungseinrichtungen. Die neuen Standards des Arbeitsministeriums für die Lehrlingsausbildung zielen auf eine höhere Qualität des Unterrichts. Sie gehen davon aus, daß der typische Lehrling zumindest eine Oberschulbildung hinter sich hat. Es liegt daher nahe, daß anstelle der früher üblichen Lehrlingsausbildung von Oberschulen (die dort im Rahmen der Berufsausbildung laufen) die Kursangebote der kommunalen Colleges an Bedeutung gewinnen.

### Bildungsstätten für Spezialkurse

Die Auseinandersetzungen um das Bildungsniveau an Oberschulen und Colleges machen deutlich, daß eine enge Wechselwirkung zwischen akademischen und beruflichen Kursen bewahrt werden soll und eher grundlegende als spezielle Fähigkeiten für die berufliche Tätigkeit angestrebt werden. Die Unternehmen suchen jedoch ihren Beitrag zur Ausbildung für die Mehrzahl der Beschäftigten auf das arbeitsplatzbezogene Anlernen und Umschulung zu beschränken. Da aber mit den steigenden Anforderungen in technischen und ökonomischen Prozessen fachliche Kenntnisse - sowohl spezieller als auch übergreifender Art - erhöht werden müssen, bedarf es zusätzlicher Bildungsformen, In diese "Zwischenzone" ordnet sich eine große Vielfalt von privaten Bildungsstätten ein, die berufliche Spezialkurse für

Jugendliche und iix-wachsene gegen Zahlung anbieten. Der über-  
wiegende Teil von ihnen sind privato Einrichtungen auf l<sup>U</sup>ro-  
fitbasis. Die meisten Kurse haben nur kurze Dauer und führen  
au keinem national anerkannten Abschluß (denn für ein Zeug-  
nis oder Diplom, wie es zum Beispiel die kommunalen Colleges  
vorgeben, wird ein organisiertes Programm von mindestens zwei  
Jahren bzw. 1800 Kontaktstunden vorlangt). <sup>1)</sup>

### Ausbildung" und CoschuftigungsProgramme für Arbeitslose

1982 wurde ein Gesetz über Ausbildungspartnerschaft (Job Trai-  
ning Partnerstip Act - JTi'A) verabschiedet, das die frühero  
gesetzliche Regelung lloer Beschäftigung und Ausbildung (Cora-  
prehensive iniployntent and Training Act - CiiTA) ablöste.

Untor allen ArbeitsmarktProgrammen auf Bundesebene ist die  
"Ausbildungspartnerschaft" - mit einer finanziellen Ausstat-  
tung von rund 3,7 Hd, Dollar - das bedeutendste. Das JTi'A-L-ro-  
graium folgt trotz seines sozialpolitischen Charakters einem  
in den USA ausgeprägten ökonomischen Leitgedanken: der Human-  
kapitaltheorie. Danach wird Bildung primär als Investition be-  
trachtet, von der der einzelne -profitiert. Isie «^ualifikations-  
veruiittlung gilt als individuelle Zusatzinvestition und damit  
als Möglichkeit, dom Zustand der Chancenlosigkeit zu begegnen.  
In diesem Sinne wird der Dildungserfolg des Ji-TA-Jrrogramins  
u. a. an der individuellen Einkomniensentwicklung der Teilneh-  
mer bzw. Absolventen gemessen. Ideologisch wird dieses Konzept  
durch den in der Gesellschaft der USA herrschenden Individua-  
lismus vertieft, der don einzelnen für sein Schicksal solbst  
verantwortlich macht.

Für das JPTA-i<sup>J</sup>rOgramm ist der gleiche Trend zur Dezentralisie-  
rung und Stärkung der Unternohnerrolle, wie ihn das PDilLIUS-  
Gesetz für die berufliche Bildung festgeschrieben hat, kenn-

<sup>1)</sup> Ygl. Directory of postsecondary institutions: Volume 1 : ^y  
year and 2-year/Frankel, M, (llrsg.), Center for Education  
Statistics. - Washington D.C., 19-87, - S. IV (Verzeichnis  
über nachschulische jiinrichtungen)

zeichnend. Im Einklang mit der Politik des Föderalismus wird die Verantwortung für die Programmgestaltung den Einzelstaaten und den lokalen bzw. regionalen Programmeinheiten überlassen. Das Kernstück des JPTA bilden die privaten Industrierräte (Private Industrie Council), die sich aus Vertretern der Privatwirtschaft, Behördenvertretern, Gewerkschaftern sowie Vertretern gemeinnütziger Organisationen zusammensetzen. Laut Gesetz sollen aus der privaten Wirtschaft mindestens 51 Prozent der Mitglieder sowie der Vorsitzende gestellt werden. Als Problem hat sich allerdings ergeben, daß in den Räten der Industriesektor gegenüber den Dienstleistungsbereichen überrepräsentiert ist.

Aus der folgenden Tabelle gehen die Schwerpunkte des JPTA-Programms hervor.

Tabelle 7\* Verteilung von staatlichen Mitteln bis auf das Programm der "Ausbildungspartnerschaft" - USA - 1984 bis 1989

	1984	1985	1986	1987	1988	1989/=/
1. Ökonomisch Benachteiligte	1886	1886	1783	1840	1809	1809
2. Sommerprogramm für Jugendliche	725	825	635	750	718	718
3. "Freigesetzte Arbeiter"	223	223	96	200	287	980/+/
4. Sonderprogramme	798	815	793	858	931	904
Gesamt	3632	3749	3310	3656	37^7	4411/+/

/=/ vorgelegter Regierungsentwurf

/+/- Mittelaufstockung durch Einbeziehung eines bestehenden Programms

Vgl. Klumpp-Leonhardt, O.: Die öffentlich-private Partnerschaft hat erste Bewährungsprobe bestanden - US-Arbeitsmarkt in den 80er Jahren. - In: Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 21(1988)3. S. 407

Das Hauptproblem beim ersten Schwerpunkt - der Qualifizierung ökonomisch Benachteiligter - liegt in der Auswahl der Teilnehmer. Aus dem riesigen Heer der Armutsbevölkerung von rd. 32 Mio. Personen kam es zum Beispiel im Programmjahr 1986 zu über

1 Mio. Einschreibungen und davon 800 000 Kursabschlüssen. Untersuchungsergebnisse weisen auf eine starke Auslese zugunsten leistungsstärkerer und jugendlicher Bewerber hin. Hinzu kommt, daß untere Einkommensgruppen wegen des geringen Mittelanteils für individuelle Förderung wenig stimuliert werden. (Hauptsächlich sind die staatlichen Gelder für allgemeine Ausbildungskosten und Lehrgehälter veranschlagt.)

Innerhalb der qualifizierungsarten zeigen sich deutliche Verschiebungen gegenüber früheren Programmen: Während der Ausbildungsunterricht (durchschnittlich 20 Wochen, vor allem für Bürotätigkeiten) und die Vermittlung allgemeiner Arbeitserfahrung an Bedeutung verloren, traten die Ausbildung am Arbeitsplatz und die Arbeitsvermittlung in den Vordergrund. Dies hängt mit dem eingangs genannten Kriterium der Programoeffektivität zusammen: die Wiedereingliederungsquote stellt den wichtigsten Maßstab der Beurteilung dar. Sie betrug 1985 bei erwachsenen Teilnehmern annähernd 70 Prozent, bei Jugendlichen rund 50 Prozent.

Unter den Sommerprogrammen für Jugendliche ist das "Job Corps"-Programm am bekanntesten (bereits 1964 eingeführt). In gegenwärtig 107 Zentren werden besonders benachteiligte Jugendliche "intern", d. h. herausgeholt aus ihrem Armutsmilieu, gefördert. Die Mittel für dieses bundesweit organisierte Programm beliefen sich 1986 auf über 600 Mio. Dollar für rd. 100 000 Jugendliche. Zu 60 Prozent handelt es sich um vorzeitige Schulabgänger. In durchschnittlich 7monatigen Kursen werden grundlegende Kenntnisse vermittelt und auch berufsqualifizierende Maßnahmen angeboten.

"Freigesetzte Arbeiter" sind die dritte Zielgruppe des JPTA-Programms, mit dem auf die hohe Arbeitslosigkeit Anfang der 80er Jahre reagiert werden sollte. Der Teilnehmerkreis - zu meist gut ausgebildete, arbeitserfahrene Kräfte im "besten" Erwerbssalter, weiß und männlich - erstreckt sich auf ca. 200 000 Einschreibungen bzw. 140 000 Absolventen, für die 200 Mio. Dollar bereitgestellt werden. Daß dieses Programmvolumen dem Arbeitsmarktprogramm nicht gerecht wird, belegen folgende Zahlen: **zwischen** 1981 und 1986 verloren in den USA 10,8 Mio. Beschäftigte ihren Arbeitsplatz; 5,1 Mio. von ihnen hatten ih-

ren Arbeitsplatz schon drei Jahre inne und zählten damit zu der Kategorie "freigesetzter Arbeiter". Von diesen 5»1 Mio. waren 1986 3,4 Mio. wiederbeschäftigt, 800 000 standen dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung und 900 000 waren noch arbeitslos.

An den drei vorgesehenen Qualifikationsformen dieses JPTA-Teilprogramms - Förderkurse, Ausbildungsunterricht und Ausbildung am Arbeitsplatz - nahm in den ersten drei Jahren weniger als die Hälfte der eingeschriebenen Arbeiter teil. Der Schwerpunkt liegt eindeutig bei der Arbeitsplatzsuche - zur möglichst raschen Wiedereingliederung besonders qualifizierter Kräfte in den Arbeitsprozeß,

Insgesamt läßt sich feststellen, daß das neue Programm der Ausbildungspartnerschaft aus der Sicht seiner Initiatoren funktioniert: die beteiligten Entscheidungsträger sprechen von fruchtbarer Zusammenarbeit. Doch in dem Maße, wie sich die Privatwirtschaft in die Führungsrolle drängt, nimmt der öffentlich-gemeinnützige Einfluß ab. Deutlich erkennbar verschiebt sich die Programmstruktur in Richtung kürzerer und billigerer Qualifikationsmaßnahmen, Wieweit dies den sozialen Ansprüchen und vor allem den ökonomischen Erfordernissen der Reproduktion des qualifizierten Arbeitsvermögens zu entsprechen vermag, läßt sich noch nicht abschätzen.

### 2.1.3. Anforderungen an die berufliche Bildung für die 90er Jahre

Bildungsforscher und Bildungspolitiker der USA vertreten die Ansicht, daß mit Eintritt in die 90er Jahre eine "2. Welle der Bildungsreform" fällig sei und die berufliche Bildung "ein Bereich der höchsten Priorität" werden.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Daggett, W.: The second wave of reform, - In: Vocational Education Journal. - Alexandria 64(1989)2. - S. 45

Welche Überlegungen bzw. Erfordernisse stecken hinter dieser Voraussage?

Ausgangspunkte sind (a) tiefgreifende Veränderungen in der Produktivkraftentwicklung und (b) ein fortgesetzter Strukturwandel der Wirtschaft, aber auch (c) die Gesamtentwicklung des Arbeitsvermögens unter dem **Einfluß** demographischer Trends.

(a) Auszugehen ist von dem traditionell hohen Grad der Arbeitsteilung in Verbindung mit dem bisherigen Massen- und Fließbandsystem. Diese Gestaltung der Arbeitsverhältnisse ist jedoch mit den neuen, höheren Anforderungen an die Dispo-  
nibilität, Kreativität und Eigenverantwortung der Arbeitskräfte in zunehmenden Widerspruch geraten:

- Das Klassifikationssystem für berufliche Tätigkeiten erweist sich als zu eng und starr. Die gegenwärtige Unternehmenspolitik ist folglich darauf gerichtet, dieses System zu beseitigen bzw. aufzulockern. Besonders rasch vollzieht sich der Durchbruch in der Automobilindustrie. Radikal werden die Klassifikationen reduziert, es entsteht eine neuartige Arbeitsorganisation in teilautonomen Arbeitsgruppen (mit nur drei bis fünf Klassifikationen für qualifizierte Arbeiter und einer für Ungelernte).
- Der Zeitlohnfonds (Entlohnung nach Zeit statt Leistung) und das Senioritätsprinzip wirken produktivitätshemmend. Sie wirken vor allem dem Einsatz jüngerer, leistungsfähigerer und besser ausgebildeter Arbeitskräfte entgegen. Das heißt, sie stellen eine Schranke für die verstärkte Nutzung höher qualifizierter Arbeit als entscheidende Quelle zur Steigerung des Gewinns dar.

Etwa seit Mitte der 80er Jahre sind Formen leistungsabhängiger Entlohnung verstärkt aufgegriffen und umgesetzt worden. Ein Beispiel ist die Ausgleichszahlung nach dem Qualifikationsgrad (pay-for-knowledge-compensation-plan). Danach werden bestimmte Gruppen von Lohnarbeitern, vor allem jüngere Beschäftigte mit höherer Schulbildung und besseren Möglichkeiten beruflicher Ausbildung, bedeutend besser bezahlt.

Für die Zukunft wird von Bildungsexperten ein neuer Stellenwert der qualifizierten Kräfte generell bestimmt. Ein

wesentliches Element in der Entwicklung der erforderlichen qualifizierten und flexiblen Arbeiterschaft sei das Konzept der Kooperation von Beschäftigten und Betriebsleitung. Dies bedeute eine Einbeziehung der qualifizierten Kräfte in jede Phase der Arbeit von der Projektierung über die Produktion bis zum Absatz. Dieses Vorgehen sei unabdingbar, wenn die USA im Konkurrenzlaufe bestehen wollen.<sup>1)</sup>

- (b) komplizierter sind die Auswirkungen des fortgesetzten Strukturwandels der Wirtschaft auf die Qualifikationsanforderungen. Von allem geht es hier um die Verlagerung von Arbeitskräften in den Dienstleistungssektor und die damit verbundene Flexibilisierung der lebendigen Arbeit. Bereits seit den 60er Jahren gehört die Ausweitung des Dienstleistungssektors zu den prägnantesten strukturellen Veränderungen der Wirtschaft der USA.

In jüngster Zeit hat dieser Trend in Hinblick auf den starken Beschäftigungszuwachs erneut Aufsehen erregt (auf den Dienstleistungsbereich entfallen 90 Prozent aller Neubeschäftigten in der Wirtschaft von 1975 bis 1985). Diese Zunahme hängt vorrangig mit der Ausgliederung bestimmter für die Produktion notwendiger Dienstleistungen aus den produzierenden Bereichen zusammen. So sind Forschung und Entwicklung, technische, ökonomische und juristische Beraterfunktion und Erstellung von Computerprogrammen immer mehr in selbständigen Dienstleistungsunternehmen zu finden. Aber es entstehen besonders im Handel und Versorgung auch massenhaft neue Arbeitsplätze, die geringe Qualifikationen erfordern und vielfach nur Teilzeitbeschäftigung bieten.

Im Dienstleistungssektor ist also die Differenzierung nach Tätigkeit und Qualifikation weit ausgeprägter als in der materiellen Produktion. Wesentlich ist jedoch ein übergreifender Trend: Der Dienstleistungssektor befindet sich gegenwärtig - der Industrie folgend - im Übergang vom ex-

<sup>1)</sup> Vgl. Brock, W.: Workforce 2000 recognizes need to improve skills. - In: Monthly Labour Review. - Washington 111(1988)2. - S. 56

tensiven zum intensiven Reproduktionstyp. Verschiedene Zweige, wie der Großhandel, das Finanzwesen und viele Reparaturdienste, sind bereits in die 2. Stufe vorwiegend intensiv erweiterte Reproduktion eingetreten. Viele Dienstleistungsfirmen werden nach dem Muster der Industrie reorganisiert. Die materiell-technische Basis entwickelt sich weitgehend in gleicher Richtung wie die materielle Produktion einschließlich Einführung der Mikroelektronik, aber in einem historisch viel kürzeren Zeitraum.

Mit zunehmender Intensivierung verändert sich auch der Charakter der Arbeit im Dienstleistungssektor. Welche Trends sich hieraus für das Qualifikationsniveau ergeben, bedarf noch genauer Analysen. Deutlich erkennbar ist bereits, daß sich aus dem kundenbezogenen Charakter der **Dienstleistungen** ein zunehmender Anspruch an die soziale Qualifikation und an die Allgemeinbildung ergibt. Wie es in einem Bericht des HUDSCH-Instituts über Arbeitskräfte im Jahr 2000 heißt, werden Beschäftigte in diesem Sektor in der Lage sein müssen, Anweisungen zu lesen und zu verstehen, mit Kunden schriftlich und mündlich zu kommunizieren, grundlegende mathematische Aufgaben zu lösen, d.h., sie werden eine volle Skala von zwischenmenschlichen und analytischen Fähigkeiten benötigen.<sup>1)</sup>

- (c) Nur die 90er Jahre warnen Ökonomen der USA vor der Gefahr eines längeren an Arbeitskräften, speziell qualifizierten, der die Konkurrenzfähigkeit des Landes zu schwächen drohe.<sup>2)</sup> Daß Gefahrensignale dieser Art stark politisch motiviert und sachlich nicht überzubewerten sind, ist bekannt. Auch die Voraussagen zum Arbeitskräftepotential sind differenziert zu sehen.

Die offizielle Prognose des Arbeitsministeriums für das Jahr 2000 weist einen deutlichen Anstieg des Qualifikationsbedarfs aus: Unter den neuen Arbeitsplätzen, die voraussichtlich in diesem Zeitraum geschaffen werden, wird

<sup>1)</sup> Vgl. Guiton, B.: Reflections of a 1950s youth at risk. - In: Vocational Education Journal. - Alexandria 63(1988)1. - S. 20 - 21

<sup>2)</sup> Vgl. Lecky, K.: Wanted - skilled industrial workers. - In: Vocational Education Journal. - Alexandria 63(1988)1. - S. 43

jene Gruppe, die höhere Qualifikationen erfordert, relativ schneller zunehmen. Bestenfalls in der Geschichte der U.S. wird die Mehrheit der Arbeitsplätze eine Bildung über die Oberschule hinaus erfordern. Nur 27 Prozent der neuen Arbeitsplätze - verglichen mit 40 Prozent heute - wird niedrigqualifizierte Kräfte benötigen. Arbeitsplätze, die gegenwärtig als **mittelqualifizierte** gelten, werden die am geringsten qualifizierten der Zukunft sein.<sup>1)</sup>

Diese Analyse der Beschäftigungsbereiche mit schnellstem bzw. mit langsamstem Wachstum bis zum Jahr 2000 bestätigt diesen Trend:

- Zu den 14 Bereichen mit schnellstem Wachstum gehören acht, für die eine arbeitsplatzspezifische Ausbildung erforderlich ist. Das betrifft (angefangen vom größten Zuwachs) Verkaufskräfte im Einzelhandel, Krankenschwestern, Büroangestellte, Krankenhelfer, Sekretärinnen, Buchhalter, Computerprogrammierer und Arbeitskräfte in der Lebensmittelherstellung.
- Mit sinkender Nachfrage haben folgende qualifizierte Arbeitskräfte zu rechnen (beginnend mit stärkstem Rückgang): Landwirte, Schreibkräfte, Datenangeber, Stenographen und Maschinenarbeiter.

Allerdings ist zu beachten, daß diese Angaben auf dem prozentualen Zuwachs der einzelnen Berufsgruppen basieren. So ist die letztere Gruppe von Arbeitsplätzen zwar rückläufig, aber nach wie vor zahlreich.

Der wesentliche Grund dafür, daß die wachsende Nachfrage nach qualifizierten Kräften zum Problem wird, liegt in demographischen Prozessen: im Rückgang der Stärke jugendlicher Jahrgänge. Bis zum Jahr 2000, so besagen offizielle Prognosen, werde die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte nur noch um 1 Prozent jährlich steigen, während mit einem Wirtschaftswachstum von 2 - 3 Prozent im Jahr zu rechnen sei.

Dieses Defizit läßt sich nur durch verstärkten Zustrom von bisher unterrepräsentierten sozialen Gruppen, vor allem Frauen, rassischen Minoritäten und Einwanderern, ausgleichen. Diese

<sup>1)</sup>Vgl. Gupton, B.: Reflections of ... - A.a.C. - S. 21

werden 80 Prozent des Zuwachses an Arbeitskräften bis zum Jahr 2000 ausmachen.<sup>1)</sup> Es wird allerdings geschätzt, daß zur Jahrhundertwende 20 bis 30 Millionen Erwachsene in der Arbeitsbevölkerung ernste Probleme mit grundlegenden Fähigkeiten für eine Berufstätigkeit (d.h. funktionaler Analphabetismus) haben werden.<sup>2)</sup>

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich daraus für die Bildung, speziell die berufliche? Was ist also der Anforderungskatalog der "2. Welle der Bildungsreform"?

### 1. Arbeitskräftepotential

Wie Bildungsexperten betonen, muß die berufliche Bildung vornehmlich für eine neue Generation von Risiko-Jugendlichen und Bevölkerungsschichten mit besonderen Bedürfnissen die Chancen auf Erfolg erweitern. Alle Personen, ungeachtet der Klasse, des Geschlechts oder des Alters, müssen nach Ansicht von Bildungsvertretern die Fähigkeiten erworben können, die ihnen eine volle Beteiligung am Arbeitsleben erlauben. Insbesondere gelte es, daß alle Jugendlichen die Oberschule mit Abschlüssen absolvieren und ausreichend für Beschäftigung oder fortgesetzte Bildung vorbereitet werden. Die "2. Welle" sollte die 60 Prozent der Oberschüler ansprechen, die bisher unzureichend gefördert sind:

- die ohne solide Fähigkeiten als funktionale Analphabeten von der Schule abgehen (rd. 20 Prozent);
- die die Schule mit unvollkommener Allgemeinbildung und ohne berufliche Vorbereitung absolvieren (rd. 20 Prozent);
- die bei Schulausluß zwar minimale akademische Fähigkeiten vorweisen, aber weder einen Studienplatz erlangen noch über die notwendige berufliche Vorbereitung auf einen Arbeitsplatz verfügen.<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup>Vgl. Buzzell, C.: We're ready for ... - A.a.O. - S. 8

<sup>2)</sup>Vgl. Progress of Education in the United States of America 1984 through 1989, U.S. Department of Education, - Washington D.C., 1990. - S. 56

<sup>3)</sup>Vgl. Daggett, J.: The second wave. - A.a.O. - S. 45

## 2. Ausbildung

Wie der Bildungsminister CAVAROB hervorhob, sei die Qualität beruflicher Bildung zu prüfen. Führende Berufspädagogen der USA vertreten dazu folgende Ansicht:

Die Vorstellung, daß höhere Bildung mit Universitätsgrad der beste Weg in eine moderne berufliche Laufbahn sei, hat zur Abwertung der beruflichen Bildung in der Oberschule geführt. Sie aber ist der sichere Paß in eine wachsende Zahl von Tätigkeiten für Techniker und technische Arbeiter, Datenverarbeitungspersonal, Fachkräfte im Gesundheitswesen u. a.

Die Unternehmer brauchen Arbeitskräfte mit allgemeinbildenden und beruflichen Fähigkeiten, d. h. Fähigkeiten für die unmittelbare Aufnahme einer Tätigkeit. Das sind zum Beispiel Kenntnisse über Stromkreise, Mechanik, Computerprogrammierung, Prinzipien der Projektierung, medizinische Prozesse und Terminologie. Aber die Vorstellung, daß sie diese Fähigkeiten am Arbeitsplatz erworben, ist nur zu geringem Teil berechtigt.<sup>1)</sup> Die Anpassungsfähigkeit an den Arbeitsmarkt sei durch Ausbildungsprogramme zu fördern, die grundlegende Fähigkeiten für wiederholten Arbeitsplatzwechsel einschließen. Diese gehen über Lesen, Schreiben und Umgang mit Computern hinaus und erstrecken sich auf Fähigkeiten zu kommunizieren, Entscheidungen zu treffen, Probleme zu lösen, Aufgaben und Situationen zu analysieren und zu werten und vor allem selbständig zu lernen.

Neue Konzepte der beruflichen Bildung sind bereits im Entstehen. Im Staat New York zum Beispiel ist ein System geschaffen worden, das in den Oberschulen sowohl breite, übertragbare als auch arbeitsspezifische Fähigkeiten entwickelt. Aus einer Untersuchung im Bundesstaat Maryland lassen sich drei Hauptströme in Inhalt und Gestaltung beruflicher Bildung unterscheiden:

- kompetenzorientierte berufliche Bildung (competency-based vocational education): hier steht eine individualisierte Ausbildung, die zu unmittelbarer Arbeitsaufnahme befähigen soll, im Mittelpunkt.
- kooperative Arbeitserfahrungen (cooperative work experience):

<sup>1)</sup> Vgl. Gray, J.: Setting the record straight. - In: Vocational Education Journal. - Alexandria 64(1966)4. - S. 26

sie werden in Kombination von praktischer Arbeit in Unternehmen und Vermittlung ergänzender sowie übergreifender Kenntnisse in der Schule erworben.

- Komplex angelegte berufliche Bildung (cluster-concept): sie umfaßt schulische Ausbildung (10. - 12. Klasse) für ein breites Feld verwandter Berufe, die auf Wirkungsbereiche bezogen sind.<sup>1)</sup>

Es gibt auch Forderungen von Bildungsexperten, die traditionelle Lehrlingsausbildung neu zu beleben, um den Mangel an Facharbeitern zu beheben. Jedoch steht dem die geringe Bereitschaft von Unternehmern zu dieser relativ kostenaufwendigen beruflichen Ausbildung entgegen.

### 3. Weiterbildung

Bereits gegenwärtig benötigen nach offiziellen Angaben 1½ Millionen Arbeitskräfte eine Weiterbildung. Die Kluft zwischen der Qualifikation und den Anforderungen der Arbeitsplätze nimmt zu.<sup>2)</sup> Zugleich ergibt sich aus dem demographischen Trend, daß eine höherqualifizierung vorhandener Arbeitskräfte notwendig ist. Die Zeitschrift "Business week" kündigte im September 1988 an, daß die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften bis zum Jahr 2000 das Angebot übersteigen werde. 25 Millionen Arbeitskräfte werden ihre Arbeitsplatzfähigkeit erhöhen müssen. Drei Viertel der gegenwärtigen Arbeitskräfte werden noch im Jahr 2000 berufstätig sein und Weiterbildung für den Umgang mit neuer Technologie benötigen. Das übrige Viertel wird weitgehend aus Bevölkerungsgruppen kommen, die elementare Bildung und arbeitsplatzbezogene Ausbildung brauchen, um produktiv zu sein: Frauen, die wieder in den Arbeitsprozeß treten, Einwanderer und angelehrt Personen.<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Rose, H.: Berufsausbildung in den USA - Aspekte und Einblicke. - In: Forschung der sozialistischen Berufsbildung. - Berlin 23(1989)3. - S. 124 - 128

<sup>2)</sup> Vgl. Bunzeli, C.: We're ready for ... - A.a.O. - S. 8

<sup>3)</sup> Vgl. Griffin, D.: Joint ventures - a new agenda for education. - In: Vocational Education Journal - Alexandria 64(1989)3. - S. 24

Nach Ansicht von Bildungsexperten ist es jetzt unumgänglich, das bereits bekannte Konzept des lebenslangen Lernens wirklich in die Tat umzusetzen. Jeder Wirtschaftsbereich und jede Gewerkschaft sollte in entsprechende Programme der Ausbildung, Weiterbildung und Höherqualifizierung einbezogen werden. Dabei haben die privaten Unternehmen die Hauptverantwortung, aber auch die Regierung hat ihren Anteil. In dem offiziellen Bericht "Arbeitskräfte 2000" sind Vorschläge für ein neues Programm zur Anpassung von Arbeitskräften enthalten.<sup>1)</sup>

#### 4. Finanzierung und Leitung beruflicher Bildung

Der Präsident der USA, GEORGE BUSH, hat sich bereits in Wahlkampf mit Forderungen nach einer durchgreifenden Verbesserung des Schulwesens hervorgetan. Bildungsinvestitionen sind ein Schwerpunkt in der Langzeitstrategie der gegenwärtigen Administration. Sie sollen dazu beitragen, die notwendigen inneren Voraussetzungen zur Stärkung der Führungsrolle der USA zu schaffen. Laut Finanzplan des Kongresses sollen die Bildungsausgaben für 1990 um 11 Prozent gegenüber dem Vorjahr steigen und damit höher als die Inflationsrate (51 Prozent) liegen.<sup>2)</sup>

Die Finanzierung der beruflichen Bildung erweist sich als kritisch. Die bisherigen Ausgaben der Unternehmer sind unzureichend: 250 Konzerne bieten 50 Prozent der betrieblichen Ausbildung, aber 80 Prozent der Arbeitsplätze sind in kleinen und mittleren Firmen, die keine Mittel für Ausbildung haben.<sup>3)</sup>

Zukünftig aber streben private Unternehmer eher an, ihre wachsenden Ausgaben für berufliche Bildung zu vermindern und erwarten eine entsprechend aktive Rolle des Staates.

Was sich als Trend der Zukunft abzeichnet, sind neue Wege der Kooperation zwischen privatem Sektor und Staat in der Finanzierung und Leitung beruflicher Bildung. In diese Richtung deutete ja bereits das PERKINS-Gesetz. An der Basis entwickelt sich

<sup>1)</sup> Vgl. Brock, W.: **Workforce 2000 recognizes.** - A.a.O. - S. 55

<sup>2)</sup> Vgl. Wilson, A.: President Bush details 7 education programs he recommended to Congress in February. - In: *The Chronicle of Higher Education*, - Washington 35(1989-04-12) 31. - S. 23

<sup>3)</sup> Vgl. Duszoli, C.: **We're ready for ...** - A.a.O. - S. 8

eine Vielfalt von Partnerschaften, beispielsweise der "Beschäftigungspaß" (American Express Company's Passport to Employment). Er stellt finanzielle Mittel für die Ausbildung von Milsilo-Jugendlichen in privaten Unternehmen zur Verfügung. Viele dieser Projekte stimulieren zum Abschluß der Oberschule und befördern die Ausarbeitung neuer Lehrprogramme.

Die erhöhten Anforderungen an Leistungsfähigkeit und Kooperation in der beruflichen Bildung sollen sich in einer neuen Fassung des inzwischen fünf Jahre alten PERLINS-Gesetzes niederschlagen. Daß die Gesundheit der amerikanischen Wirtschaft weitgehend davon abhängt, wie gut jugendliche und Erwachsene aus- und weitergebildet werden, ist nachdrücklich ins öffentliche Bewußtsein gedrungen. Wie jedoch der erforderliche enorme Leistungsanstieg der beruflichen Bildung mit den gegenwärtig erkennbaren Kapazitäten bewerkstelligt werden kann, bleibt abzuwarten.

## 2.2. Japan

Bei dem raschen wirtschaftlichen Wachstum der japanischen Wirtschaft nach dem 2. Weltkrieg spielen neben anderen bedeutenden Faktoren auch Bildungs- und Ausbildungsfragen eine wichtige Rolle. Die Übernahme wesentlicher struktureller und inhaltlicher Merkmale des USA-Bildungswesens, die durch Maßnahmen ergänzt wurden, die den japanischen Besonderheiten und Erfordernissen entsprachen, führte zu einer bedeutenden Expansion des japanischen Bildungswesens. Der Schwerpunkt lag dabei in der Entwicklung der allgemeinen Bildungswege, die erst seit den 60er Jahren stärker mit berufsbildenden Elementen ergänzt wurden.

Als typischer Weg für die Heranbildung von Arbeitskräften haben sich in Japan eine 12jährige Schulbildung, zum Teil ergänzt durch ein- bis zweijährige Colledgekurse, und eine anschließende Ausbildung im Unternehmen durchgesetzt.

### 2.2.1. Beziehungen zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem

Die berufliche Bildung ist in Japan in einen breiten gesellschaftlichen Kontext zu stellen: Die Unternehmen sind nicht nur Arbeitsstätten schlechthin, sie haben einen zentralen Stellenwert in der Lebensgestaltung der japanischen Werktätigen. Die soziale Ausrichtung auf das Unternehmen bedeutet, "daß die Gesamtsozialisation des Individuums von der frühkindlichen Erziehung bis zur Beendigung des Ausbildungsganges idealtypisch auf die Eingliederung in ein Großunternehmen angelegt ist."<sup>1)</sup> Zwar beträgt der Anteil der Arbeitskräfte, die in den Großunternehmen arbeiten und als Stammbesetzung eine gesicherte Perspektive haben\* nur 20 bis maximal 25 Prozent. Dennoch haben diese Unternehmen das Bildungs- und Sozialverhalten in der gesamten Gesellschaft nachhaltig geprägt.

---

<sup>1)</sup> Lecher, W.: Ohne Illusionen - Stand und Perspektive der Arbeitsbeziehungen in Japan. - In: Im Schatten des Siegers: Japan/U. Menzel (Hrsg.). - Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1989. - Band 3: Ökonomie und Politik. - S. 196

Das Interesse der Unternehmer gilt vorrangig den allgemeinen Fähigkeiten und Haltungen ihrer Beschäftigten. Sie legen erstens Wert auf allgemeines Bildungsniveau und Lernfähigkeiten. Ausschlaggebend hierfür sind die erreichte Bildungsstufe (entsprechend ist das Anfangsgehalt gestaffelt) und der gesellschaftliche Stellenwert der besuchten Bildungsstätte. Weniger beachtet und geringer bewertet werden Vorkenntnisse aus den berufshohen Fächern der Oberschule. Sie gelten eher als Zeichen geringerer intellektueller Fähigkeiten oder niederen Niveaus der Schule des Absolventen, Nur für ingenieurtechnische Tätigkeiten sind spezialisierte Kenntnisse als gleich wichtig angesehen. Eine hohe Allgemeinbildung ist also die hauptsächliche Basis für eine unternehmensspezifische Aus- und Weiterbildung, Der Bildungsstand der Arbeitskräfte wird an den Abschlüssen formaler Bildung (Schulen und Colleges) gemessen. Hingegen ist eine Gliederung des Arbeitsvermögens nach beruflicher Qualifikation bzw. Berufsstand und eine entsprechende Ausrichtung von Bildungsabschlüssen, wie zum Beispiel die deutsche Qualifikation als "Facharbeiter", nicht anzutreffen. Insoweit gibt es starke Ähnlichkeiten mit dem System beruflicher Bildung in den USA.

Ein wesentlicher Unterschied liegt aber in Charakter und Ziel innerbetrieblicher Qualifizierung. In den USA ist es bisher typisch, daß neu eingestellte Arbeitskräfte unmittelbar für eine stark spezialisierte Tätigkeit angelernt werden. In den großen japanischen Unternehmen dagegen ist das Qualifizierungsziel eher der betriebsbezogene Generalist als die tätigkeitsbezogene Fachkraft.<sup>1)</sup>

Die Grundlage für diese Besonderheit ist der Charakter der Arbeitsorganisation in japanischen Unternehmen. Typisch sind sehr breit gefaßte Kategorien von Arbeitstätigkeiten, wie Verkauf, Büro, Handarbeit, technische Positionen. Die Arbeitsanforderungen je Arbeitsplatz sind nur sehr ungenau definiert. Hauptbezugspunkt ist das Aufgabenfeld einer Arbeitsgruppe. Die Unternehmer erwarten, daß die einzelnen Beschäftigten jegliche

<sup>1)</sup> Vgl. Georg, ¥.; Marktmodell Japan - japanische Qualifizierungsstrategien im internationalen Vergleich/Internationales UNESCO-Symposium "Innovative Methoden in der beruflichen Bildung" vom 5\* bis 9, Juni 1989 in Hamburg (unveröff\* Manuskript). - S. 10

Arbeit, die von dem betreffenden Team verlangt wird\* verrichten.<sup>1)</sup>

Aus dieser Arbeitsgestaltung ergibt sich ein z w e i t e s Qualifikationsmerkmal, die soziale Haltung, die Fähigkeit zur <sup>E^-iEEiSRj. Di<sup>Qs</sup>@r</sup> Charakterzug japanischer Unternehmenspolitik ist in patriarchalischen Traditionen der japanischen Gesellschaft verwurzelt und trägt zu deren Fortwirken im modernen Prozeß der Sozialisation bei. Die Schulen leisten hierfür einen großen Beitrag» Ihr "heimlicher Lehrplan"<sup>11</sup> ist auf die reibungslose Eingliederung der Absolventen in die Arbeitswelt gerichtet. Zur Ausbildung von Verhaltensmustern gehören hohe Anforderungen an Disziplin, Pünktlichkeit, Ein- und Unterordnung\* Die frühzeitige Ausrichtung des Lernens auf Ausleseprüfungen erfordert einen ständigen Leistungswettbewerb, verbunden mit einem harten Arbeitsrythmus« Kollektives Lernen und Gemeinschaftsveranstaltungen spielen eine große Rolle. Mit diesem Training für Belastungsfähigkeit, für Bereitschaft zur Lösung vorgegebener Aufgaben, mit der Herausbildung von Einsatzwillen und Freizeitverzicht trägt die Schule wesentlich zur Berufsvorbereitung bei.

Im Unternehmen setzt sich dieser Sozialisationsprozeß fort. Die ersten Einführungspraktika sind kaum auf eine fachliche Qualifikation gerichtet^ sondern auf die soziale Integration in die "Firmengemeinschaft"<sup>tt</sup>» Durch die nachfolgende Rotation der Neueingestellten über eine Vielzahl von Arbeitsplätzen sollen sie Arbeitserfahrungen gewinnen und auf einen vielseitigen Einsatz innerhalb des Unternehmens vorbereitet werden. Zugleich fördert diese Rotation eine Anpassung an die Normen der jeweiligen Arbeitsgruppe und die Einbindung in eine Vielfalt persönlicher Beziehungen, Verpflichtungen und Abhängigkeiten. Diese innerbetriebliche Kommunikation ist wiederum eine wichtige Quelle für gegenseitige fachliche Qualifizierung und Akkumulation von Erfahrungswissen. ~'

<sup>1)</sup> Vgl. Iwaki, H«: The Organisation and content of studies at the post compulsory level: country study Japan/OECD» - Paris, 1988,-S. 53

2) Vgl. Georg, ¥. : Marktmodell Japan »,» . - A.a.O. - S. 9 f.

Das umrissene Wechselverhältnis zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem ist allerdings nicht als ein völlig sporadisch funktionierendes zu verstehen« Der Staat setzt Rahmenbedingungen» die in einem Berufsbildungsgesetz niedergelegt sind und vom Arbeitsministerium sowie den Behörden der Präfekturen weiter ausgearbeitet werden. Von diesen Organen wird eine Abstimmung und Förderung beruflicher Bildung der Schulen/Colleges und der Unternehmen angestrebt, untersetzt mit gezielter Vergabe von Geldern, Die eigenen Angebote beruflicher Aus- und Weiterbildung seitens der Wirtschaftsministerien ordnen sich hier ein.

Ein besonderer Verantwortungsbereich staatlicher Bildungs- und Beschäftigungspolitik sind jene Jugendliche, die nach Verlassen der Schule keine Beschäftigung finden. Die Probleme der Jugendarbeitslosigkeit haben jedoch in Japan im Vergleich zu anderen Industriestaaten bisher ein geringes Ausmaß. Eine Grundvoraussetzung hierfür ist die Unternehmenspolitik: Jugendliche Absolventen des Bildungssystems, die sich um einen Arbeitsplatz bewerben, werden fast in der ganzen Bandbreite in die Wirtschaft aufgenommen, dafür scheiden alte Arbeitskräfte nach festem Rhythmus (d.h. am Ende der durchschnittlichen vollen Leistungsfähigkeit) aus den großen Unternehmen aus. Die Vorteile des ständigen Zustroms frisch ausgebildeter und anpassungsbereiter Kräfte mit noch geringen Gehaltsansprüchen können damit voll ausgeschöpft werden. Aber auch die insgesamt guten Bildungsvoraussetzungen der Jugendlichen wirken sich günstig aus. Zwar sind die Leistungen der Bewerber durch erhebliche Niveauunterschiede zwischen einzelnen Schulen und

«

auch Colleges stark differenziert, doch es gibt darunter keine Gruppierung mit markantem Bildungsdefizit, und auch funktionales Analphabetentum, wie in den USA, ist kaum anzutreffen. Infolgedessen haben in Japan staatliche Programme zur beruflichen Vorbereitung arbeitsloser Jugendlicher bisher nur Randbedeutung,

Analog zu anderen westlichen Industriestaaten stiegen in den vergangenen Jahrzehnten auch in Japan die bildungsmäßigen Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte, Das zeigt u, a, das gestiegene Niveau der Bildungsabschlüsse von neue«

schäftigten Absolventen (vgl\* Tabelle 8),

Tabelle 8: Neubeschäftigte Absolventen verschiedener Bildungsebenen - Japan - 1955 bis 1988\*

	Mittel- schule	Ober- schule	Techn. Coll.	Junior Coll.	Universität
1955	698.007	340.529	—	15.187	70.938
1960	683.697	572.502	—	17.917	101.532
1965	624.731	700.261	247	35.547	138.969
1970	271.266	816.716	6.042	80.740	195.525
1975	93.984	591.437	7.542	103.314	2 <sup>2</sup> .702
1980	67.417	599.693	7.083	129.156	297.115
1985	70.527	563.912	7.150	1 <sup>+</sup> 0.870	304.560
1988	61.685	594.217	7.678	160.881	318.284

\* Vgl. Japan: Statistical yearbook: 1989. - Tokyo, 1989. - s. 90

Deutlich erkennbar im Querschnittsvergleich ist die Verschiebung der Relationen zwischen den verschiedenen Abschlüssen der neubeschäftigten Absolventen:

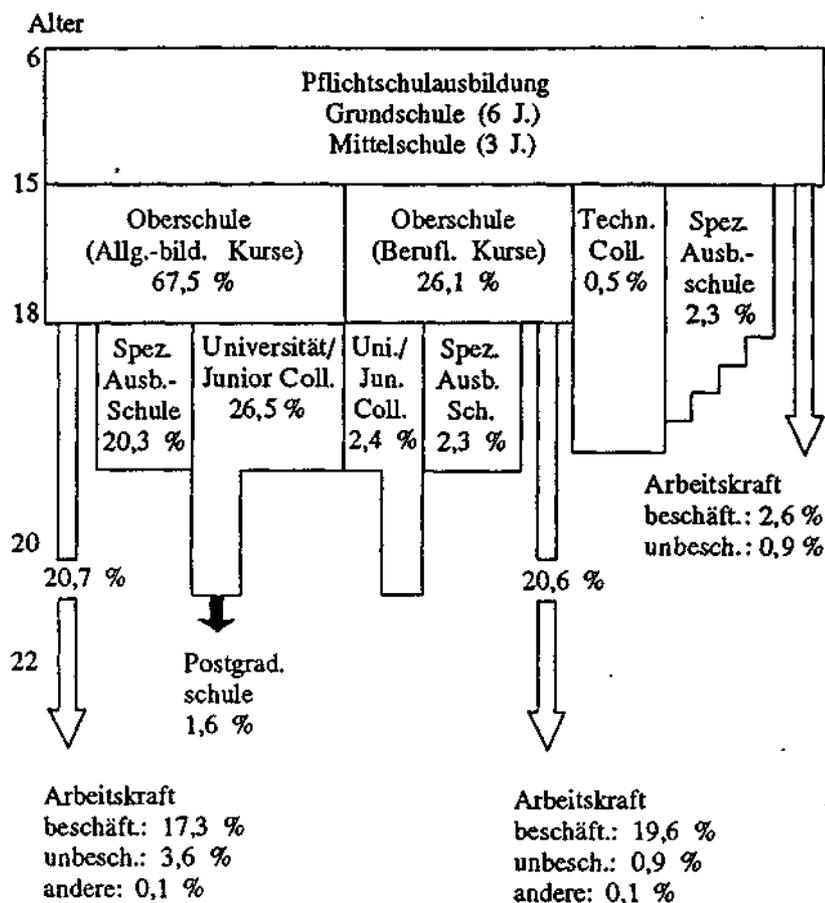
Mitte der 50er Jahre besaßen die Absolventen zu zwei Drittel Mittelschulabschlüsse, weniger als ein Drittel Oberschulabschlüsse und nur ein Zehntel College- und Universitätsabschlüsse\* Bis Mitte der 70er Jahre war der Anteil der Oberschulabsolventen bereits auf reichlich die Hälfte gestiegen und die College- und Universitätsabsolventen machten über ein Drittel aus. Inzwischen hat der Anteil der letzteren weiter zugenommen, während Mittelschulabsolventen nur noch 5 Prozent der Gesamtheit betragen.

### 2.2.2. Gegenwärtige Struktur und Leistungen der beruflichen Bildung

Das Flußdiagramm über Abgänger bzw. Absolventen der verschiedenen Stufen und Einrichtungen des Bildungswesens (Abbildung 4) vermittelt eine Vorstellung von der Größenordnung derjenigen

Bildungsbereiche, deren Leistungen nachfolgend erörtert werden sollen«

Abbildung kz Fluß von Schülern/Studenten durch das Bildungssystem - Japan - 1985\*



\* Quelle: Ministry of Education, Science and Culture, Tokyo 1986

### Berufliche Kurse an Oberschulen

Im japanischen Verständnis der Berufsvorbereitung gehört die 12jährige Oberschulbildung in ihrer Gesamtheit zum Fundament der beruflichen Bildung. Die beruflichen Kurse an den Oberschu-

len (10. bis 12. Klasse) stellen dabei eine gewisse Besonderheit dar: An ihnen nehmen zumeist diejenigen Jugendlichen teil, die nicht den Anforderungen der vorwiegend akademisch ausgerichteten allgemeinbildenden Kurse der Oberschule gewachsen sind. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Oberschüler beträgt ca. 30 Prozent»

Die beruflichen Kurse an den Oberschulen lassen sich nach drei Kriterien charakterisieren:

- a) das Verhältnis von Allgemein- und Spezialbildung,
- b) **der** Bezug zur Wirtschaftsstruktur und
- c) die Gestaltung praktischer Ausbildung,

(a) Grundsätzlich wird ein ausgewogenes Verhältnis von allgemeiner und beruflicher Bildung angestrebt» In den beruflichen Kursen werden sowohl allgemeinbildende als auch beruflich orientierte Fächer gelehrt» Nach den Richtlinien des Bildungsministeriums ist mindestens ein Drittel aller Unterrichtsstunden für allgemeinbildende Fächer festgelegt, in der Praxis umfassen sie aber sogar etwa die Hälfte. Von allen Teilabschlüssen für einzelne Fächer (credits) - minimal 80 - müssen im beruflichen Kurs mindestens 30 in relevanten beruflichen Fächern erlangt werden. <sup>1)</sup>

Unter den beruflichen Fächern sind zwei für alle Schüler des Kurses verbindlich:

- Grundlagen der Industrie - als Einführung in alle industriellen Bereiche und in die Technologie<sup>^</sup>
- industrielle Mathematik, d.h. angewandte mathematische Aufgaben je nach beruflichem Spezialgebiet, <sup>2)</sup>

Problematisch ist jedoch die starke Spezialisierung der übrigen beruflichen Fächer, die trotz der Bemühungen Mitte der 70er um Überwindung der extremen Auffächerung weiterbesteht. So gibt es beispielsweise in den industriebezogenen Kursen solche Spezialisierungen wie Maschinenkunde, Elektrizität, Elektronik, Architektur, Bauwesen; spe-

<sup>1)</sup> Vgl. Inoue, K.: The education and training of industrial manpower in Japan, - Washington, D.O., 1985» - S. 12

2)

Vgl. Dore, R.P.; Sako, M.: How the Japanese learn to work. - London, New York: Routledge, 1989. - S» kZ

zialisiertere sind Autoreparatur, Metallarbeit, Textilien, Möbel, Formgestaltung, Druck, Präzisionsmaschinen, Radio-Kommunikation, Schweißen» Zu den am meisten gewählten Kursen des Geschäftswesens gehören allgemeiner Handel, Schreib-technik, Buchhaltung und Verwaltung,

Die Schüler müssen sich gleich bei Eintritt in den beruflichen Kurs für Spezialisierungen entscheiden. Was nun in der jeweiligen Schule angeboten wird, hängt von den lokalen Bedingungen und entsprechenden Genehmigungen der Schulbehörden ab. Im Durchschnitt sind das zwei Spezialfächer pro Fachgebiet,

- (b) Das Gesamtangebot beruflicher Fächer erstreckt sich über alle Bereiche der Wirtschaft Jedoch sind die jeweiligen Anteile an veraltete wirtschaftliche Strukturen angelehnt» so daß ein Mißverhältnis zwischen absolvierten Fachrichtungen und anschließenden Beschäftigungsbereichen besteht. Besonders betroffen sind offensichtlich die Absolventen beruflicher Fächer für den Primarsektor (Landwirtschaft, Fischerei), Gering ist auch der berufsvorbereitende Wert der Fachrichtung Hauswirtschaft, Daß die typischen Einsatzbereiche für die Oberschulabsolventen im Geschäftswesen Handel und Finanzen / Versicherung ebenfalls zurückgehen, ist wahrscheinlich aus Verdrängungen durch Absolventen mit höheren Abschlüssen (College/Universität) zu erklären. Dagegen gibt es einen wachsenden Zustrom aus allen Fachgebieten in den expandierenden Bereich der speziellen Dienstleistungen,
- (c) Berufliche Fächer sollen zum größeren Anteil, aber mindestens zur Hälfte der Zeit, praktische Arbeit als Pendant zum Unterricht bieten. Das wird allgemein eingehalten. Nur selten schließt jedoch die praktische Arbeit irgendeine Erfahrung in Fabriken oder Büros ein. Im Gegensatz zu den 50er und 60er Jahren, als die Unternehmer noch an den Absolventen der Oberschulen interessiert und praktische Erfahrungen entsprechend populär waren, betrachten sie diese jetzt mehr als Last,

Die technische Ausstattung für berufliche Kurse ist sehr unterschiedlich» Der Standard hinkt hinter den Veränderungen in der Industrie oftmals hinterher« Uta diesen Zustand zu überwinden, haben einzelne Präfekturen (Verwaltungsgebiete) um Unterstützung des Bildungsministeriums bei der Einrichtung von regionalen Bildungszentren mit moderner Technik ersucht. Diese Zentren sollen der praktischen Ausbildung von Schülern mehrerer Bildungsstätten sowie der Weiterbildung von Lehrern dienen« 1)

### Berufliche Kurse an Colleges

Alle Bildungsstätten, die sich an die Schule anschließen, tragen in verschiedener Weise zur beruflichen Vorbereitung bei. Dabei sind die Grenzen zwischen den Wegen ihrer Absolventen in berufliche Tätigkeiten meist fließend« Große Bedeutung hat die ein- bis zweijährige Collegebildung für die berufliche Vorbereitung auf die spätere Beschäftigung in mittleren Positionen (etwa vergleichbar mit der Stellung von qualifizierten Facharbeitern oder Technikern in anderen Systemen)« Am wenigsten dienen die Junior Colleges der beruflichen Ausbildung. Ihre meist zweijährigen Kurse sind vorwiegend als Portsetzung der Allgemeinbildung und Hauswirtschaft für junge Mädchen angelegt. Nur etwa ein Zehntel der Studenten erhält eine berufliche Ausbildung im engeren Sinne.

Eine spezielle technische Ausbildung - allerdings für einen sehr kleinen Teil der Jugendlichen - bieten die Colleges der Technologie» Sie sind gut ausgerüstet, haben eine günstige Relation zwischen Lehrkräften und Schülern (1:12,5) und niedrige Versagerquoten» Es laufen Kurse in allen Bereichen des Ingenieurwesens» Über die Hälfte der Fächer eines fünfjährigen Kurses (für Absolventen der 9» Klasse) sind berufsbezogen» Auf dem Stundenplan herrschen in den ersten zwei Jahren die

1) Vgl. Dore, R.P.; Sako, M.: How the Japanese»« » - A.a.O. - S. 37 und 43 f.

allgemeinbildenden (80 Prozent) und in den letzten zwei Jahren die berufHohen Fächer (80 bis 85 Prozent) vor.

Die Colleges organisieren auch Arbeitserfahrungen in lokalen Betrieben - etwa dreiwöchige Sommerpraktika. Wahrscheinlich dienen diese mehr der Arbeitsplatzvermittlung als der Vertiefung der Ausbildung,

Die Hauptträger beruflicher Bildung sind die Speziellen Ausbildungsschulen, Sie stehen in der Tradition des großen Bereichs privater Bildungsstätten für berufliche Spezialkurse (miscellaneous schools). Deren Beitrag zur Fähigkeitsentwicklung liegt in der breiten Palette von Kursangeboten und dem schnellen Reagieren auf die Nachfrage der Wirtschaft, Zum Standard der Speziellen Ausbildungsschulen gehört, daß die Kurse mindestens ein Jahr dauern, mindestens 800 Stunden Unterricht pro Jahr bieten und von Lehrkräften mit Universitätsabschluß durchgeführt werden. Der überwiegende Teil der Kurse ist für Absolventen der 12. Klasse, also auf Collegeebene, angelegt (daher findet sich auch die Bezeichnung Spezielle Ausbildungscolleges). Die Mehrheit der Einrichtungen ist privat, das fachliche Angebot umfassend.

Die populärsten Kurse sind im allgemeinmedizinischen Bereich, dicht gefolgt von Ingenieurwesen, Kultur und Geschäftswesen. Eine große Rolle spielt das Angebot an informationstechnischen Kursen. 1985 enthielten über 40 Prozent aller ingenieurbezogenen Kurse Informationstechnik, vorwiegend zur Ausbildung von ComputerProgrammierern.

Die regulären Kurse führen zu nationalen Qualifikationen mit allgemeingültigen Anforderungen. Allerdings gibt es beträchtliche Niveauunterschiede zwischen den Schulen. Einige haben einen hohen Ruf, zum Beispiel auf den Gebieten des Geschäftswesens, der Computerstudien und Technologie, Diese sind in mehrfacher Hinsicht nicht nur den Oberschulen, sondern auch den Ingenieurabteilungen von Universitäten voraus: in modernen Ausbildungsinhalten, guter Ausrüstung und Nutzung von Teilzeitlehrern aus fortgeschrittenen Betrieben» Die besten dieser Schulen haben reguläre Verbindung mit großen Unternehmen. 1)

## Berufliche Aus- und Weiterbildung an Einrichtungen der Wirtschaftsministerien

Außerhalb der Zuständigkeit des Bildungsministeriums existieren die Berufsbildungseinrichtungen der Ministerien für Arbeit, für Gesundheit (Schwesternschulen), für Verkehr (zum Beispiel Seefahrtsschulen) u. a. Sie stellen zwar einen relativ kleinen Bereich dar, haben aber ein vielgestaltiges Angebot, so weisen diese Bildungseinrichtungen eine große Vielfalt an Kursen entsprechend der jeweiligen Region und Industrie auf. Den Haupttyp bilden etwa 220 Berufsbildungsschulen, die den Behörden der Präfekturen sowie 80 komplexe Berufsbildungsschulen, die direkt dem Ministerium unterstellt sind. Sie vermitteln eine Erstausbildung für junge Schulabgänger der 9, wie auch der 12. Klasse (ca. 31 000 Anfänger pro Jahr bzw. 1,5 Prozent der betreffenden Altersgruppe)\* In unterschiedlichen Kursen zwischen sechs Monaten und drei Jahren sollen Arbeiter mit vielseitigen Fähigkeiten herangebildet werden. Das Ansehen dieser Berufsbildung ist allerdings nicht hoch - die Plätze sind nur zu 80 Prozent ausgelastet»<sup>1)</sup>

Die Bildungseinrichtungen des Arbeitsministeriums bieten auch Kurse für Beschäftigte, die ihre Kenntnisse u. a. auf neuen Gebieten der Technik erweitern wollen, für Arbeitslose und für Personen, die ihre Tätigkeit wechseln wollen. Außerdem gibt es 18 Spezialschulen für Behinderte, weitere zwölf Einrichtungen des Arbeitsministeriums dienen der Ausbildung von Berufsschullehrern, darunter elf auf Junior-College-Ebene und eine als vier-Jahres-College, Zusätzlich laufen hier Kurse für die Lehrbefähigung von Personen, die in Betrieben als Ausbilder tätig sind,<sup>2)</sup>

## Aus- und Weiterbildung in den Unternehmen

Die Bildungsprogramme in den Unternehmen sind eng mit dem kommunalen Bildungsangebot verknüpft\*

<sup>1)</sup> Vgl. Inoue, K.: The education and ,«, , - A.a.O. - S. 28  
2)

<sup>1</sup> Vgl. Dore, R.P. j Sako, M.: How the Japanese ... , - A.a\*0, - S. 57

Deutlich ist das Zusammenwirken von betriebsinternen und öffentlichen Leistungen für die Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten« Der Staat übt regulierenden Einfluß auf diesen Prozeß über das Ausbildungsgesetz aus« Danach können die Präfekturbehörden berufliche Bildung, die von Unternehmern, deren Vereinigungen oder von Gewerkschaften organisiert wird, autorisieren, wenn sie den vorgeschriebenen Standards entspricht. Autorisierte Unternehmer oder deren Vereinigungen können Berufsschulen oder Colleges oder Qualifikationszentren einrichten«

Die Regierungen auf nationaler und Präfekturebene sind auch verpflichtet, verschiedene Formen der Unterstützung sowohl für Beschäftigte als auch für Unternehmer, die eine autorisierte innerbetriebliche Bildung nutzen, zu gewähren. Zu dieser Förderung gehören Darlehen für Auszubildende, Beihilfen für Arbeitslose, finanzielle Unterstützung für mittlere und kleine Unternehmen, Beratungsdienste, Zuschüsse für bezahlten Bildungsurlaub u. a. Der Umfang dieser Gelder ist allerdings - gemessen an den Bildungsausgaben der Unternehmen und erst recht an den übrigen staatlichen Ausgaben für berufliche Bildung - gering.

#### (a) Erstausbildung

Viele Firmen haben gut ausgestattete Ausbildungsschulen, besonders für Präzisionsarbeiter und Techniker. Aus einer Untersuchung von 1985 über ca. 300 Betriebe, die bereits zu den engagierten in der Ausbildung zählten, geht hervor, daß 14 Prozent eine Art Berufsschule oder Ausbildungszentrum und 27 Prozent eine Ausbildungsstätte für die Qualifizierung von Produktionsarbeitern hatten. Sehr unterschiedliche Angaben werden zur Ausbildungszeit genannt. Eine Untersuchung von ca. 50 Betrieben (1986) erbrachte eine Erstausbildungszeit für Oberschulabsolventen zwischen eine Woche und 2 Monaten und für Universitätsabsolventen zwischen einem und fünf Monaten. Die Oberschulabsolventen erhielten kaum mehr als eine Woche formalen Unterricht. Dafür erstreckte sich die Rotation innerhalb des Betriebes auf durchschnittlich sechs Monate, mit je ein bis zwei Wochen pro Abteilung. Einfache Arbeiter wechselten den Arbeitsplatz meist nur innerhalb ihrer Abteilung. Da-

mit ist auch erkennbar, daß das Charakteristische für die betriebliche Ausbildung eher die informellen Wege sind, u. a. die gegenseitige Unterweisung am Arbeitsplatz und das Selbststudium, das entweder von der Firma oder dem Beschäftigten bezahlt wird. Dazu gehört sowohl eigenständiges Lernen mit Hilfe von Lehrbüchern und Kassetten als auch interaktives Lernen in Fernstudienkursen oder - seltener - über elektronische Lehrprogramme, Diese Alternativen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem gewachsenen Niveau der absolvierten Allgemeinbildung.

Auch Fernstudienkurse werden zur Aus- und auch Weiterbildung genutzt. Die größte Gruppe sind Geschäfts- und technische Kurse, Seit der Neufassung des Ausbildungsgesetzes können Unternehmer einen Teil (ein Viertel bei großen, drei Viertel bei mittleren und kleinen Firmen) ihres eigenen Kostenbeitrages für Fernstudien- oder andere externe Kurse ihrer Beschäftigten vom Staat erstattet bekommen. Eine Aufstellung des Arbeitsministeriums von 1986 führt 1200 Kurse, die unterstützt werden, an» Darunter sind vor allem Verwaltungs-, Buchhaltungs- und Sekretärinnenqualifikationen, aber auch eine große Zahl von technischen Kursen, die vor allem den theoretischen Hintergrund für das praktische Lernen am Arbeitsplatz bieten und der neuesten technischen Entwicklung entsprechen (Computer, Elektronik, Roboter etc.).

Die Kriterien des Arbeitsministeriums für die Unterstützung der Kurse sind formaler Art. Sie müssen drei bis zwölf Monate dauern, sich mit bestimmten Themen befassen und nach Maßgabe der Präfekturen für berufliche Bildung geeignet sein. Etwa die Hälfte aller Kurse werden von kommerziellen Firmen angeboten und erbringen Gewinn. Ein großer Teil der Kurse qualifiziert für nationale Prüfungen.<sup>1)</sup>

#### (b) Weiterbildung

Nahezu alle Beschäftigten nehmen im gesamten Verlauf ihrer Firmenzugehörigkeit an Weiterbildung teil. Hierbei ist aber die sehr weit gefaßte Vorstellung von Bildung im Unternehmen

<sup>1)</sup> Vgl. ebenda. - S. 83 - 100

zu berücksichtigen. Nicht nur Unterweisung am Arbeitsplatz und in Seminaren, sondern formelle und informelle Treffen auf jeder Ebene, Kommunikation innerhalb der Firma, Erwerb von speziellen Zeitschriften, Moralansprachen vom Präsidenten vor den Beschäftigten, private Beratungen und vieles andere gehören dazu, Sogar Erholungsaktivitäten wie Parties, Feste und Ausflüge, die vom Unternehmen organisiert werden, zählen mitunter zur Bildung.

Als organisierte Formen der Weiterbildung laufen Programme, die die Beschäftigten nach der Erstausbildung alle ein bis zwei Jahre für weniger als eine Woche besuchen, bis sie auf mittlere Positionen gelangt sind. Diese Programme haben vor allem zum Ziel, das Bewußtsein und Verständnis der Beschäftigten über ihre Rolle in dem Unternehmen zu befördern. Sie dienen kaum der Vermittlung spezieller Kenntnisse; dazu sind spezialisierte Kurse oder die Unterweisung am Arbeitsplatz da.

### 2.2.3» Trends der beruflichen Aus- und Weiterbildung

In den Prognosen über Bildungsteilnehmer und Arbeitskräfte in Japan spiegelt sich das starke Sinken der Geburtenrate bis in das nächste Jahrhundert hinein wider, (Vgl. Tabelle 9)

Tabelle 9'. Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung in Japan\*

(1) Anzahl der 18jährigen 1990 bis 2000 (in 1000)

1988	1990	1992	1994	1996	1998	2000
1.881	2.004	2.048	1.858	1.725	1.606	1.510

(2) Altersstruktur der Bevölkerung 1950 bis 2015 (in Prozent)

	1950	1964	1980	2015
0 bis 14 Jahre	35,1*	26,3	23,5	19,6
15 bis 64 Jahre	59,7	67,5	67,4	61,9
65 und mehr Jahre	4,9	6,2	9,0	18,5

\* Vgl» The systematic planning and administration of higher education in Japan after 1986/Ministry of Education, Science and Culture. - Tokyo, 1984. - S. 18 f.

Allein aus diesem demographischen Trend ergeben sich Konsequenzen für die Veränderung der Bildungsleistungen, vor allem ein wachsendes Gewicht der Weiterbildung. Gleichzeitig wirken sich ökonomische Trends auf das Arbeitskräftepotential aus. Das anhaltende Wirtschaftswachstum Japans und die gleichzeitige Verlangsamung des Bevölkerungszuwachses hat einen Arbeitskräftemangel in kritischen Sektoren der Wirtschaft bewirkt. Das betrifft besonders das Bauwesen, die herstellende Industrie, Dienstleistungen sowie die Verkehrs- und Versorgungsindustrie»

Verschärft wird dieses Problem durch die aufwärts gerichtete Mobilität der Bevölkerung, die wesentlich mit der stetigen Erhöhung des Bildungsniveaus verknüpft ist: immer weniger Menschen sind bereit, körperliche Arbeit anzunehmen. Im Bauwesen herrscht bereits ein chronischer Mangel an qualifizierten Arbeitern, da immer mehr Absolventen nach einer attraktiven **geistigen Tätigkeit streben.**<sup>1)</sup>

Nach Aussage von Experten der Arbeitsämter hat sich der Arbeitsmarkt drastisch verändert. Nach Schätzung einer Gruppe von Ökonomen und Managern werde der Mangel an Arbeitskräften bis zum Jahr 2000 2,7 Millionen betragen, wenn sich die jährliche Wachstumsrate von  $h$  Prozent fortsetze.

Bei einer durchschnittlichen Rate des Wirtschaftswachstums von 3 bis  $k$  Prozent rechnet der neueste Bericht des Arbeitsministeriums bis 2000 mit 860 000 fehlenden Arbeitskräften, Es sei jedoch zu erwarten, daß der Rückgang teilweise durch Veränderungen im Arbeitskräftepotential ausgeglichen werde, vor allem ein wachsender Zustrom von Frauen in die Beschäftigung (jährlich +0,4 Prozent) und die Erhöhung des Mindestalters für Renten,<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl, Inoue, Y, : Labor shortage raises pay. - In: The Japan Economic Journal, - Tokyo 27(1989-02-25)=1352, - S. 5; Skilled workers in increasing shortage to meet Japan's construction activities, - In: The Japan Economic Review \* ~ Tokyo 20(1989)9, - S. 9

<sup>2)</sup> Roundup, N, : Nation could face labor shortage of nearly 1 million workers by 2000, - In: The Japan Economic Journal, - Tokyo 27(1989-07-08)=1371. - S. 17.  
(Das Land könnte einen Arbeitskräftemangel von 1 Million Arbeitern bis zum Jahr 2000 haben)

Aus diesen sozialen Trends ist unschwer auf einen stark wachsenden Bedarf an Erwachsenenbildung zu schließen.

Eine weitere Lösung wird in der Beschäftigung von mehr ausländischen Arbeitern gesehen. Auf Grund der wachsenden wirtschaftlichen Kluft zwischen Japan und anderen asiatischen Ländern mangelt es nicht an Einwanderern, Der illegale Zustrom (zur Zeit sind etwa 100 000 solcher Arbeitskräfte in Japan) soll jedoch gedrosselt, hingegen die offizielle Aufnahme ausländischer Lehrlinge gefördert werden. Zwischen 1985 und 1987 stieg die Zahl Auszubildender aus asiatischen Ländern bereits von 13 987 auf 17 081; ab 1990 sollen jährlich 10 000 zugelassen werden. Die Lehrlinge erhalten zukünftig Stundenlohn anstelle von Unterstützung und werden praktisch als Vollzeitarbeiter beschäftigt, allerdings nur auf jeweils zwei Jahre. Sie befördern somit den Technologietransfer japanischer Produkte in ihre Herkunftsländer.<sup>1)</sup>

Als Fazit aus den wissenschaftlich-technischen, ökonomischen und sozialen Umbruchfaktoren wird in der gegenwärtigen Bildungsreform ein System der lebenslangen Bildung, einschließlich der Förderung beruflicher Bildung, angestrebt. Es handelt sich, entsprechend bisheriger Bildungstraditionen, um ein breites Konzept, das alle Dimensionen einer aktiven Lebensgestaltung umfaßt« In engerem Bezug zur beruflichen Bildung stehen folgende Empfehlungen:

- eine effektivere Verbindung und Kooperation von Einrichtungen der formalen Bildung, der öffentlichen Einrichtung nicht-formaler Bildung, der Unternehmen und der privaten Bildungsstätten;
- die Verbesserung und Erweiterung des Angebots beruflicher Aus- und Weiterbildung durch die verschiedenen Wirtschaftsministerien;
- die staatliche Förderung und Gewährung von längeren Perioden bezahlten Bildungsurlaubs für Beschäftigte und Maßnahmen zur Reduzierung von Arbeitsstunden;

<sup>1)</sup> Vgl. Trainee visas to increase, - In: The Japan Economic Journal. - Tokyo 27(1989-05-27)=1305, - S, 5  
Yamada, N.: "Trainee" policy eases allen labor rules, - In: The Japan Economic Journal 27(1989-06-03)=1366\* - S, 11

- die Einrichtung von Kommissionen für lebenslanges Lernen auf der Ebene von Präfekturen und Kommunen, die Vertreter von den jeweiligen Bildungsbehörden, den Ministerien, privaten Bildungseinrichtungen und Unternehmen umfassen;
- die Öffnung der Bildungsstätten, speziell Oberschulen und Universitäten, für breitere Bildungsleistungen im Territorium, u\* a. mit flexiblen Angeboten für Jugendliche und Erwachsene, Arbeiter und Hausfrauen. <sup>1)</sup>

Es fehlte auch in vergangener Zeit nicht an weitreichenden Vorstellungen für die Umgestaltung des japanischen Bildungswesens, und das Konzept des lebenslangen Lernens bewegt schon seit langem die Bildungspolitiker in der Welt. Doch es ist unverkennbar, daß die umrissenen ökonomisch-sozialen Umwälzungen gerade in Japan dringende Lösungen in dieser Richtung verlangen.

<sup>1)</sup> Vgl. Development of education in Japan: 1988 - 1990 / Ministry of Education, Science and Culture. - Tokyo, 1990, - S. 112 - 116

## 2.3\* Frankreich

Die Französische Republik gehört zu den führenden westeuropäischen Industriestaaten, Sie verfügt über eine Reihe international konkurrenzfähiger Industriezweige, wie die Atomwirtschaft, der Flugzeug- und Automobilbau, die Nachrichtentechnik und Elektronik, die Rüstungsindustrie, die Nahrungsgüterwirtschaft, die Pharmaindustrie und das Transportwesen. Große Bedeutung haben der Tourismus und das Dienstleistungswesen» In den letzten Jahrzehnten waren Teile der französischen Wirtschaft von längerandauernden Strukturkrisen betroffen, die - wie in anderen EG-Staaten - vor allem die Bereiche Textilindustrie, Kohlebergbau, Bauindustrie, Metallurgie, Fahrzeugbau und die Landwirtschaft erfaßten. Die französischen Regierungen unterstützten deshalb in den 80er Jahren Bestrebungen, eine Modernisierung der französischen Wirtschaft durchzusetzen, wobei es allerdings nicht gelang, das relativ hohe Niveau der Arbeitslosigkeit abzubauen, das bei zehn Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung liegt. Die Jugendarbeitslosigkeit stieg von 15 Prozent im Jahre 1980 auf ca. 25 Prozent 1990 an. Die Gesamtzahl der Beschäftigten betrug 1987 rund 24 Millionen, davon 42 Prozent Frauen» Bedeutende Veränderungen waren in der Verteilung der Beschäftigten auf die verschiedenen Wirtschaftsbereiche zu verzeichnen,

Tabelle 10: Verteilung der Beschäftigten auf die Wirtschaftsbereiche (in Prozent)\*

Jahr	Landwirtschaft	Industrie	Dienstleistungen
1960	22,4	37,8	39,8
1973	11,4	39,7	48,9
1981	8,6	35,2	56,2
1986	7,6	32,0	60,4

\* Vgl. ILO - World Labour Report 1» - Genf, 1984, - S. 45 und OECD-Observer. - Paris Nr. 145, - April/Mai 1987, - S. 19

Trotz der Tatsache, daß Frankreich der größte Agrarproduzent

der EG ist, nahm die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft seit 1960 um zwei Drittel ab. Seit Anfang der 70er Jahre ist außerdem die Beschäftigung in der Industrie deutlich rückläufig. Obwohl die Anzahl der im Dienstleistungsbereich Tätigen bedeutend anstieg und bereits über 60 Prozent aller Beschäftigten ausmacht, reichen die dortigen Arbeitsplätze nicht aus, um alle freigesetzten Arbeitskräfte aufzunehmen. Hinsichtlich der von der französischen Wirtschaft geforderten Qualifikationen nahm im Rahmen des Strukturwandels und der Modernisierungen der Bedarf nach allgemein und beruflich höherqualifizierten Arbeitskräften zu.

Allerdings verbleiben vor allem im Dienstleistungsbereich noch eine Vielzahl von Arbeitsplätzen mit geringem Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften, so daß die für andere marktwirtschaftliche Länder typische Hierarchisierung des Qualifikationsbedarfs auch in Frankreich weiterhin ausgeprägt bleibt - allerdings bei deutlicher Gesamttendenz zur Qualifikationserhöhung,

In demographischer Hinsicht befinden sich gegenwärtig geburtenstarke Jahrgänge im sekundären Bildungsbereich, während im Primarbereich ein deutlicher Rückgang der Schülerzahlen festzustellen ist. Das begünstigt Tendenzen zur Entlassung von Lehrkräften im Primarbereich, ohne daß im Sekundarbereich ein entsprechender Ausgleich geschaffen wird. So gab es 1985/86 im Bereich der Lyzeen in 58 Prozent der Klassen 31 und mehr Schüler<sup>1)</sup>, also sehr hohe Klassenfrequenzen,

### 2,3.1. Zum Aufbau des Bildungswesens

Das französische Bildungswesen verfügt über einen gut ausgebauten Bereich der Vorschulerziehung, der eine praktisch vollständige Einbeziehung der Kinder ab 4 Jahre gewährleistet. Mit diesem im Vergleich zu anderen westeuropäischen Staaten hohen Prozentsatz der Einbeziehung der Kinder in die Vorschul-

<sup>1)</sup> Zit, nach Hildebrandt, F.; Jahresbericht zur Bildungspolitik und Pädagogik in Frankreich 1986/87, - APW-AfA-Information Nr. 17 (1987). - S. 7

erziehung werden einerseits gute Voraussetzungen geschaffen, um durch das Elternhaus bedingte Bildungs- und Erziehungsdefizite der Kinder teilweise auszugleichen. Andererseits ermöglichten sie - im Zusammenhang mit der sich an den Vorschulbereich anschließenden allgemeinbildenden Ganztagschule - einem hohen Prozentsatz der französischen Frauen, einen Beruf nachzugehen.

In Frankreich unterliegen die lünder im Alter von sechs bis sechzehn Jahren der Schulpflicht» Die fünfklassige Grundschule (écoles primaires) wird von allen Kindern gemeinsam besucht. Allerdings wird schon hier durch differenzierende Maßnahmen, insbesondere durch eine gezielte Einschätzung der Lernfähigkeit der Kinder, die Aufnahme der Kinder in die sehr unterschiedlichen Bildungswege der zweiten Bildungsstufe vorbereitet.

Obwohl das in früheren Jahren für das französische Bildungswesen typische Prüfungssystem aufgelockert und durch verschiedene Fördermaßnahmen ergänzt wurde, gibt es im Primarbereich immer noch einen großen Anteil von Schülern, die nicht die geforderten Lehrziele erreichen (bis zu 40 Prozent), Diese Kinder, oftmals aus Arbeiterfamilien, haben später kaum noch eine reale Chance, in höherwertige Bildungswege einzutreten. Sie werden mehrheitlich in die gesellschaftlich gering geachteten beruflichen oder berufsvorbereitenden Bildungswege gelenkt oder bleiben ohne jegliche weiterführende Bildung (vgl. Abbildung 5).



An die fünfklassige Primarstufe schließt sich eine vierjährige Unterstufe des Sekundarbereichs an. Bereits während der Zeit der Präsidentschaft von de Gaulle wurde das traditionelle vertikal aufgebaute Schulwesen durch einen flexibleren Schultyp, das "college d'enseignement secondaire" (CES) ersetzt. Bei diesem Schultyp der Klassen fünf bis neun, der die bis dahin selbständigen Schultypen der Volksschuloberstufe, Realschule sowie der Unterstufe des "lycée" umfaßt, handelte es sich um eine sogenannte multilaterale Bildungseinrichtung mit verschiedenen Zweigformen beziehungsweise Leistungsgruppen.

Mit Hilfe von Zweigen, Wahlfächern und Niveauekursen wurde die in der Grundschule begonnene Differenzierung fortgeführt und verstärkt»

Nach Begabungskriterien werden die Schüler auf drei Bildungswege unterschiedlicher Wertigkeit vorbereitet, die trotz verschiedener Schulreformen auch heute noch die Oberstufe der Sekundarstufe prägen:

- den "langen"<sup>11</sup> Bildungsweg, der über das Abitur beziehungsweise technische Abitur zu den Einrichtungen der dritten Bildungsstufe führte,
- den "kurzen" Bildungsweg, der die Schüler in die damaligen technischen Colléges (CET) und danach zur direkten Arbeitsaufnahme lenkte sowie
- den "praktischen" Bildungsweg, der eine Sackgasse für den Besuch weiterführender Bildungseinrichtungen bildete und zugleich eine ungenügende berufliche Vorbereitung vermittelte.

Mit dem Gesetz vom 11. Juli 1975 wurde das "Collége" die einzigweiterführende Schule für alle Schüler, Im Rahmen der sogenannten Reform "Haby" wurden Maßnahmen eingeleitet, die eine stärkere Anpassung des gesamten Bildungswesens an die Erfordernisse des französischen Arbeitsmarktes zum Ziel hatten»

In den Lehrplänen wurden die technischen und naturwissenschaftlichen Bildungsinhalte zu Lasten der "geisteswissenschaftlichen" Kenntnisse stärker betont. Die frühzeitige äußere Differenzierung auf der Stufe des "Colléges" durch drei verschiedene Leistungsgruppen (Fili&res) wurde durch einen gemeinsamen AusMlclungsgang ersetzt und damit einer zu frühen Spezialisierung entgegengetreten.

Allerdings wurde nach der siebenten Klassenstufe eine erste Selektion für die Schüler eingebaut, die im Sinne des früheren "praktischen" Bildungsganges für einfache Facharbeitertätigkeiten oder für den späteren beruflichen Einsatz als Un- oder Angelernter vorbereiten sollen. Dabei gibt es zwei verschiedene Bildungswege:

- die Aufnahme einer dreijährigen Berufsausbildung in vollzeitschulischer Form zum CAP (Facharbeiterqualifikation mit engem Profil);
- die Aufnahme in sogenannte Berufsvorbereitungsklassen (CPPN) oder Vorbereitungsklassen für eine Lehrlingsausbildung (CPA).

In beiden Fällen müssen die Schüler mindestens 16 und dürfen höchstens 16 Jahre alt sein« Zirka sechs bis sieben Prozent der Jugendlichen eines Alterjahrganges benutzen jeweils die CPPN- und CPA-Klassen.<sup>1)</sup>

Ein dritter Bildungsweg, der im Besuch von Klassen besteht, die eine allgemeine berufsorientierte Grundausbildung vermitteln sollen (CEP), ist inzwischen quantitativ bedeutungslos geworden.

In den Berufsvorbereitungsklassen (Classes préprofessionnelles de niveau, CPPN) wird neben einer weiterführenden Allgemeinbildung eine Einführung in verschiedene Berufsbereiche gegeben.

Neben den theoretischen Fächern und dem Werkstattunterricht in einem Berufsgebiet oder Berufsfeld werden auch Betriebsbesichtigungen und betriebliche Praktika durchgeführt.

In den Vorbereitungsklassen für eine Lehrlingsausbildung (Classes préparatoires à l'apprentissage, CPA) werden diejenigen Jugendlichen aufgenommen, die das achte Schuljahr in einer Berufsvorbereitungsklasse (CPPN) abgeschlossen haben und noch der Schulpflicht unterliegen.

Neben weiterführender Allgemeinbildung, Gesellschaftskunde sowie Berufs- und Arbeitskunde wird auch ein 15 - 18 Wochen umfassendes Vorpraktikum absolviert, Schüler in CPPN- und CPA-Klassen haben zumeist keine Möglichkeit, in die Sekundar-

<sup>1)</sup> Vgl. Réperes et Références Statistique sur les enseignements et la formation, éd. 1986 - Hrg., Ministère de l'Éducation Nationale, - S, 150/152

stufe des Bildungswesens zurückzukehren und eine weiterführende Bildung aufzunehmen.

Der Unterricht in der Sekundarstufe<sup>1</sup> (Collège) wird für die Mehrzahl der Schüler in zwei Abschnitten von jeweils zwei Jahren erteilt:

- die Beobachtungsstufe (sechste und siebente Schuljahr) und
- die Orientierungsstufe (achtes und neuntes Schuljahr).

In beiden Stufen beträgt der wöchentliche Unterricht 24 Stunden, zu denen noch bis zu drei Förderstunden hinzukommen können. Außerdem müssen die Schüler ein obligatorisches Wahlfach mit zwei bis drei Stunden belegen. Es besteht außerdem die Möglichkeit der Wahl eines weiteren Faches (Latein, Griechisch, zweite moderne Fremdsprache, gewerbliche und künstlerische Fächer).

Während der Schulzeit im Collège findet eine kontinuierliche Beobachtung und Bewertung der Schüler statt. Etwa die Hälfte der Schüler muß mindestens ein Schuljahr wiederholen. Am Ende der Orientierungsstufe wird durch die Schule ein Orientierungsvorschlag für den weiteren Bildungsweg der Schüler den Eltern unterbreitet, der in der Regel auch zur Orientierungsentscheidung wird. Seit 1981 wird nach der erfolgreichen Absolvierung der neunten Klasse ein Abgangszeugnis (Brevet des Colléges) erteilt, welches das frühere Abschlußzeugnis B. E. P. C. ersetzt hat.

Nach dem erfolgreichen Abschluß der neunten Klasse des "Collège" stehen den Schülern entsprechend der Orientierungsentscheidung der Schule mit den Eltern folgende Bildungswege offen:

- der Übergang in ein allgemeinbildendes Lyzeum mit dem Ziel des Erwerbs des Abiturs (Baccalauréat) und des Übergangs in Universitäten und Hochschulen;
- der Übergang in die technischen Zweige des Lyzeums mit dem Ziel des Erwerbs der technischen Abitur (BTn) und des fachgebundenen Übergangs in technische Hochschulen und die Höhere Technikerausbildung;
- der Übergang in eine dreijährige Technikerausbildung mit dem Ziel des Erwerbs des Technikerzeugnisses (BT) und dem

Übergang ins Arbeitsleben beziehungsweise in die Höhere Technikerausbildung;

- der Übergang in das Berufsslyzeum (L.E.P.) mit dem Ziel des Erwerbs einer Facharbeiterqualifikation (C.A.P. oder B.E.P.) nach zwei Jahren vollzeitschulischer Ausbildung;
- der Übergang in die Lehrlingsausbildung, die nach zwei, manchmal auch drei Jahren mit der Facharbeiterqualifikation C.A.P. abschließt.

Zu berücksichtigen ist, daß nach der siebenten Klasse bereits ca. 20 Prozent der Schüler in die oben dargestellten beruflich orientierten verkürzten Bildungswege übergegangen sind. In das Berufsslyzeum treten vor allem diejenigen Schüler ein, die nicht das Abschlußzeugnis im Collège (BC) erreichen konnten (etwa ein Viertel der Absolventen der neunten Klasse). Etwa die Hälfte der Schüler geht in die allgemeinbildenden beziehungsweise technischen Lyzeen über. Das restliche Viertel verteilt sich auf die betriebliche Lehrlingsausbildung einschließlich des Übergangs in CPPN beziehungsweise C.P.A.-Klassen und auf den direkten Eintritt in den Arbeitsmarkt. Obwohl formal die Durchlässigkeit im Bildungswesen gesichert ist, tut sich das französische Schulwesen nach wie vor in Richtung einer elitären Auslese, Im internationalen Vergleich wird für dieses zentral gelenkte, auf Auslese orientierte Bildungswesen mitunter der Begriff "meritokratisch<sup>1\*</sup> verwendet.

### 2.3.2. Die Ausbildung in den Berufsslyzeen

Die Berufsslyzeen (lycées d'enseignement professionnel, L.E.P.), die eine verkürzte Sekundarbildung vermitteln, beinhalten drei verschiedene berufliche Ausbildungswege:

1. Nach der neunten-Klasse (Tertia) des Collège eine zweijährige Ausbildung zum B.E.P. (brevet d'études professionnelles), mit der Möglichkeit, in weiteren zwei Jahren ein Berufssabitur zu erwerben (baccalauréat professionnel)
2. nach der neunten Klasse des Collège eine zweijährige Ausbildung zum C.A.P. (certificat d'aptitude professionnelle) und

3. nach der siebenten Klasse (Quinta) des Colléges eine dreijährige Ausbildung zum C. A. P.

Der Unterricht wird durchgängig in den Berufsslyzeen erteilt und umfaßt 31 - 38 Wochenstunden. Neben der Fortführung des allgemeinbildenden Unterrichts wird eine theoretische und praktische Vorbereitung auf einen Beruf vorgenommen, die auch durch Betriebspraktika ergänzt werden kann.

### Die zweijährige Ausbildung zum B.E.P.

Im Unterschied zur C.A.P.-Ausbildung wird die vollzeitschulische B.E.P.-Ausbildung in Berufsgruppen durchgeführt (zum Beispiel Elektrotechnik, Mechanik, Bauwesen, Holzgewerbe, Hotel- und Transportwesen, Handel u.s.w.). 1987 existierten 61 B.E.P.-Abschlüsse.<sup>1)</sup>

Diese der Berufsfachschulen in der BRD vergleichbare Ausbildungsform vermittelt die praktische Ausbildung vorwiegend in Lehrwerkstätten der Berufsslyzeen, Absolventen des B.E.P. mit guten Abschlußnoten konnten bisher über entsprechenden Anpassungsklassen in die technischen Zweige des langen Sekundarzyklus überwechseln (Abschlußziel BT oder BTn). Durch das Gesetz vom 11. März 1986 soll es zukünftig den B.E.P.-Absolventen möglich sein, in zwei Jahren ein Berufsabitur zu erreichen (baccalauréat professionnel), wobei ein obligatorisches Betriebspraktikum von 16 - 20 Wochen vorausgesetzt wird,<sup>2)</sup>

Die Zahl der erfolgreich abgelegten B.E.P.-Abschlüsse stieg von 28 600 im Jahre 1970 auf 109 100 im Jahre 1985 an<sup>3)</sup>, so eine Vervierfachung in 15 Jahren, Die im Gegensatz zur C.A.P.-Ausbildung breitere Anlage des B.E.P. führt zu einer höheren Wertschätzung des B.E.P., obwohl in der Regel eine längere Einarbeitung in ein spezielles Arbeitsgebiet beziehungs-

<sup>1)</sup> Vgl. Koch, R.: Berufsausbildung in Frankreich. Strukturprobleme und aktuelle Reformbestrebungen. - CEDEFOP, Berlin, 1988. - S. 31

<sup>2)</sup> Vgl. Rapport de la France, Ministère de l'Education Nationale, k-Oe Session de la Conference Internationale de l'Education. - Genf, 1986. - S# 39

<sup>3)</sup> Vgl. ebenda, S. 61

weise eine berufliche Weiterbildung für die Absolventen erforderlich sind.

#### Die zweijährige Ausbildung zum C.A.P.

Die vollzeitschulische zweijährige C.A.P.-Ausbildung wird im Gegensatz zur B.E.P.-Ausbildung in stärker spezialisierter Form durchgeführt« Voraussetzung für die Aufnahme in die zweijährige C.A.P.-Ausbildung ist ebenso wie beim Erwerb des B.E.P. der erfolgreiche Abschluß der neunten Klasse des Collège (B.C.), Einzelne C.A.P.-Absolventen mit den besten Noten konnten bisher ebenfalls in spezielle Anpassungsklassen des Lyzeums übernommen werden, um in drei Jahren im technischen Zweig das technische Abitur (BTn) oder den Technikerabschluß (BT) zu erreichen.

1986 gab es 325 auf nationaler Ebene anerkannte C.A.P. und 19 C.A.P.-Abschlüsse, die nur auf Departements-Ebene Gültigkeit besitzen,<sup>1)</sup> Seitens des Bildungsministeriums sind Bestrebungen im Gange, um die Zahl der C.A.P.-Abschlüsse auf etwa 260 zu reduzieren, wobei die Berufsfelder neu definiert werden müssen.<sup>2)</sup> 1985 befanden sich insgesamt rund 29 000 Schüler in der zweijährigen C.A.P.-Ausbildung.<sup>3)</sup>

Ein Vergleich mit den Schülerzahlen der B.E.P.-Ausbildung zeigt, daß sich in der zweijährigen C.A.P.-Ausbildung nicht einmal der zehnte Teil der Schüler der zweijährigen Ausbildungsform befindet.

#### Die dreijährige Ausbildung zum C.A.P. im Berufslyzeum

Die dreijährige vollzeitschulische Ausbildung zum C.A.P. basiert vorrangig auf Schulabgängern der siebenten Klasse des Collège und soll direkt zu einer Berufstätigkeit führen. Ein-

<sup>1)</sup> Vgl. ebenda.

<sup>2)</sup> Vgl. Koch, R.: Berufsausbildung in Frankreich... a.a.O., S. 32

<sup>3)</sup> Vgl. Repères et références statistique..., a.a.O., S. 157

gangsvoraussetzung sind das 14» Lebensjahr und der Nachweis des Besuchs der sechsten und siebenten Klasse des Colléges, Die dreijährige C.A.P.-Ausbildung hat sich an den Berufsslyzeen quantitativ gegenüber der zweijährigen C.A.P.-Ausbildung durchgesetzt. 1985 besuchten 430 000 Schüler die dreijährige Variante.<sup>1)</sup>

Zu beachten ist, daß der in den 70er Jahren eingeführte Ausbildungsweg - basierend auf der siebenten Klasse des Colléges - gegenüber der früher stärker besuchten zweijährigen C.A.P.-Ausbildung auf der Basis der neunten Klasse einen wesentlichen Verlust an vermittelter Allgeraeinbildung zur Folge hatte. Diese Ausbildungsform entspricht dem Interesse der französischen Wirtschaft an einem Teil eng spezialisierter Arbeitskräfte und trägt damit den Tendenzen einer abgestuften Verwertung der qualifizierten Arbeitskräfte - wie sie auch für andere marktwirtschaftliche Staaten charakteristisch sind - Rechnung.

Von Bedeutung ist auch das Verhältnis von Schülern, die privat oder in öffentlichen Einrichtungen zum C.A.P. oder B.E.P. ausgebildet werden. In den öffentlichen Berufsslyzeen (L.E.P.) wurden 1986/87 656.000 Schüler ausgebildet; dem standen 189.000 Schüler - in privaten Schulen gegenüber. Zählt man noch die 217\*000 Lehrlinge hinzu, dann ergibt sich ein Verhältnis von lediglich drei : zwei zugunsten des staatlichen Bildungswesens. Das Verhältnis der Vollzeitschulischen zur betrieblich orientierten Berufsausbildung veränderte sich allerdings in den vergangenen 15 Jahren zuungunsten der Lehrlingsausbildung.

<sup>1)</sup> Vgl. ebenda

Tabelle 11: Teilnehmer in der Berufsausbildung 1970 - 1985\*

	1970/71	1975/76	1980/81	1984/85	1986/87
Lehrlingsausbildung	232 610	167 617	222 838	209 252	217 000
Berufsbildungs- lyzeum (L.E.P.)	650 600	746 300	773 200	817 284	845 173
Anteil der Lehr- lingsausbildung in fo	26,3	18,3	22,4	20,4	20,4

\* Vgl. Repères et Références Statistique... a.a.O. - S. 191  
Rapport de la France (41 eine Session de la Conférence in-  
ternationale de l'éducation): Genf, 1989« - S. 78 und Annex  
s. 13

Der Umfang der Lehrlingsausbildung entspricht im Gegensatz zur BRD etwa auch dem Nachwuchsbedarf des Handwerks und anderer Kleinbetriebe, die vorrangig Träger der Lehrlingsausbildung sind.

Von großer Bedeutung für die Konkurrenzfähigkeit der französischen Wirtschaft ist die Verteilung der Schüler in den Berufslyzeen auf die verschiedenen Berufsrichtungen. Die im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern stark ausgeprägte staatliche Verantwortlichkeit für die Berufsausbildung erleichtert es, eine im Gesamtinteresse der Wirtschaft liegende relativ ausgewogene Verteilung der Berufsschüler über die wichtigsten Bereiche der primären, sekundären und tertiären Wirtschaftsbereiche herzustellen.

Tabelle 12: Verteilung der Schüler in der C.A.P.- und B.E.P.-Ausbildung nach Wirtschaftsbereichen 1984/85\*

Wirtschaftsbereich	Gesamtzahl	davon Absol- venten	davon Mäd- chen
primärer und sekun- därer Bereich	412 403	157 604	22 632
tertiärer Bereich	396 327	160 383	133 505

\* Vgl. Repères et Références Statistique,., a.a.O., - S. 163

Die dargestellten Teilnehmerzahlen in der vollzeitschulischen C.A.P. und B.E.P.-Ausbildung zeigen ein relativ ausgeglichenes Verhältnis der Schülerzahl im Primar/Sekundarbereich der Wirtschaft einerseits und dem tertiären Bereich andererseits. Typisch ist auch die geschlechtsrollenspezifische Verteilung der männlichen Schüler im gewerblichen Bereich und der Mädchen im Dienstleistungsbereich»

### 2.3»3» Das Lehrlingswesen

Die berufliche Erstausbildung erhalten ca. 20 Prozent der in einer Berufsausbildung stehenden Jugendlichen in einer betrieblichen Lehrlingsausbildung. Die Lehrlinge schließen einen Ausbildungsvertrag mit einem Unternehmen gewöhnlich für zwei, manchmal auch für drei Jahre ab. Ähnlich wie im "dualen System" der BRD erhalten sie ihre berufspraktische Ausbildung im Betrieb und den theoretischen Unterricht in Berufsschulen beziehungsweise einem Lehrlingsausbildungszentrum (centre de formation d'apprentis, C.F.A.). Die Lehrlinge müssen bei Beginn der Ausbildung mindestens 16 Jahre und dürfen höchstens 20 Jahre alt sein. Die theoretische Ausbildung soll nicht weniger als zwölf Wochenstunden oder 360 Stunden pro Jahr umfassen. Im Lehrjahr 1984/85 betrug die durchschnittlich vermittelte Jahresstundenzahl in den Lehrlingsausbildungszentren 415 Stunden.

Die Stundenzahl des Unterrichts in den Lehrlingsausbildungszentren teilt sich folgendermaßen auf:

33 Prozent	Allgemeinbildung
3k Prozent	berufspraktische Ausbildung
29 Prozent	berufstheoretische Ausbildung
k Prozent	Sport.

Die Verteilung der Lehrlinge nach Ausbildungsjahren zeigt eine Dominanz der zweijährigen Lehrlingsausbildung.

Tabelle 13: Verteilung der Lehrlinge nach Ausbildungsjahren  
und Geschlecht 1984/85 \*

	Jungen	Mädchen	Gesamt
1. Ausbildungsjahr	74 013	27 387	101 400
2. Ausbildungsjahr	77 687	26 745	104 432
3. Ausbildungsjahr	2 220	1 200	3 420
Zusammen	153 920	55 332	209 252

\* Vgl. «Repères et Références Statistique».., a.a.O., - S. 195

Auffallend ist der geringe Mädchenanteil in der Lehrlingsausbildung. Die Mehrzahl der Lehrlinge tritt im Anschluß an die Lehrlingsvorbereitungsklassen (C.P.A.) in die Lehrlingsausbildung (38,5 Prozent) beziehungsweise nach Absolvierung der neunten Klasse in das Collège (22,2 Prozent) ein.

Für eine Reihe von Handwerksbetrieben ist die Lehrlingsausbildung die wichtigste Quelle für die Deckung des Nachwuchsbedarfs, Das betrifft vor allem solche Bereiche, wie Schlachter/Fleischverarbeiter, Bäcker und Konditor, Friseur, Kosmetiker, Anstreicher, Bauarbeiter mit 50 und mehr Prozent Anteil der Lehrlingsausbildung an der Gesaratzahl der beruflich Ausgebildeten» Andere wichtige Bereiche der Lehrlingsausbildung sind der Handel, Gesundheitsberufe, Hotel- und Gaststättenwesen sowie verschiedene Metallberufe» 1)

Nach zwei, manchmal drei Jahren schließt die gesamte Ausbildung mit einer Prüfung zur Facharbeiterqualifikation (C.A.P.) ab. Die Prüfungen sind weitgehend am Lehrplan der zweijährigen vollzeitschulischen Berufsausbildung orientiert. Eine wichtige Rolle spielen die Lehrlingsausbildungszentren (C.F.A.) bei der Vermittlung der Berufstheorie. Sie können von öffentlichen wie auch privaten Trägern eingerichtet werden, unterstehen aber in finanzieller, technischer und pädagogischer Hinsicht der staatlichen Kontrolle. Es gibt nur wenige betriebseigene Ausbildungszentren.

1) Vgl. «Repères et Références Statistique». a.a.O. - S. 195

Die betriebliche Ausbildung wird staatlich kontrolliert über die in den Departements bestehenden Kommissionen für Berufsausbildung, Sie entscheiden, ob ein Unternehmen ausbilden darf oder nicht. Der Anteil der nicht bestandenen Abschlußprüfungen ist dabei eines der Kriterien» Vom Bildungsministerium werden Berufsbilder und Prüfungsanforderungen in Form von sogenannten C.A.P.-Dokumenten herausgegeben. Diese Dokumente enthalten sowohl Bestimmungen für die Prüfungsteile, Dauer der Prüfung und Bewertungsmaßstäbe wie auch Festlegungen über Fertigkeiten und Kenntnisse, die Gegenstand der Prüfung sein sollen.

Seit 1925 wird in Frankreich eine Lehrlingssteuer erhoben. Sie wird an der lohnsteuerpflichtigen Summe der Betriebe bemessen und betrug 1990 p,6 Prozent. Diese Steuer geht zum Teil in den Staatshaushalt ein oder wird direkt für die Entwicklung der verschiedenen beruflichen Ausbildungswege, für die Mitfinanzierung der Lehrlingsausbildungszentren (C.F.A.) und für wissenschaftliche Angaben verwendet.

Befreiungsmöglichkeiten von der Steuer bestehen dann, wenn die Betriebe selbst ausbilden. Auch können die Betriebe vier Fünftel der Steuer selbst an bestimmte Berufsschulen, Ausbildungszentren usw. zahlen, so daß damit eine bedeutende Einflußmöglichkeit auch der nicht ausbildenden Betriebe besteht.

Bestandteil der Ausbildungsverträge mit den Unternehmern ist auch die Höhe des Lehrlingsentgelts. Dieses Entgelt orientiert sich am gesetzlich festgelegten Mindestlohn (Smic) und steigert sich anteilmäßig von 15 Prozent im ersten Lehrjahr bis zu 60 Prozent im dritten. Im Gegensatz zur "dualen" Berufsausbildung in der BRD ist die berufspraktische Ausbildung in den Betrieben nur unzureichend geregelt. Das Fehlen präziser betrieblicher Lehrpläne begünstigt die Absicht der Unternehmer, die Lehrlinge möglichst schnell in den normalen Arbeitsprozeß einzubeziehen»

### 2.3«b\* Die Ausbildung zum technischen Abitur und zum Techniker

Neben den Auabildungswegen der sogenannten "kurzen" Sekundarbildung in den Berufslizeen (L.E.P.) und der vom Abschluß ver-

gleichbaren Lehrlingsausbildung, gibt es in der sogenannten "langen" Sekundarbildung neben dem allgemeinen Abitur die Möglichkeit des Erwerbs des technischen Abiturs (BTn) und des Technikerabschlusses (BT). Das technische Abitur, das seit 1968 erworben werden kann, wird in drei Zweigen des Lyzeums (F\*G.H.) in insgesamt 16 Wahlfachkombinationen angeboten. Der Zweig F umfaßt zwölf Kombinationen in industriellen, medizinisch-sozialen und künstlerischen Bereichen. Der Zweig G bietet drei Kombinationen im ökonomischen Bereich an und der Zweig H die Informatik, Der Abschluß B.Tn. (Baccalauréat de techniciens) befähigt zur Arbeitsaufnahme als Angestellter auf mittlerer Ebene oder zum fachgebundenen Hochschulzugang. Die 10. Klasse dient zumeist als Orientierungsklasse, das heißt, die Wahl eines anderen Zweiges ist bis zum Beginn der elften Klasse noch möglich. Der Umfang der obligatorischen Wahlfächer beträgt in den technischen Zweigen elf Wochenstunden, was noch durch weitere Wahlfächer ergänzt werden kann.

Die Techniker Ausbildung mit dem Ziel des Erwerbs des Technikerzeugnisses B.T, (Brevet de techniciens) ist gegenüber dem technischen Abitur B.Tn. stärker berufsbezogen und führt in der Regel zu einer abgeschlossenen Berufsausbildung. Übergänge an Technische Hochschulen oder Institute sind möglich, vor allem mit dem Ziel des Erwerbs des "höheren" Technikerabschlusses (B.T.S. und D.U.T. ).

Vergleicht man die beruflichen Abschlüsse der "kurzen" und "langen" Sekundarbildung seit 1970, so ist ein überproportionaler Anstieg beim Erwerb des B.E.P, und des B.Tn. festzustellen.

Tabelle \h: Zahl der Abschlüsse im Sekundarbereich \*

	1970	1980	1985	
C.A.P.	183,4	235,0	268,0 <sup>^</sup>	Niveau V
B.E.P.	28,6	78,9	109,1 <sup>J</sup>	
allgem. Abitur	138,7	158,9	170,6	Niveau IV
techn, Abitur + (B.Tn.)	28,5	62,6	82,5	

\* Vgl. Rapport de la France 1986, ..., a.a.O., S. 61

Im genannten Zeitraum von 15 Jahren vervierfachte sich die Zahl der Abschlüsse zum B.E.P., während sich die Zahl der Abschlüsse zum BTn. verdreifachte. Damit folgt Frankreich der Tendenz anderer westlicher Industriestaaten, das Bildungsniveau im allgemeinbildenden und beruflichen Bereich für einen großen Teil der Jugendlichen wesentlich zu erhöhen. Ziel der französischen Regierung ist, bis zum Jahr 2000 rund 75 - 80 Prozent eines Geburtenjahrgangs bis zum Abschlußniveau der "langen" Sekundarstufe II, davon 50 Prozent bis zum allgemeinen Abitur zu führen« Dieses Konzept der Modernisierung hat im Zeitraum von 1958 bis 1983 dazu geführt, daß sich die Zahl der Studierenden an Hochschulen verfünffachte, die der Lehrkörper versiebenfachte und die Zahl der erworbenen Abschlußzertifikate um das Elffache stieg»<sup>1)</sup>

Diese Entwicklung vollzieht sich allerdings nicht widerspruchslos. Einerseits steht der subjektiv empfundene Wunsch, sich höher zu qualifizieren in Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen Bedürfnissen und den öffentlich vertretenen Zielen der Regierung. Auf der anderen Seite gibt es aus bildungspolitischen und finanziellen Gründen immer wieder Versuche, die Bildungsgänge zu verkürzen oder sie stärker den einseitigen Verwertungsbedingungen der Wirtschaft anzupassen» So sah das nach heftigen Protesten der Jugendlichen wieder zurückgezogene "Gesetz Monory" u. a. vor, die Möglichkeiten des Erwerbs des technischen Abiturs einzuschränken. Andere Pläne zielten darauf ab, weitere Teile der Berufsausbildung zu privatisieren und nur eine Art Minimalbildung ("SMIC éducatif") kostenlos zu vermitteln.<sup>2)</sup>

Der bereits in den 70er Jahren eingeschlagene Kurs der Modernisierung führt analog zu vergleichbaren marktwirtschaftlichen Staaten zu einer deutlichen Abstufung der Berufsausbildungsabschlüsse. Der zunehmenden Zahl von Jugendlichen mit C.A.P. und B.E.P.-Abschlüssen sowie dem technischen Abitur und der Technikerqualifikation steht auf der anderen Seite die große Zahl derjenigen gegenüber, die bereits nach der siebten Klasse in die dreijährige C.A.P»-Ausbildung abgedrängt

<sup>1)</sup> Vgl. Oetz, O.: Die militanten Kinder von Coluche und Coca Cola.-In: Demokratische Erziehung» - Köln 1987» H. 3« - S. Zk

<sup>2)</sup> Vgl. ebenda, S. 25

werden beziehungsweise die überhaupt keine berufliche Ausbildung nach Beendigung der Pflichtschule erhalten. Um die hohe Jugendarbeitslosigkeit abzubauen, die bei ca. 25 Prozent der Altersgruppe liegt, wird seit den 70er Jahren versucht, durch sogenannte Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen einzuschränken. Trotz des Einsatzes mehrerer Milliarden Francs, die zumeist den Betrieben als Beschäftigungs- und Ausbildungsprämien gezahlt werden, bleiben nach wie vor zehntausende Jugendliche ohne Berufsausbildung und sind damit zukünftig von großer sozialer Unsicherheit und beruflicher Perspektivlosigkeit betroffen. Die Berufsausbildung droht angesichts der geringen gesellschaftlichen Wertschätzung "zunehmend zu einer Auffangstation für Schüler zu werden, die an den intellektuell-abstrakten Anforderungen der allgemeinbildenden Schule und dabei vor allem an den Anforderungen des Faches Mathematik gescheitert sind,"<sup>1)</sup>

#### 2,3.5« Zur beruflichen Erwachsenenbildung

Die berufliche Erwachsenenbildung ist in Frankreich in höherem Maße als in vergleichbaren Ländern eine Angelegenheit, die staatlich organisiert beziehungsweise kontrolliert wird. Neben den Weiterbildungsmaßnahmen in den Unternehmen, die oftmals lediglich dazu dienen, die Arbeitskräfte an die betrieblichen Erfordernisse anzupassen, besteht in Frankreich eine umfangreiche staatliche Verpflichtung zur Weiterbildung von Arbeitskräften. Im sogenannten überberuflichen Nationalvertrag von 1970 und in den Gesetzen vom 16. Juli 1971 ist die berufliche Weiterbildung umfassend behandelt und geregelt worden. In diesen Gesetzen wird eine Verpflichtung des Staates für die permanente Berufsausbildung formuliert. Das betrifft u. a. eine berufliche Grundausbildung sowie weitere Ausbildungsformen für Erwachsene und Jugendliche, die schon im Berufsleben stehen oder in dasselbe eintreten. Die berufliche Weiterbildung, die zur sogenannten "éducation permanente" gehört, soll die Anpassung der Arbeitenden an den Wandel der Techniken und der Arbeitsbedingungen gestatten und

<sup>1)</sup> Koch, R.: Berufsausbildung in Frankreich..., a.a.O., S. 22

ihre Integration in die kapitalistische Gesellschaft erleichtern« Durchgeführt wird sie vom Staat, von kommunalen Körperschaften, in öffentlichen und privaten Unterrichtsanstalten, von Vereinigungen, Berufs- und Gewerkschaftsorganisationen sowie in Betrieben»

Im Rahmen der Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung hat nach dem Gesetz vom 16. Juli 1971 jeder Werktätige das Recht auf Bildungsurlaub, den das Unternehmen zu gewähren hat. Um den Produktionsablauf nicht zu gefährden, müssen allerdings eine Reihe von Bedingungen erfüllt sein. Grundsätzlich trägt der Staat die Kosten für die beschriebenen Fortbildungsmaßnahmen mit, sofern sie der vom interministeriellen Ausschuss für berufliche Bildung und berufliche Förderung im Einvernehmen mit den Berufs- und Gewerkschaftsorganisationen innerhalb der von den dafür vorgesehenen Instanzen festgelegten Ausrichtung und den Beteiligungsrichtlinien entsprechen.

Im Zusammenhang mit der auch in anderen westlichen Ländern geführten Diskussion um eine Finanzierungsreform beruflicher Bildung ist die finanzielle Beteiligung der französischen Unternehmer in der Erwachsenenbildung von großem Interesse. Das Gesetz vom 16. Juli 1971 sieht vor, daß sich jeder Unternehmer, der mindestens zehn Personen beschäftigt, jährlich finanziell an der Entwicklung der beruflichen Fortbildung beteiligen muß. Die Unternehmer müssen für die Finanzierung von Berufsbildungsmaßnahmen gegenwärtig durchschnittlich 1,2 Prozent der Lohn- und Gehaltssumme aufbringen. 1990 gaben die französischen Betriebe angesichts der objektiv gestiegenen Anforderungen durchschnittlich sogar rund drei Prozent der Bruttolohn- und Gehaltssumme für die Weiterbildung ihrer Beschäftigten aus. An den Weiterbildungsmaßnahmen beteiligten sich Mitte der 80er Jahre rund 3,5 Millionen Arbeiter und Angestellte, davon 33 Prozent Frauen, was erheblich unter ihrer Beschäftigungsrate

1)

von 41,8 Prozent liegt.

Ziel dieser Weiterbildungsmaßnahmen ist zu einem großen Teil die Vermittlung von C.A.P.- und B.E.P»-Abschlüssen an Jugendliche und Erwachsene, die diese Qualifikation nicht im Rahmen des Schulwesens beziehungsweise der Lehrlingsausbildung erworben haben, also ein Nachholen der beruflichen Erstausbildung.

11

Vgl. Repères et Références Statistique, ..., a.a.O., S» 21k

Ein weiterer Schwerpunkt besteht in der Vermittlung von Technikerabschlüssen (BT, BTS), Ein dritter Schwerpunkt umfaßt Umschulungsmaßnahmen, unter anderem bei Strukturveränderungen in der Industrie, wobei auch entsprechende EG-Mittel eingesetzt werden können»

Abgesehen von bestimmten Lehrgängen (zum Beispiel zur Informatik) finden die Anpassungsweiterbildungsmaßnahmen an wissenschaftlich-technische Neuerungen vorwiegend in betrieblichen Weiterbildungseinrichtungen statt.

Die wichtigsten Einrichtungen des Staates zur Vermittlung der beruflichen Weiterbildung sind die sogenannten GRETA-Zentren, 1986 bestanden 369 GRETA-Zentren (Groupement des Etablissements pour la Formation Continue). Grundlage für die Entsendung von Jugendlichen oder Erwachsenen zu den GRETA-Weiterbildungsmaßnahmen ist zumeist eine Vereinbarung zwischen dem entsendenden Betrieb und dem Zentrum, Im Jahr 1986 beteiligten sich 399 000 Teilnehmer an den GRETA-Maßnahmen,<sup>1)</sup>

Die vielfältigen betrieblichen Einrichtungen zur beruflichen Weiterbildung werden regelmäßig von staatlichen Stellen kontrolliert, jedoch ist diese Aktivität vorrangig an die Finanzierung und weniger an inhaltliche Fragen gebunden. Darüber hinaus bestehen noch eine Reihe überbetrieblicher Einrichtungen, zum Beispiel im Bereich der Industrie- und Handelskammern, Große Bedeutung kommt auch den Weiterbildungseinrichtungen der Vereinigung für die Berufsbildung Erwachsener (Association pour la Formation Professionnelle des Adultes - A,F,P,A,) zu. Es handelt sich bei der A,F,P,A, um eine Institution, in der der Staat, die Unternehmer und die Arbeitnehmerorganisationen zusammenarbeiten. Die A.F.P.A. untersteht dem Ministerium für Arbeit, Beschäftigung und Bevölkerung. Von dort wird sie auch subventioniert.

Der Anteil des Staates bei der Finanzierung stieg von 32,3 Prozent im Jahr 1976 auf 41 Prozent 1984 an, während der Anteil aus der Besteuerung der Unternehmen ("ein-Prozent-Aktivitäten") von 67,7 Prozent auf 59,0 Prozent sank.<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Rapport de la France 1989..., a.a.O., S, 48

<sup>2)</sup> Vgl. Repères et Références Statistique..., a.a.O., S. 215

Das Hauptproblem bei der beruflichen Erwachsenenbildung in Frankreich besteht vor allem darin, daß die Unternehmer bestrebt sind, die von den Werkträgern errungenen Rechte zum eigenen Vorteil zu nutzen. So sind nur ein geringer Teil der von der beruflichen Weiterbildung Erfaßten Hilfsarbeiter, Facharbeiter oder Angestellte mit geringer Qualifikation, denn die Bemühungen der Unternehmer richten sich hauptsächlich darauf, mit Hilfe ihres gut ausgebauten Netzes betrieblicher Ausbildungszentren einen Stamm hochqualifizierter Fachkräfte heranzubilden, die dem Unternehmen verbunden sind und hohen Profit schaffen. Die Frauen sowie ausländische Arbeitskräfte sind sowohl hinsichtlich des Lohnes, der Qualifizierung und des Aufstiegs als auch hinsichtlich der Arbeitsaufnahme vielen Diskriminierungen ausgesetzt. Aus diesen Gründen sind vor allem die gewerkschaftlichen Kräfte bemüht, alle Möglichkeiten zu nutzen, um eine Demokratisierung der beruflichen Weiterbildung - unter anderem über die Ausdehnung des tarifvertraglich vereinbarten Bildungsurlaubs - zu erreichen»

## 2.4. Großbritannien

9k

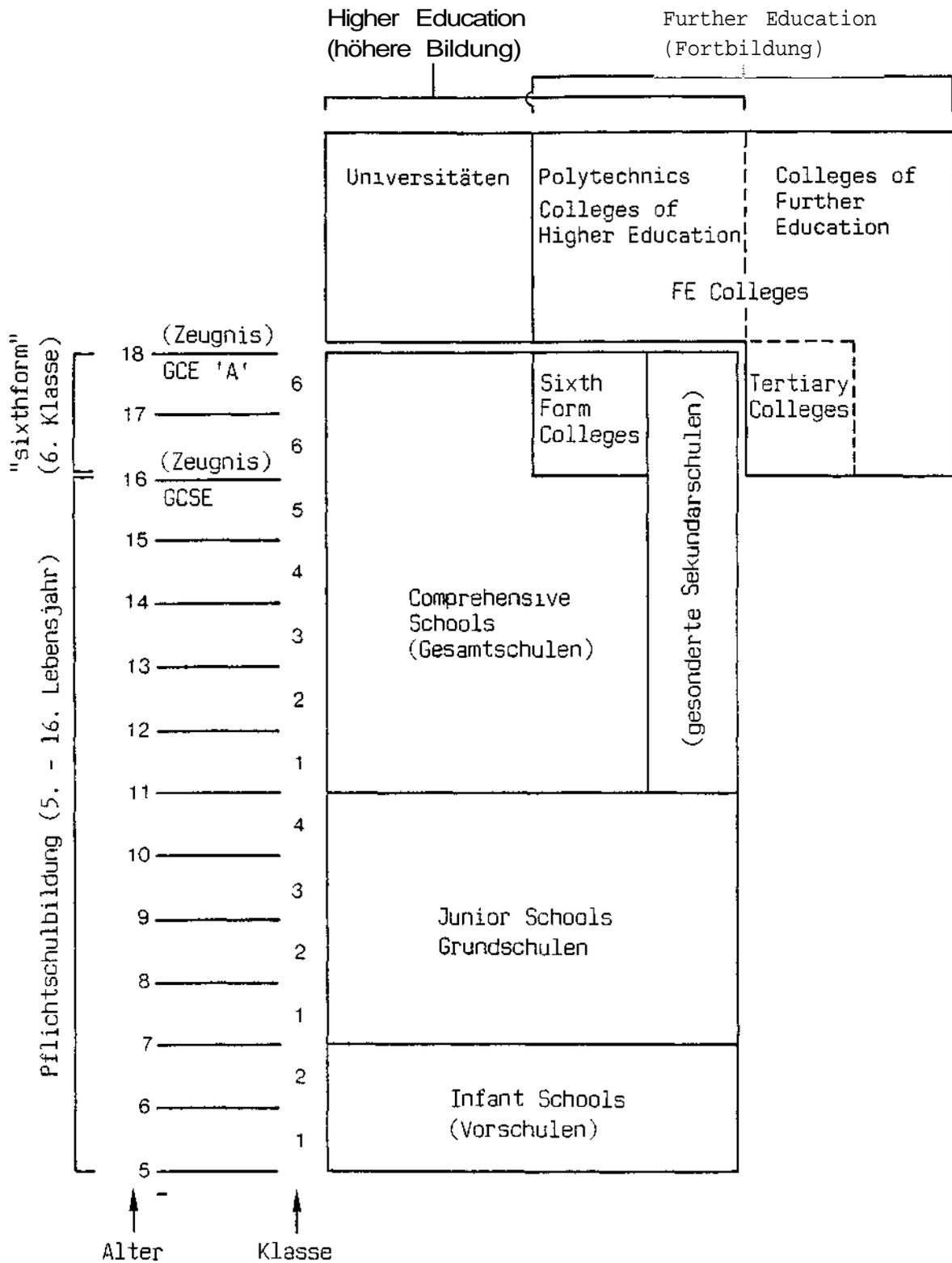
### Z„k» Großbritannien

In Großbritannien gibt es eine Vielfalt von beruflichen Kursen zwischen Pflichtschulabschluß und Hochschulstufe, die zumeist in Einrichtungen des staatlichen Bildungswesens - im Bereich, der Fortbildung (further education) - angesiedelt sind. Der Anteil von Jugendlichen in der Ausbildung ist allerdings auffallend gering, Ihre Gesamtbeteiligung an allgemeiner oder beruflicher Ausbildung liegt bei 65 Prozent - verglichen mit rund 90 Prozent in den USA, Japan und der BRD. Die Erklärung dafür ist in der britischen Geschichte zu suchen. In Großbritannien herrschen starke Traditionen der Elitusbildung, und zugleich ist die Bereitschaft der Industrie zur Qualifizierung ihrer Beschäftigten gering. Diese Haltung geht auf die erste industrielle Revolution zurück, die mit Unternehmerinitiative und einer Masse gering gebildeter Arbeitskräfte einen frühen Aufstieg brachte. Mit der späteren Konzentration auf Kapitalexport und auf das internationale Finanzgeschäft setzte sich die Vernachlässigung der beruflichen Bildung fort.

Als Ergebnis hat sich ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften eingestellt, der die erforderliche Produktivitätserhöhung nachweislich hemmt. Nur 25 Prozent der Arbeitskräfte haben eine berufliche oder höhere Bildung, 35 Prozent ein Sekundarschulzeugnis und die übrigen 40 Prozent lediglich eine Pflichtschulbildung, wiederum bietet nur die Hälfte der Firmen irgendeine berufliche Bildung und diese zumeist als Fortbildung für bereits Qualifizierte an.

Auch in offiziellen Voraussagen über die Qualifikationsentwicklung der Beschäftigten in den 90er Jahren zeichnet sich keine Trendwende ab. Indem die gegenwärtige Regierung die Verantwortung für berufliche Bildung fast völlig den Unternehmen übertragen will, ist sogar mit einer Verschärfung der Ausbildungsprobleme zu rechnen.

Abbildung 6: Aufbau des staatlichen Bildungswesens in Großbritannien\*



\*Quelle: Shartles, S.; Carty, V.: Vocational Training in the United Kingdom/SEDEFOP. - Berlin (W), 1985. - S. 23

## 2,^,1» Bildungszugang und -leistungen der Jugendlichen

Bis Anfang der 70er Jahre verließ traditionell die Hälfte der Jugendlichen mit 15 Jahren die Schule ohne jeglichen Abschluß, denn die erste Stufe des Sekundarschulzeugnisses "General Certificate of Eduoation" (GCE'O<sup>1</sup>) erforderte ein zusätzliches Unterrichtsjahr, Erst mit der Heraufsetzung des Schulpflichtalters ab 1972/73 auf 16 Jahre (von der Einschulung im fünften Lebensjahr an also elf Klassen) erhöhte sich die Teilnahme der Jugendlichen an der ersten Prüfung auf zwei Drittel - allerdings nach Anzahl der gewählten Fächer und erreichter Niveaustufe stark differenziert (nur ein Drittel der abgelegten Prüfungen entsprechen der Ebene des traditionellen Zeugnisses).

Tabelle 15: Aufteilung der Schulabgänger nach (jeweils höchsten) Abschlüssen - Großbritannien - 1971 bis 1986 in Prozent \*

	1971	1976	1981	1986
Zeugnis der oberen				
Sek.-Schulstufe (GCE <sup>I</sup> A <sup>1</sup> )17»9		17» <sup>o</sup>	17»8	18,5
Zeugnis der unteren				
Sek.-Schulstufe	33,6	63,3	68,4	69,9
(davon auf GCE'O <sup>1</sup> »				
Ebene)	(25,4)	(33,7)	(35,7)	(37,4)
<b>kein Abschluß</b>	<b>48,5</b>	<b>19,7</b>	<b>13,8</b>	<b>11,6</b>
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

\* Berechnung nach: Education statistics for the United Kingdom: 1988 edition/Department of Education an Science, - London,1989, - S. 37

(Anmerkung: Veränderungen von 1971 bis 1976 aufgrund der Erhöhung des Schulpflichtalters ab 1972/73 von 15 auf 16 Jahre)

Der Anstieg der Quoten von Schulabschlüssen widerspiegelt das Streben der Jugendlichen, ihre Chancen für einen Arbeitsplatz oder eine fortgesetzte Bildung zu erhöhen beziehungsweise der drohenden Arbeitslosigkeit wenigstens zeitweise zu entgehen» Die Hochschulreife wird jedoch - trotz weitgehender Durchset-

zung der Gesamtschule (comprehensive school) - von einem nach wie vor geringen Anteil der Schüler erlangt beziehungsweise angestrebt. Die traditionelle akademische Bildung ist offensichtlich keine Alternative für die unzureichende berufliche Ausbildung.

Überblickt man die Teilnahme der Jugendlichen an den verschiedenen Bildungsformen und -wegen nach der Schulpflicht, so zeigen sich seit Mitte der 70er Jahre folgende Trends:

- Ein relativ gleichbleibender Anteil von 17 Prozent besucht die obere Sekundärschule (bis zur Hochschulreife),
- In der übrigen Vollzeitbildung (zumeist an Colleges des Fortbildungsbereichs, in denen vorwiegend beruflich-technische Bildung, aber auch Allgemeinbildung für die Hochschulreife vermittelt wird) ist die Teilnahme leicht angestiegen: zur Zeit 15 Prozent.
- In der Teilzeitbildung hingegen (das heißt, Lehrlingsausbildung und Kurse der beruflichen beziehungsweise technischen Bildung neben der Tätigkeit) hat sich die Teilnehmerquote von 15 auf sieben Prozent deutlich verringert. Hinzu kommen lediglich ca. sechs Prozent Jugendliche, die eine berufliche Ausbildung direkt im Unternehmen erhalten.
- In den speziellen Beschäftigungsprogrammen für arbeitslose Jugendliche hat die Teilnehmerquote 15 Prozent erreicht.

Insgesamt ergibt sich, daß im betrachteten Zeitraum, insbesondere seit Antritt der Konservativen, die Angebote für eine anerkannte berufliche Bildung der Jugendlichen (das heißt außer den Beschäftigungsprogrammen) abgenommen haben. Ein wesentlicher Grund hierfür ist offensichtlich der gezielte Abbau der Lehrlingsplätze: Die Anzahl angebotener Lehrstellen ist von 80 000 im Jahre 1979 auf 22 000 im Jahr 1986 gesunken, das heißt etwa von neun Prozent auf knapp drei Prozent des alterstypischen Jahrgangs.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Berechnung nach: Sheerman, B.: Education and training - options for Labour; report of a study group, - London, 1986, - S. 6 und Education Statistics for the United Kingdom..., a.a.O., S. 25

Tabelle 16: Bildungsteilnahme der Jugendlichen im Alter von 16 bis 18 Jahren - Großbritannien - 1975 bis 1987/88 - in Prozent\*

	1975 (En.)	1976 (GB)	1981 (GB)	1986 (GB)	1988 (En.)
Vollzeitbildung					
- Schule	15	16	18	17	17
- College + V Univ.	10	11	14	14	15
Teilzeitbildung (am Tag, außer Abend)	15	14	10	8	7
Beschäftigungsprogramm (YOP/YTS)	-	-	7	10	15
Gesamt	40	41	49	49	54

\* Berechnung nach: Education statistics for the United Kingdom, . . . , 1987» S. 24 f. und Educational an economic activity of young people aged 16 to 18 years in England.- Department of Education and Science. - London, 1988. - (Statistical Bulletin 14/1988), - Tab. 1, 6.

Anmerkungen:

- 1) Kurse sowohl für Sekundarschulabschlüsse als auch für berufliche Qualifikationen
- ' Zusätzlich nahmen sechs Prozent (1983/84) an beruflicher Ausbildung in privaten Unternehmen und acht Prozent (1985) an Abendkursen öffentlicher Colleges teil.

Der Vergleich der Struktur der erworbenen Abschlüsse beruflicher und akademischer Bildung über die letzten zwei Jahrzehnte zeigt folgende Trends:

- Die Zahl von Absolventen mit akademischen und höheren technischen Abschlüssen hat sich um das Zwei- bis Dreifache erhöht. Der Erwerb von beruflich-akademischen Qualifikationen auf verschiedenen Fachgebieten (zumeist durch erwachsene Berufstätige, oft mit bereits vorhandenen Bildungsabschlüssen) hat sich sogar etwa verzehnfacht,
- Demgegenüber ist die Zahl von beruflichen Abschlüssen der unteren Ebene (also Qualifikationen der "City and Guilds" und gewöhnliche technische Diplome/Zeugnisse, die das grundlegende Hüftzeug für eine berufliche Tätigkeit bieten) geringer gewachsen: auf weniger als das Doppelte.
- Aus dem Querschnitt aller Absolventen des Bildungssystems geht hervor, daß nur etwa 53 Prozent von ihnen über beruf-

liehe oder akademische Abschlüsse verfügen (ca. 14 Prozent über akademische oder höhere technische und ca. 39 Prozent über berufliche oder niedere technische).<sup>1)</sup>

Die staatlichen Maßnahmen seit Anfang der 60er Jahre haben zwar zu einer tendentiellen Erhöhung des Qualifikationsniveaus (gemessen am Anteil von Absolventen mit beruflicher oder höherer Bildung) beigetragen. Die Möglichkeit für Schulabgänger, über fortgesetzte allgemeine oder berufliche Bildung zu anerkannten Abschlüssen zu gelangen, ist jedoch im Laufe der 80er Jahre eher zurückgegangen. Folglich deutet sich gegenwärtig eine Stagnation in der Qualifikationsentwicklung an, die unter Wirkung des sinkenden demographischen Trends das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften verringern wird»

#### 2.4.2. Inhaltliche Gestaltung der beruflichen Bildung

Die berufliche Bildung in Großbritannien ist in den vergangenen Jahren auf allen Wegen und Ebenen mit dem Anspruch konzipiert beziehungsweise reformiert worden, daß sie den dynamischen Veränderungen in Wissenschaft, Technik und Wirtschaft gerecht wird und zugleich die Beschäftigungschancen ihrer Teilnehmer erhöht.

Bei der inhaltlichen Gestaltung sind drei Hauptwege beruflicher Vorbereitung beziehungsweise Ausbildung zu unterscheiden:

- vorberufliche Ausbildung für Sekundarschüler und arbeitslose Schulabgänger
- Berufsausbildung (vornehmlich von Lehrlingen) für Facharbeiterqualifikationen
- Fachausbildung für technische und wirtschaftliche Qualifikationen,

#### Vorberufliche Ausbildung für Sekundarschüler und arbeitslose Schulabgänger

Die Einbeziehung einer berufsvorbereitenden Ausbildung in die Sekundarschulstufe seit Mitte der 80er Jahre bricht ansatzweise mit der traditionell akademischen Ausrichtung des Lehrpro-

<sup>1)</sup> Berechnung nach: Education statistics..., 1987, S. 43; 1967, S. 24, 25, 39, 40; Statistics of education: 1972. - London: HMSO. - Vol. 3. - S. 93 f.

gramms, Es gibt allerdings schon länger auch einige praktisch angelegte Fächer, die auch in dem neuen allgemeinen Sekundarschulzeugnis am Ende der elften Klasse (General Certificate of Secondary Education) enthalten sind: Handwerk/Technik, Geschäftswesen, Kunst und Gestaltung, Informatik, Ökonomie und Hauswirtschaft. In diesen Fächern legten im Sommer 1988 15 Prozent der Absolventen dieser Stufe ihre Prüfungen ab.

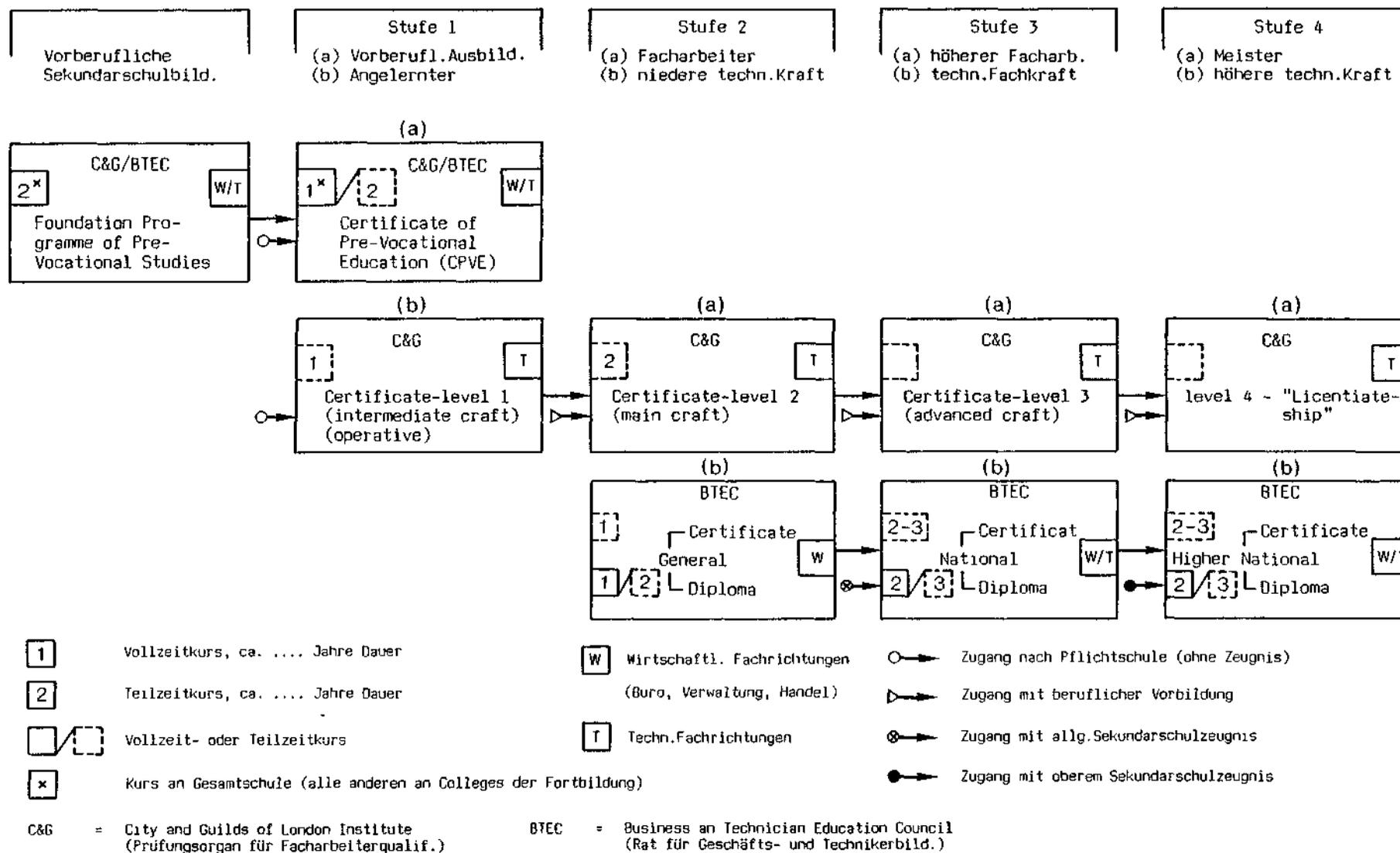
Die neuen berufsvorbereitenden Grundlagenkurse (Foundation Programme), die seit September 1987 für 14- bis 16jährige Schüler angeboten werden, sollen allgemeines Wissen und Fähigkeiten auf vier Gebieten - Menschen, Technik, Kunst und Gestaltung, Geld - vermitteln. Teilweise sind sie mit praktischer Tätigkeit außerhalb der Schule verbunden. Sie können eigenständig oder kombiniert mit Fächern für das allgemeine Sekundarschulzeugnis gewählt werden. Die Kurse sind gemeinsam von den beiden führenden Berufskörperschaften City and Guilds (C&G) und Business Technician Education Council (BTEC) konzipiert worden und führen zu einem nationalen Abschlußzeugnis (Foundation Programme of Pre-Vocational Studies), das aber noch nicht als eigenständige berufliche Qualifikation gilt.<sup>1)</sup>

Hingegen ist das neue Zeugnis für berufliche Ausbildung (Certificate of Pre-Vocational Education), das im Anschluß an die Pflichtschulzeit in einjährigen Vollzeitkursen an Schulen oder Colleges erworben werden kann, der untersten beruflichen Qualifikationsstufe zugeordnet. Ebenfalls von den genannten Berufskörperschaften konzipiert, erstreckt es sich auf die großen Fachgebiete Büro und Verwaltung, Produktion, Handel und Dienstleistungen. Jeder Kurs besteht aus einem Kern von Pflichtfächern und einer Reihe von fakultativen, arbeitsbezogenen Gebieten. Die Kernfächer, die in allen Kursen enthalten sind, umfassen:

- persönliche und berufliche Entwicklung
- Industrie, Sozial- und Umweltstudien
- Kommunikation
- Soziale Fähigkeiten
- Umgang mit Zahlen

<sup>1)</sup> Vgl. Foundation programme of pre-vocational studies/BTEC, City and Guilds. - London o.J. (1987). -

Abbildung 7: Struktur beruflicher Bildungsabschlüsse in Großbritannien



- Wissenschaft, Technik, Informationstechnologie
- Schöpferische Entwicklung
- Praktische Fähigkeiten
- Problemlösung.

Ein besonderes Anliegen dieses Kurses ist die Integration von informationstechnischer Ausbildung in die Kern- und Wahlfächer. Dabei geht es sowohl um eine praktische Einführung in die Nutzung und Hauptanwendungsbereiche der Informationstechnologie als auch um ein Verständnis von deren Wirkungen und Folgen für die Gesellschaft und den einzelnen Menschen. Das Zentrum für Fortbildung an den Colleges (Further Education Unit) hält es für erforderlich, daß Computerspezialisten und Nichtspezialisten unter den Lehrkräften zusammenwirken und einen engen Bezug zwischen Fragen der Informationstechnik und dem gesamten Lehrprogramm herstellen.

Das zweijährige Programm für arbeitslose Schulabgänger (Youth Training Scheme - YTS) ist von der Regierung als Möglichkeit einer systematischen beruflichen Ausbildung und Alternative zur traditionellen Lehrlingsausbildung deklariert worden: Anstelle der Vorbereitung auf einen unmittelbaren und begrenzten Arbeitsplatz werde eine Kompetenz für vielfältige berufliche Tätigkeiten angestrebt.

Bei allen Mängeln liegt gegenüber den früheren Beschäftigungsprogrammen ein Fortschritt zweifellos darin, daß die Teilnehmer einen beruflichen Teilabschluß (Variante des Zeugnisses für vorberufliche Ausbildung - CPVE) erreichen können, der in das Gesamtsystem von nationalen beruflichen Qualifikationen einbezogen ist.

Doch welchen tatsächlichen Charakter und welche Qualität hat die propagierte berufliche Kompetenz? Analysen aus der Sicht der Bildungsforscher haben tiefgreifende Probleme aufgedeckt.<sup>1)</sup> Der Widerspruch im Programm zwischen den zwei grundlegenden Zielen - Eindämmung der Arbeitslosigkeit und Förderung der wirtschaftlichen Leistungskraft - widerspiegelt sich auch in dem inhaltlichen Konzept: Die Jugendlichen sollen Fähigkeiten

<sup>1)</sup> Vgl. Fay, P.: Stalling between fools - contradictions in the Y.T.S. - In: Journal of Further and Higher Education. - London 12(1988)2. - S. 2k - 37

erwerben, mit denen sie sich, auf unterschiedliche Situationen in einem extrem unsicheren Arbeitsmarkt einstellen können.

Dieser Anpassungsfähigkeit soll eine spezifische Gruppierung von beruflichen Ausbildungsbereichen dienen. Sie geht von sogenannten Schlüsselfunktionen, die die betreffenden Berufe gemeinsam haben, aus. Wie jedoch von Bildungsforschern kritisch vermerkt wird, hat diese Abstraktion gemeinsamer Tätigkeitsmerkmale wenig oder nichts mit gemeinsamen Fähigkeiten und entsprechenden Ausbildungslinien zu tun. Zum Beispiel sind in der Gruppe "Transport und Verkehr"<sup>M</sup> Milchmann, Dumperfahrer und Hilfskräfte bei Lenkung des Flugverkehrs unter der Schlüsselfunktion "Fortbewegung von Gütern und Menschen" vereint!<sup>1</sup> Betont werden zwar allgemeine Fähigkeiten wie Arbeit im Team, Problemlösung, selbständiges Lernen. Damit rückt das Konzept in die Nähe von Forderungen der lebenslangen Bildung. Schwach ausgeprägt bleibt aber das solide Fundament einer beruflichen Ausbildung: Nur 20 Wochen innerhalb des zweijährigen Programms sind dafür vorgesehen.

Auf folgende ideologische Aspekte sei noch verwiesen:

- Hervorgehoben wird der "Besitz" von Fähigkeiten (ownership of skills) ~ als illusionäres Pendant zum privaten Eigentum und als scheinbares Rüstzeug für den Arbeitskräfte-markt anstelle einer anerkannten Qualifikation.
- Auch die "Übertragbarkeit" von Fähigkeiten (transferable skills) von bekannten Arbeitssituationen auf unbekanntes spielt eine große Rolle, doch die Bildungsgrundlage hierfür und der praktische Weg bleiben im Dunkeln.

Insgesamt zielt das Konzept der Kompetenz auf die individuelle Verantwortung der Jugendlichen für ihr eigenes Schicksal in einem marktwirtschaftlichen Umfeld der sozialen Unsicherheit und des schonungslosen Konkurrenzgeistes.

Die grundsätzlichen Mängel dieses Programms werden von verschiedenen Bildungsexperten und Gewerkschaftsvertretern unterschieden kritisiert. Es wird u. a. gefordert, daß die Qualität und der Status eines wahren Ausbildungsprogramms nach dem BRD-Modell erlangt werden müßten.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup>

Vgl. Febb, S.: Youth is for investment. - In: Education and Training. - London 30(1988)5. - S. 18

## Berufsausbildung für Facharbeiterqualifikationen

Die traditionelle Ausbildung für Facharbeiterqualifikationen, die von dem City and Guilds of London Institute (C&G) zuerkannt werden, erstreckt sich über eine Vielfalt von Tätigkeitsbereichen in Industrie, Bauwesen, Druckereigewerbe, Gaststättenwesen und Landwirtschaft und bietet Abschlüsse in etwa 300 Fächern. Daneben gibt es Qualifikationen für Büro- und kaufmännische Berufe, für die vor allem die Prüfungsausschüsse der Royal Society of Arts und des London Chamber of Commerce and Industry zuständig sind.<sup>1)</sup>

Sämtliche dazugehörigen Kurse laufen an den öffentlichen Colleges im Bereich der Fortbildung (further education). Typisch sind Teilzeitkurse für Beschäftigte mit Freistellung, speziell für Lehrlinge. Die Mehrheit der Kurse verlangt keine Zulassungsqualifikation - sie ist für den traditionellen Schulabgänger ohne Abschlußzeugnis angelegt. In bestimmten Ausbildungsrichtungen sind allerdings Sekundarschulabschlüsse (GCSF) in geeigneten Fächern gefordert. Als günstigste Form wird eine zusammenhängende Ausbildungszeit (block release) - das sind maximal zwölf Wochen oder drei mal vier Wochen pro Jahr - mit anschließender Prüfung erachtet. Vollzeitkurse vermitteln eine gründlichere theoretische Ausbildung, aber weniger praktische Erfahrungen und bieten geringere Beschäftigungschancen. Als typisches Beispiel sei die Lehrlingsausbildung in Maschinenbau angeführt. Sie sieht drei bis vier Jahre praktische Ausbildung in einem Betrieb oder staatlichen Trainingszentrum vor und ist mit theoretischem Unterricht entweder an einem Tag in der Woche oder für eine zusammenhängende Zeit des Jahres an einem College des Fortbildungsbereichs verbunden. Die Ausbildung gliedert sich in drei aufeinanderfolgende Stufen jeweils mit einem Abschlußzeugnis:

- ein Jahr Grundausbildung, zusammengesetzt aus allgemeiner ingenieurtechnischer Bildung und ausgewählten Spezialbereichen der Maschinenbaukunde;
- zwei Jahre fortgesetzte Ausbildung, die minimale Kenntnisse und Fähigkeiten für den Abschluß als Facharbeiter vermittelt;

<sup>1)</sup> Vgl. u. a. A TUC guide to national vocational qualifications/TUC. - London o.J. (1987). -

- weitere Ausbildung auf ausgewählten Gebieten mit dem Abschluß als höherer Facharbeiter«

Die verschiedenen Abschlüsse, die in den Prüfungen von C&G erlangt werden können, sind in die neue nationale Struktur beruflicher Qualifikationen eingeordnet worden. Sie reichen von Anlern- und Teilqualifikationen bis zu Meister- und höheren Leitungsqualifikationen.

Der Trend zu flexiblen Strukturen von Kursen und Teilabschlüssen wird besonders auf dem Gebiet der Informationstechnik sichtbar. Das 1986 geschaffene Programm C&G setzt sich aus Modulen (Kurseinheiten) auf vier Stufen zusammen und umfaßt folgende Sachgebiete: Computerprogrammierung und Software, Elektronik und Hardware, Computeranwendung. Diese können nach individuellem Tempo und Zeitplan in verschiedenen Kombinationen verfolgt werden. Darüber hinaus gibt es eine Palette von Kursen und Abschlüssen für spezielle Bereiche der Informationstechnik auf allen Niveaustufen. Zur informationstechnischen Ausbildung für Qualifikationen von C&G sowie anderen Berufskörperschaften werden außer den Colleges im Fortbildungsbereich auch die über 160 Zentren der Informationstechnik mit ca. 6000 Ausbildungsplätzen, die Anfang der 80er Jahre mit finanzieller Unterstützung der Arbeitskräftekommission (MSC) eingerichtet wurden, genutzt.

#### Fachausbildung für technische und wirtschaftliche Qualifikationen

Für die Fachausbildung (ebenfalls an Colleges sowie an Polytechnics im Fortbildungsbereich) sind seit Ende der 70er Jahre national einheitliche Strukturen und Standards (unter Verantwortung des Business Technician Education Council - BTEC) durchgesetzt worden. Bestimmend ist ein Modularsystem, das auf der Kombination von Teilabschlüssen (credits) beruht und unterschiedliche Studienformen (Teilzeit- oder Vollzeitkurse) zuläßt.

Allgemein sind drei Ebenen von Abschlüssen konzipiert. Allerdings ist die unterste, die keinerlei formale Zugangsbedingungen (Schulzeugnisse oder ähnliches) stellt, nur in der geschäftlichen Ausbildung enthalten, während sie in technischen Fachrichtungen den Angeboten von C&G überlassen bleibt. Die

Kurse für Abschlüsse der mittleren und höheren Ebene, die Sekundarschulabschlüsse in geeigneten Fächern voraussetzen, sind wie folgt charakterisiert:

- Das Zertifikat wird vorwiegend in Verbindung mit einer beruflichen Tätigkeit, über Teilzeitkurse von jeweils zwei bis drei Jahren, erworben. Für die Normalstufe (National Certificate) sind 900 Ausbildungsstunden (15 Einheiten zu 60 Stunden), für die höhere Stufe (Higher National Certificate) 600 Stunden angesetzt.
- Das Diplom erfordert eine umfangreichere theoretische Ausbildung. Sie wird in jeweils zwei Jahren Vollzeitstudium oder drei Jahren Teilzeit- beziehungsweise "Sandwich" Studium (Kombination von theoretischen und praktischen Ausbildungsphasen) vermittelt. Der Stundenumfang beträgt 1800 - 2200 (25 Einheiten zu 60 Stunden) für die Normalstufe (National Diploma) und 1200 - 1500 für die höhere Stufe (Higher National Diploma),

Die hauptsächlichen Disziplinen im technischen Ausbildungsbereich sind Maschinenbau, Bauwesen und Naturwissenschaften. Die geschäftliche Fachausbildung gliedert sich in vier Disziplinen: Geschäftswesen (Handel, verarbeitende Industrie, Dienstleistungen), Finanzwesen (Buchhaltung, Banken und Versicherung), Verteilung (Groß- und Einzelhandel, Kundendienst der Industrie) und Verwaltung (nichtindustrieller öffentlicher Sektor),

Die Kurse auf allen Ebenen knüpfen an Traditionen praxisverbundener Fachausbildung an. In Vollzeitprogrammen sind Praktika beziehungsweise auf höherer Stufe Projekte enthalten. Nach den neuesten Richtlinien sollen durch integrierte praktische Ausbildungsabschnitte noch stärker übergreifende beziehungsweise Kernfähigkeiten ausgeprägt werden:

Selbstentwicklung, Lernen und Studieren, selbständige Leitung und Organisation, Arbeiten mit anderen, Kommunikation, Informationssuche und -analyse, Umgang mit Zahlen, praktische Fähigkeiten, Fähigkeiten in Gestaltung und Technologie. <sup>1)</sup>

Die Ausarbeitung entsprechender Programme steht noch bevor.

<sup>1)</sup> Vgl. Warren, P.: Profiling common skills for BTEC National. - In: Journal of Further and Higher Education. - London 13(1989)1. - s. 71 - 75

Es ist aber anzunehmen, daß sich die Entwicklung dieser allgemeinen Fähigkeiten in der Fachausbildung qualitativ von dem ähnlich lautenden Konzept der Zweijahreskurse arbeitsloser Jugendlicher darin unterscheidet, daß sie in eine solide berufliche Ausbildung eingebettet ist.

Das eigentliche Problem der Neugestaltung der Fachkurse liegt im Verhältnis zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung und damit in der Interessenaueinandersetzung zwischen den Bildungsstätten und der Industrie.

Während der Tory-Regierung mehr auf arbeitsbezogene Fähigkeiten (work-based skills testing) Wert legt, setzt z. B. das Zentrum für Fortbildung an den Colleges ein breiteres Konzept dagegen;

Kompetenz sollte sich auf die Aneignung und Entwicklung von Fähigkeiten, Wissen, Haltungen und praktischen Erfahrungen beziehen, die für erfolgreiche Leistungen im Leben - nicht nur in einer beruflichen Tätigkeit - geeignet sind. Jegliche rein fertigungsbezogene Definition von Kompetenz versage auf genau jenen Gebieten wie Anpassungsfähigkeit, Disponibilität und kritisches Denken, die bekanntlich für die Arbeit von morgen und auch für den gesellschaftlich aktiven Bürger verlangt werden. Besonders für den Bereich der Informationstechnik müsse ein Verständnis des gesamten Systems und nicht nur seiner Komponenten gefördert werden.<sup>1)</sup>

### 2.^3. Etappen der Berufsbildungspolitik

Die Berufsbildungspolitik Großbritanniens durchlief - wie die anderer vergleichbarer Staaten - verschiedene Etappen, deren Zäsuren weniger von Regierungswechseln als vielmehr durch wissenschaftlich-technische und soziale Erfordernisse bedingt waren.

#### 1. Etappe: Anfang der 60er bis Mitte der 70er Jahre

Mit Einsetzen der wissenschaftlich-technischen Revolution - signalisiert durch den sogenannten "Sputnikschock" - wurde die

<sup>1)</sup> Vgl. General education content of vocational courses. - In: NATFELE Journal. - London 13(1988)4. - S. 31

Bildung in allen Industrieländern als wichtiger Wachstumsfaktor der Wirtschaft erkannt» Die programmatische Vorbereitung und die einleitenden Schritte der konservativen Regierung für eine Bildungsförderung fanden ihre unmittelbare Fortsetzung mit der Amtsübernahme der Labourpartei 1964.

Die konservative Regierung gab 1962 ein Weißbuch über berufliche Ausbildung für die Industrie heraus, und 1964 wurde ein entsprechendes Gesetz (Industrial Training Act) verabschiedet. Die Ausbildung war damit nicht mehr nur den freiwilligen Regelungen, der Unternehmer überlassen, sondern der Staat übernahm eine größere Verantwortung. Zwei Maßnahmen standen im Vordergrund:

- Die bereits seit Ende des 2. Weltkrieges bestehenden staatlichen Ausbildungszentren (Governmental Training Centres), die nur noch eine schwache, vornehmlich soziale Rolle ausübten, wurden aufgewertet. Sie erhielten die Möglichkeit, wieder eine größere Zahl von Lehrlingen aufzunehmen (13 000 für 1968 gegenüber 3000 im Jahre 1960) und vor allem für anerkannte berufliche Qualifikationen auszubilden.
- Neu geschaffen wurden 2k Ausschüsse für Berufsausbildung in der Industrie (Industrial Training Boards), die die Verantwortung für die Ausbildung von Beschäftigten in allen Industriezweigen übernahmen. Sie wurden durch eine gesetzliche Abgabe der Unternehmer finanziert, welche Verwirklichungskosten sowie Beihilfen für diejenigen Unternehmen deckte, die überwachte Ausbildungsmaßnahmen durchführten. Dieses Fondssystem (levy-grant-system) wurde zum Vorbild für entsprechende Überlegungen in anderen westeuropäischen Ländern mit betrieblich organisierter Berufsausbildung (BRD, Österreich).

Die Ausschüsse konzentrierten sich allerdings darauf, das Niveau in traditionellen Ausbildungsrichtungen zu erhöhen, und trugen wenig zum Hauptziel des Gesetzes bei, den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften zu beheben. Es gab nur wenig Zuwachs in der Anzahl von Lehrlingen, und für junge Arbeitskräfte in an- und ungelernten Tätigkeiten wurde besonders wenig getan.

Insgesamt blieb eine tiefgreifende Förderung der Berufsbildung aus. Die Belange der Berufsbildung mußten in jener Aufschwungphase vor dem zentralen Vorhaben - der Expansion des

Hochschulwesens - zurückstehen. <sup>1)</sup>

Anfang der 70er Jahre leitete die konservative Regierung unter maßgeblichem Druck von Klein- und Mittelbetrieben eine weitere Reform der Berufsbildung ein. Von Industrievertretern gab es zunehmende Kritik an dem Fondssystem und an der angeblich kostspieligen Bürokratie der Ausbildungsausschüsse. Die Unternehmer forderten mehr Freiheit in der Gestaltung der Berufsbildung nach ihren Bedürfnissen.

Unter dem 1973 verabschiedeten Gesetz über Beschäftigung und Ausbildung (Employment and Training Act) wurde das Abgabensystem für die Betriebe vereinfacht<sup>^</sup> zugleich wurden Anzahl und Befugnisse der Ausbildungsausschüsse eingeschränkt. Ihnen blieb vorrangig eine beratende Funktion.

Zentrale Bedeutung erhielt eine neue Kommission für Arbeitskräfte, die Manpower Services Commission (MSC), die dem Arbeitsministerium unterstellt wurde. Sie übernahm eine weitreichende Verantwortung für die Planung, Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen zur beruflichen Bildung sowie für die Berufsberatung und die Arbeitsplatzvermittlung. Dazu erhielt sie zwei gesonderte Organe für Beschäftigungs- und Ausbildungsangelegenheiten.

In jener Zeit wurde diese Kommission allgemein, auch von den Gewerkschaften, begrüßt. Sie kam objektiv dringenden Erfordernissen der Förderung und Koordinierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung nach.

Fortschritte gab es auch im Bereich der Fachausbildung für Technik, Geschäft und Verwaltung. Auf Empfehlung des HASLEGRAVE-Berichtes (1979) wurde eine einheitliche Struktur von Kursen für fachliche Qualifikationen unterhalb des akademischen Grades geschaffen, die im wesentlichen noch heute gültig ist. Verantwortung für die Festlegung von Standards, Bestätigung der Kurse und Verleihung der Qualifikationen erhielten ab 1973 beziehungsweise 197<sup>^</sup> zwei neue Räte, die 1983 zu einem Rat für Geschäfts- und Technikerbildung (Business Technician Education Council - BTEC) vereint wurden.

<sup>1)</sup>

Vgl. Farley, M.: Trends and structural changes in English vocational education, - in: Education, training and employment/R. Dale (Hrsg.), The Open University. - Oxford tec.: Pergamon Press, 1985, - S. 73

## 2. Etappe: Mitte der 70er bis Anfang der 80er

Unter dem Eindruck der tiefgreifenden zyklischen Wirtschaftskrise und der hohen Arbeitslosigkeit Mitte der 70er Jahre wurden Ausbildung und Beschäftigung der Jugendlichen in allen kapitalistischen Ländern zu einem zentralen Problemfeld der Bildungspolitik,<sup>1)</sup>

Für die Erschließung neuer Triebkräfte des Wirtschaftswachstums, insbesondere mit der Intensivierung des Arbeitsprozesses, zeichneten sich neue Anforderungen an die Qualifikation großer Teile des Arbeitsvermögens ab. Zugleich verlangte die Freisetzung von Arbeitskräften im radikalen Prozeß kapitalistischer Rationalisierung nach sozialen Lösungen.

In Großbritannien wurde 1976/77 unter der damaligen Labourregierung eine groß angelegte Debatte darüber geführt, wie das Bildungswesen ein besseres Verständnis gegenüber der "Feit der Arbeit" unter der Jugend befördern könnte.<sup>2)</sup> Hier wurden Weichen für eine spätere gezielte Ausrichtung der Bildung vor allem im schulischen Bereich auf die Belange der Industrie gestellt.

Im Mittelpunkt praktischer Regierungspolitik standen jedoch die brennenden Probleme der Jugendarbeitslosigkeit, Die amtierende Labourregierung führte im Herbst 1975 die ersten Arbeitsbeschaffungsprogramme (Job Greation Projects) ein. Sie finanzierte Beihilfen für Unternehmen oder öffentliche Dienstleistungsbetriebe, die arbeitslose Jugendliche einstellten. Diese Projekte erwiesen sich jedoch angesichts der zunehmenden Jugendarbeitslosigkeit als unzureichend,

Es folgte ab 1979 das Programm zur Verbesserung der Chancen Jugendlicher (Youth Opportunities Programme - YOP) unter Ver-

<sup>1)</sup> Vgl. Education and training after basic schooling/OSCD. - Paris, 1985. -

<sup>2)</sup> Vgl. Education and training for the 16 to 19s/NATFHE. - London, 1979. - S. 1

<sup>3)</sup> Vgl. Roberts, K.: School leavers and their prospects - Youth and the labour market in the 1980s. - Milton Keynes: Open University Press, 1984, - S. 80

antwortung der Arbeitskräftekommission (MSC), ES bot in vielfältigen Kursen von durchschnittlich sechs Monaten entweder Arbeitserfahrung im Betrieb, Ausbildung in Lehrwerkstätten oder Aktivitäten im Territorium. Die einzelnen Projekte waren in den Arbeitsstätten angesiedelt, umfaßten aber in vielen Fällen auch den Besuch von Colleges des öffentlichen Bereichs der Fortbildung (further education). Für die Finanzierung, einschließlich Lehrlingsgeldern, kamen staatliche Instanzen, also nicht die Unternehmer, auf.

Das gesamte Programm wurde schnell und effektiv durchgesetzt. Im ersten Jahr schienen Plätze für fast alle arbeitslosen Schulabgänger vorhanden zu sein. Es wurde als allgemeine Vorstufe für einen angestrebten Arbeitsplatz deklariert, die der Überbrückung der gewachsenen Kluft zwischen Bildung und Arbeit dienen könne. Am Anfang erhielten auch über 80 Prozent der teilnehmenden Jugendlichen binnen acht Monaten einen Arbeitsplatz»

Das Programm war allerdings niemals für die Vermittlung einer systematischen beruflichen Ausbildung gedacht. Es wurde im Gegenteil häufig von Unternehmern mißbraucht, indem sie nach- einander jeweils für sechs Monate staatlich finanzierte "Yoppies" statt erwachsener Arbeitskräfte für un- beziehungsweise angelernte Arbeiten einsetzten« Wie sein Vorgänger wurde auch dieses Programm von der unvorhergesehen anwachsenden Arbeitslosigkeit überwältigt. Ursprünglich war es konzipiert für maximal 2<sup>3</sup> 000 Jugendliche pro Jahr, also das "untere" Drittel der Schulabgänger, bis Anfang der 80er Jahre. 1982 umfaßte es bereits 550 000 Teilnehmer (einschließlich der Mehrheit der 16jährigen Schulabgänger), doch am Ende blieben die meisten von ihnen ohne Chance auf einen Arbeitsplatz, <sup>1)</sup>

### 3. Etappe; Anfang der 80er Jahre bis zur Gegenwart

Mit Amtsantritt der Konservativen im Jahre 1979 erstarkte die marktorientierte Wirtschaftspolitik, Die Regierung THATCHER setzte alles daran, "die Last der Finanzierung des öffentlichen Sektors (sprich: Sozialbereich) zu reduzieren, um Spiel-

<sup>1)</sup> Vgl. Roberts, K.: School leavers and their prospects... a.a.0., - S. 82 - 85 und S. 88

räum für die Entfaltung von Industrie und Handel zu schaffen" so formuliert vom Schatzkanzler in seiner ersten Budgetrede»<sup>1)</sup>  
 Der verstärkte Druck auf die Einschränkung der öffentlichen Bildungsausgaben war jedoch keinesfalls so zu deuten, daß die Konservativen die Rolle der Bildung geringschätzten. Im Gegenteil: Angesichts der zunehmenden Härte des Konkurrenzkampfes international und speziell in der EG betonten sie, daß "die Menschen - mit ihren Kenntnissen, Fähigkeiten, ihrem Schöpfertum und ihrer Kompetenz - die wichtigste ... Ressource" sind.<sup>2)</sup> Die Entfaltung der Bildungsangebote strebten sie aber vorrangig über die Mobilisierung der Marktkräfte an, das heißt Finanzierung von mehr Leistungen durch die private Industrie und einzelne Bildungsteilnehmer und verstärkte Konkurrenz zwischen den Bildungseinrichtungen um Ressourcen und "Kunden".

In der inhaltlichen Konzipierung der Bildung knüpften sie zum Teil an die "große Debatte" Mitte der 70er Jahre - Überwindung der Kluft zur Welt der Arbeit - an und verfolgten das Ziel, die Bildung durchgreifend auf die Interessen der Wirtschaft auszurichten. Zur Umgestaltung der beruflichen Bildung erfolgte in den 80er Jahren eine Flut von Konzeptionen, Reformen und Programmen, von denen die wichtigsten hier zusammengestellt sind:

(a)

Die gezielte Ausrichtung der Schulbildung auf das Konzept der "Beruflichkeit" (vocationalism) führte zu folgenden Neuerungen:

- Für die 16jährigen Schulabgänger wurde 1986 ein neues Zeug-

<sup>1)</sup> Zitat nach: Thompson, G.: Rolling back the state? - Economic Intervention 1975 - 82. - In: State and society in modern Britain. - A critical introduction/McLennan, G.; Held, D.; Hall, S. (Hrsg.). - Cambridge: Polity Press, 1984. - S. 275

<sup>2)</sup> Vgl. Working together and training/Secretary of State for Employment, Secretary of State for Education and Science» - London: HMSO, 1986. - S. 1

nis (General Certificate of Secondary Education) eingeführt. Es löste das traditionelle akademisch orientierte Schulzeugnis (General Certificate of Education - GCE 'O'level) und das seit den 60er Jahren existierende alternative, aber weniger angesehene Schulzeugnis (Certificate of Secondary Education) ab. Mit ihm sollte der Nachweis über die praktische Anwendung von Wissen und Fähigkeiten betont werden. Auch das neue Angebot erreichte allerdings nicht jene untere Gruppe der 16jährigen, die die Schule ohne jeglichen Abschluß verlassen.

- Ausgehend von einem Pilotprojekt "Initiative für technische und berufliche Bildung" (Technical and Vocational Education Initiative), das die Arbeitskräftekommission (MSC) 1983 gestartet hatte, wurde 1987 mit der landesweiten Einführung eines erweiterten Lehrprogramms begonnen. Es soll Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren, die in öffentlichen Schulen und Colleges lernen, auf das Arbeitsleben vorbereiten. Dazu ist eine enge Zusammenarbeit mit der Industrie vorgesehen. Kernstück dieser Initiative sind ein vorberuflicher Unterricht für 14- bis 16jährige Schüler (Foundation Programme), der zukünftig die Hälfte dieser Altersgruppe erfassen soll, und ein wahlweiser einjähriger Kurs nach der Pflichtschulzeit, der mit dem neuen Zeugnis für vorberufliche Bildung (Certificate of Pre-Vocational Education - CPVE) abschließt,<sup>1)</sup>
- Als ausgewählte Sekundärschulen mit technischer Ausrichtung sollen in den großen Städten sogenannte City Technology Colleges entstehen. Von Regierung und Industrie finanziert, werden sie zwar nicht auf Schulgeld angewiesen sein, aber sie stehen außerhalb der Kontrolle der öffentlichen Bildungsbehörden. Ihr Auslesecharakter ist dazu angetan, daß sie mit den Gesamtschulen konkurrieren und die Hierarchie auch innerhalb der beruflich-technischen Bildung fördern. Erhebliche Widerstände in Bildungskreisen lassen das Projekt nur sehr langsam vorankommen: die vorgesehene Anzahl von 20 Pilotinitiativen bis Ende der 80er Jahre wird für wenig

<sup>1)</sup> Vgl, Working together - education and training... a.a.O., - S. 2 - 9

wahrscheinlich gehalten, (Das erste College öffnete im September 1988.)<sup>1)</sup>

(b)

Zu den ersten Maßnahmen in der Berufsbildung gehörte die Beseitigung von 16 der 23 Ausbildungsausschüsse (ITB) im Jahre 1981» Damit verringerte sich die staatliche Verantwortung für die ohnehin schwach entwickelte Lehrlingsausbildung» Nach Ansicht der Regierung sollte die berufliche Aus- und Weiterbildung vorrangig Angelegenheit der Unternehmer sein. Die Arbeitskraftkommission (MSC) unterstützte nur noch Ausbildung auf sehr begrenzten Gebieten.<sup>2)</sup>

Jedoch funktionierte dieses Prinzip freiwilliger Unternehmerinitiative schlecht. Bereits im Laufe der 70er Jahre waren die bezahlten Freistellungen für Berufsbildung an den öffentlichen Colleges zurückgegangen. Wie der Vorsitzende der Arbeitskraftkommission Anfang der 80er Jahre selbst bestätigte, seien nur wenige Unternehmer bereit, in die Ausbildung zu investieren. Progressive Kräfte haben diese Maßnahme scharf kritisiert.<sup>3)</sup>

(c)

Im Gefolge der erneuten zyklischen Wirtschaftskrise Anfang der 80er Jahre sah sich die konservative Regierung gezwungen, auch durch Jugendunruhen in den Großstädten veranlaßt, effektivere Lösungen zur Eindämmung der ausufernden Jugendarbeitslosigkeit anzubieten. Sie führte 1983 ein einjähriges Jugendausbildungsprogramm (Youth Training Scheme - YTS) ein.

Im Mittelpunkt stand auch hier die Möglichkeit einer zeitweisen Beschäftigung für arbeitslose Schulabgänger, doch mehr als in den vorangegangenen Programmen sollte zugleich berufliche Ausbildung vermittelt werden. Die gebotene Garantie, daß die

<sup>1)</sup> Vgl, Manning, J.: Education and training in Britain, - In: Britain in focus (Autorenkollektiv) - Lehrmaterial zur Ausbildung von Diplomlehrern Englisch. - Berlin, 1988, - S. 198

2)

A state of collapse - the UK economy under the Tories/Labour

<sup>1)</sup> Research Department. - London, 1987. - S. k3

3> Vgl. ebenda.

16jährigen unter ihnen bis spätestens Weihnachten des betreffenden Jahres einen Platz erhalten sollten, wurde in den ersten drei Jahren - nach regierungsoffizieller Bilanz - im wesentlichen erfüllt.<sup>1)</sup>

Ab 1986 wurde das YTS zu einem zweijährigen Programm ausgebaut - mit entsprechender Weiterführung der Garantie. Erklärtes Ziel war es, eine Grundlage für berufliche Ausbildung sowie Arbeitserfahrung zu bieten, die jedem Teilnehmer die Möglichkeit gibt, einen vorberuflichen Abschluß oder Teilabschluß (credit) für eine Qualifikation zu erlangen» Speziell sollte eine arbeitsbezogene Variante des neuen vorberuflichen Zeugnisses in Sekundärschulen (CPVE) geschaffen werden«

Dieses neue Programm deklarierte die Regierung in propagandistischer Absicht als Äquivalent zur Berufsausbildung in den Konkurrenzländern. Realistische Analysen haben jedoch erbracht, daß die Qualität der vermittelten Ausbildung unzureichend ist und die teilnehmenden Jugendlichen eher als Quelle billiger, oft monotoner Arbeit ausgenutzt werden.<sup>3)</sup> Ein großer Teil der Ausbildung erfolgt auf niedriger Qualifikationsstufe, für die an sich kein Arbeitskräftemangel besteht. Die staatliche Finanzierung ist nicht hoch genug, um Ausbildungsplätze auf anspruchsvolleren Gebieten zu sichern, und meistens können in privaten Unternehmen nur solche Plätze gefunden werden, deren Ausbildungskosten von der Arbeit der Auszubildenden gedeckt werden. Das heißt, das Programm wird von kurzfristigen Beschäftigungsinteressen beschränkt, und der langfristige Effekt sowohl für die Teilnehmer als auch für die Wirtschaft ist zweifelhaft.<sup>k)</sup>

Für einen zunehmenden Teil der Jugendlichen bleibt jedoch keine andere Wahl: Seit September 1988 ist die Sozialhilfe für arbeitslose 16- bis 17jährige gestrichen worden, andererseits

1) Vgl. Working together - education and training... a.a.O., S. 14

2) Vgl. ebenda, S. 13 f.

3) Vgl. A state of collapse...», a.a.O., S. hZ f.; Manning, J.: Education and training in Britain..., a.a.O., S. 199 f\*

4) Vgl. Lee, D.; Marsden, D.; Rickman, P.; Duncombe, D.: Youth Programme fails to bridge skills shortage. - In: The Guardian. - London (1988-12-02), -

bestehen keine Aussichten auf Stipendien für den Besuch von schulischer oder beruflicher Vollzeitbildung. Wer also weder eine Beschäftigung noch eine finanzielle Unterstützung durch die Eltern erhält, muß irgendeinen YTS-Platz annehmen, um zumindest in den ersten zwei Jahren nach der Pflichtschulzeit eine Existenzgrundlage zu haben.<sup>1)</sup> Damit verknüpft sich die sozialpolitische Zielstellung der Konservativen, die jungen Arbeitskräfte auf KTiedriglohnarbeiten mit begrenzten Entfaltungsmöglichkeiten zu orientieren.

(d)

Zur Förderung der Aus- und Weiterbildung Berufstätiger entstand 1982 unter Leitung der Arbeitskräftekommission (MSC) ein "Äuffrischungsprograinm für Berufe, Industrie und Handel" (Professional, Industrial and Commercial Updating - PICKDP). Es stimuliert die Angebote der öffentlichen Bildungseinrichtungen (Universitäten, Polytechnics und Colleges) zur Aktualisierung und Erweiterung von Fähigkeiten und Kenntnissen auf einer Vielzahl von Fachgebieten, auf unterschiedlichen Niveaustufen und für beliebige berufliche Tätigkeiten. Auftraggeber sind zumeist die Unternehmer, auf deren Bedürfnisse die Kurse (durchschnittliche Dauer 25 Stunden) weitgehend zugeschnitten werden. Typisch sind komplexe Vereinbarungen zwischen Bildungseinrichtungen und Firmen in einem Territorium (198^ liefern bereits 500 solcher Programme). Die jährliche Teilnehmerzahl erreichte 1986/87 eine drei Viertel Million (etwa einer von 30 Beschäftigten) und soll weiter gesteigert werden.<sup>2)</sup>

(e)

Ebenfalls zur Erweiterung von Qualifizierungsmöglichkeiten startete die Arbeitskräftekommission (MSC) 1982 eine Fernlehr-einrichtung für berufliche Bildung - das "Open Tech". Im Unterschied zu der bereits existierenden "Open University", die als große Institution für landesweite Hochschulfernstudien

<sup>1)</sup> Vgl. Macdonald, V.: Hoiaeless surge feared. - In: The Guardian. - London (1988-09-88). -

<sup>2)</sup> Vgl. Hooper, Lady: Encouraging educational enterprise. - In: Education and Training. - London 30 (1988)3. - S. 18 - 21

ausgestattet ist, sollte das "Open Tech" die Rolle eines Katalysators wahrnehmen: Es bietet eine gezielte Finanzierung für Organisationen, die Fernlehrmaterial entwickeln, und fördert Fernlehrprojekte in vielfältigen Fächern, Industriezweigen und Ausbildungsstufen. Die Teilnehmerzahl erhöhte sich bis 1987 um 50 000 und bestätigte den großen Bedarf an beruflicher Erwachsenenbildung.

1987 folgte die Einrichtung des "Open College", das beruflich orientierte Bildung über Fernsehen, Rundfunk, Lehrbücher und Kassetten für eine breite Schicht von Interessenten bieten soll. Die Kurse reichen von der Vermittlung grundlegender Fähigkeiten in Muttersprache, Mathematik und Computertechnik sowie in Handwerk, Produktion und Gewerbe bis hin zur Fortbildung für Führungskräfte. Sie sollen nach Möglichkeit über Teilabschlüsse (credits) auf national anerkannte berufliche Qualifikationen ausgerichtet werden\* In die Kursgestaltung einbezogen ist eine Vielzahl von öffentlichen und betrieblichen Bildungszentren - das Schwergewicht liegt jedoch auf Selbststudium. Das "Open College" soll viele Unternehmer beim Angebot von kosteneffektiver Aus- und Weiterbildung für ihre Beschäftigten unterstützen. Mit gemeinsamen Fonds von Regierung und Industrie gestartet, soll es in fünf Jahren selbstfinanzierend sein.<sup>1.)</sup>

Im Urteil von Regierungsvertretern habe Großbritannien in der Ausbildung mittels moderner Medien und Computer eine führende Position in der Welt erlangt.<sup>2)</sup> Gerade aus dem chronischen Mangel an Bildungsmöglichkeiten heraus sind zweifellos Vorstöße gelungen. Die Vorstellung allerdings, daß daraus eine Alternative zu den fest etablierten beruflichen Bildungssystemen der ausländischen Konkurrenz erwachse, erscheint jedoch illusionär.

## CO

Ab Mitte der 80er Jahre traten die Bildungs- und Beschäfti-

<sup>1)</sup> Vgl. Open College - are the jubilant predictions justified? - In: NATFHE Journal. - London 13(1988)5. - S. 5

<sup>2)</sup> Vgl. Nunn, B.: Brighter future for training, - In: Education and Training. - London 30(1988)4. - S. 5 f.

gungschancen für arbeitslose Erwachsene stärker ins Blickfeld. Dazu trugen nicht nur eine konjunkturell bedingte steigende Arbeitskräftenachfrage in Teilen der Wirtschaft, sondern vor allem die Zunahme langfristiger Arbeitslosigkeit unter Erwachsenen und der sich abzeichnende demographische Rückgang der Zahl Jugendlicher bei. Die Arbeitskräftekommission (MSC) erhielt 1987 von der Regierung den Auftrag, die Vielfalt existierender Programme für arbeitslose Erwachsene (ca. 37) zu vereinen. Ein Jahr später entstand das Programm "Ausbildung für Beschäftigung" (Employment Training). Es zielt auf jene, die seit mehr als sechs Monaten arbeitslos sind, wobei der Vorrang den 18- bis 25-jährigen und den über zwei Jahren Arbeitslosen gehört. Es soll auch die Bedürfnisse von besonderen sozialen Gruppen (Behinderte, ethnische Minderheiten, Frauen) berücksichtigen. Nach vollem Ausbau soll das Programm bei durchschnittlich sechsmonatigen Kursen jährlich 310 000 Plätze für 620 000 Personen bieten. Das Programm wird auf die lokalen Bedingungen des Arbeitskräftemarktes, mit Ausbildungsplätzen in einer breiten Palette von Unternehmen, zugeschnitten. Die staatlichen Ausgaben von 1,4 Md. Pfund entsprechen denen für die Gesamtheit der ersetzten Programme, <sup>1)</sup>

(s)

Wie eine von der Regierung beauftragte Arbeitsgruppe 1985 feststellte, wurde es dringend erforderlich, das Chaos von existierenden Qualifikationen unter annähernd 300 Körperschaften zu überwinden und anerkannte nationale Standards für berufliche Kompetenz zu schaffen. Ein 1986 gebildeter Nationaler Rat (National Council) erhielt den Auftrag, bis 1991 eine übergreifende "nationale berufliche Qualifikation" (National Vocational Qualification) zu schaffen, deren definierte Niveaustufen eine Zuordnung aller vorhandenen ca. 6000 beruflichen Abschlüsse gestatten. Der Rat ist für die Einstufung und Bestätigung dieser Qualifikationen, die weiterhin von den verschiedenen Körperschaften verliehen werden, verantwortlich. Vorgesehen ist auch

<sup>1)</sup> Vgl. Editorial - new provision for adult training. - In: Education and Training, - London 30(1988)3. • S, 3 f.

der Aufbau einer nationalen Datenbank für berufliche Kurse und Qualifikationen\*<sup>1)</sup>

Dieses groß angelegte Unternehmen einer schon lange fehlenden Standardisierung beruflicher Abschlüsse wird zweifellos zur Förderung der Aus- und Weiterbildung dienen. Doch es kann, wie kritische Stimmen hervorheben, wenig zur Lösung des Grundproblems - der geringen Investition in die berufliche Bildung - beitragen.

(h)

Mit dem neuen Bildungsgesetz (Education Act) von 1987 und dem Weißbuch über Beschäftigung (Employment for the 1990s) von 1988 sind wesentliche Veränderungen in Organisation und Leitung der beruflichen Bildung eingetreten. Die ehemalige Arbeitskräftekommission (MSC), die bereits vorübergehend in eine veränderte Kommission (Training Commission) umgewandelt wurde, soll durch eine völlig neue Ausbildungsbehörde (Training Agency) abgelöst werden. Bis zur Klärung des Status und der Unterstellung (zunächst im Verantwortungsbereich des Arbeitsministeriums, später eventuell unabhängig) ist ein zeitweises Aktionsorgan (National Training Task Force) auf etwa vier Jahre gebildet worden. Dieses soll vor allem für die rasche Einrichtung von ca. 100 neuen örtlichen Ausbildungs- und Unternehmerräten (Training and Enterprise Councils - TECs) sorgen. Die noch verbliebenen sieben industriellen Ausbildungsausschüsse (Industrial Training Boards) werden alle Weisungsbefugnisse für Unternehmer verlieren.

In dieser<sup>1)</sup> unübersichtlich anmutenden Neustrukturierung sind die beharrlichen Bestrebungen der konservativen Regierung unverkennbar, den Unternehmerinteressen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung einseitig Tor und Tür zu öffnen und den Einfluß von Gewerkschaften und gewählten örtlichen Organen zurückzudrängen. Während die frühere Arbeitskräftekommission (MSC) nach dem Prinzip der Dreiervertretung aus Wirtschaft, Staat und Gewerkschaftsverband arbeitete, besteht das neue Aktions-

<sup>1)</sup> Vgl. The National Council for Vocational Qualifications - its purposes and aims/The National Council for Vocational Qualifications. - London: HMSO. - o.J»

organ überwiegend aus Unternehmervertretern (ca. acht von zwölf Mitgliedern) und nur einem Gewerkschafter, der aber nicht als Vertreter des Dachverbandes TUC fungiert. Eine ähnliche Zusammensetzung ist für die neuen örtlichen Räte zu erwarten, die gegenüber der nationalen Ausbildungsbehörde für die örtliche Planung und Leitung der beruflichen Ausbildung verantwortlich sind und Gelder für die verschiedenen öffentlichen Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme Jugendlicher und Erwachsener verwalten.

Zugleich soll die Vertretung von Unternehmern in den Leitungsorganen der Colleges des Fortbildungsbereiches (further education), in denen die berufliche Bildung größtenteils vermittelt wird, verstärkt werden» Hingegen werden die Befugnisse und finanziellen Mittel der gewählten örtlichen Verwaltungsorgane, die traditionell für die Bildungseinrichtungen ihres Territoriums zuständig sind (local education authorities), beschnitten.<sup>1)</sup>

Die Lehrgewerkschaft des Fortbildungsbereiches (National Association of Further and Higher Education - NATFHE) hat in ihrer prinzipiellen Kritik hervorgehoben, daß die berufliche Ausbildung - ohne jeglichen Bezug zu einer erforderlichen umfassenden Bildungspolitik - den kurzfristigen Beschäftigungsinteressen untergeordnet wird. Als Alternative müsse für eine demokratische Zusammenarbeit und Planung auf örtlicher Ebene, die auf starken gewählten Verwaltungsorganen (local education authorities - LEAs) und Vertretung der Gewerkschaftsorganisation auf allen Ebenen beruht, gekämpft werden.

<sup>1)</sup>

Vgl. Jones, L.: Training faces a fragmented future. - In: NATFHE Journal. - London 14(1989)1. - S. 15